UNZERTRENNLICH

MAI/JUNI 87 Autonomes Blatt Nr. 5 2.50 Mark

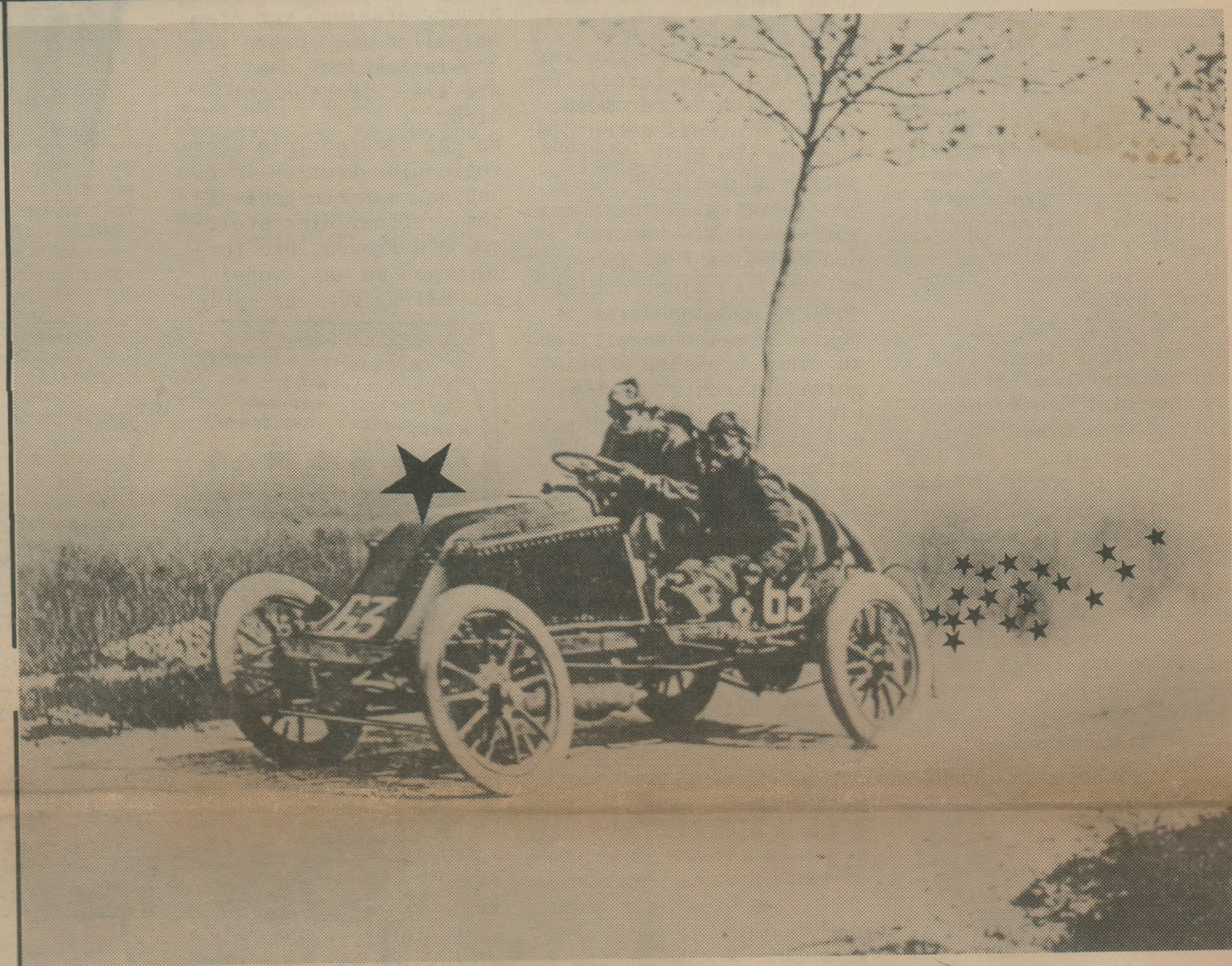
Vorwort

Nun, wo wir vom "Info" zum "Blatt" aufgestiegen sind und nochmal 4 Seiten zugelegt haben, lassen wir die Zeitung für sich sprechen und hören auf mit dem traditionellen Unzertrennlich-Manifest auf der ersten Seite.
Unser Wunsch, ein Schwerpunktthema Volkszählung mit einer Einschätzung der Boykottbewegung und der Stärke des autonomen Teils darin hinzukriegen, ist gescheitert.
Dafür versuchen wir die politische Reichweite des sozialpolitischen Datenangriffs anzureißen, indem wir am Beispiel der Gesundheitspolitik aufzeigen, wie die Abbildung mit der Kontrolle von gesellschaftlichen Abläufen verknüpft ist.
In den z.T. uns zugesandten Beiträgen zur Patriachatsdiskussion sehen wir ein positives Beispiel für die Verbindung von verschiedenen Ebenen der Diskussion: Berichte über Auseinandersetzungen und Analysen, eine Kombination, die wir uns für die Unzertrennlich öfter wünschen.
Zum Widerstand gegen den AKW-Bau im Baskenland haben wir einen längeren Artikel abgedruckt, weil darin die Möglichkeit und Schwierigkeit des bewaffneten Kampfs in Verbindung mit einer Massenbewegung beschrieben wird und versucht wird die Militanz- und Internationalismusdiskussion zusammenzubringen.
Diese Nummer hat uns gut gefallen und wir hoffen, daß sie euch Spass beim Lesen macht und die Diskussion unter uns weiterbringt.

Kontakt und viSdP:
M. Zimmermann
Crelle Str.72
1000 Berlin 62

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



INHALTSVERZEICHNIS

	SEITE
"Wir proben den Aufstand !" - Erklärung von Bielefelder Frauen zu Vergewaltigung in der Scene und dem Umgang damit.	2
This is not a love - song ! - Aufforderung zum Tanz ! Zwei Beiträge zum Verhältnis von Kapitalismus und Patriarchat	3
75o Jahre sind genug ! Berlin: Jubelfeiern,High-Tech-Center und andere Schweinereien...	6
Versuch einer Kritik...- ein Splitter aus den Libertären Tagen, ein Arbeitsgruppenbericht..	7
Themenkomplex: Datenangriff, Prävention	
Prävention als Herrschaftskonzept	9
Volkszählung und Gesundheitswesen	1o
Aids - die epidemische Reaktion	13
Verpflichtung und Hoffnung - antifaschistischer Widerstand in Bielefeld	18
ein Bericht vom Bundestreffen der Flüchtlingsinitiativen	19
Lemoiz aportu ! - Anti-AKW-Kampf im Baskenland - Massenbewegung und ETA im Widerstand	2o
"Freie Produktionszonen" in Bremen vorgesehen - Kapitalrestrukturierung in den Metropolen	24
"Reform von oben - gegen die Arbeiter?" - Einschätzung zur sowjetischen Innenpolitik unter Gorbatschow - Blick auf einen blinden Fleck der Autonomen	25
zu den Anklagen gegen angebliche "Radikal"-Verkäufer - erste Prozeßtermine	28

wir proben den aufstand

Aufstand, warum? Um dies zu erklären, müssen wir wohl erst mal die gescheh nisse der letzten wochen in bielefeld beschreiben.

Ende januar, anfang februar machte das gerücht, später die gewißheit die runde, daß die bielefelder/innen einen vergewaltiger in ihren reihen dulden. Die vergewaltigung liegt jetzt fünf jahre zu rück und uns ist es bisher noch nicht gelungen, demgegenüber handlungsfähig zu werden.
Jetzt kamen hier sowohl aus reinen frauenzusammen hängen, als auch aus gemischten zusammenhängen heftige reaktionen an.
Auch bei uns wird diese diskussion wieder intensiver geführt.
Mitten in dieser auseinan dersetzung holte uns unser patriachaler alltag wieder ein: die vorbereitungsgruppe einer veranstaltung zu knast und psy chatrie, entstand an hand der festnahme von jens, trennte sich in frauen - und männergruppe. Der gru nd: in den reihen der vor bereitungsgruppe befand sich ein typ, der nachwei slich gewalt gegenüber frauen verwendet (diese ausdrucksweise ist ein ko mpromiss). unter uns frau schte das gefühl, daß es trotz der wichtigkeit der veranstaltung unumgänglich war, uns an getrennte tische zu setzen.
wir hatten keine lust mehr, das frauenproblem ständig als unterpunkt im raum stehen zu lassen.

Ca. 14 tage später kamen zwei bielefelder vom über regionalen vobo-treffen zurück, allerdings ohne daran teilgenommen zu haben. Der grund für ihren rausschmiß war, daß sie sich als männer nicht grundsätzlich von einem vergewaltiger distanzieren können und auch nicht wollen. (was von ihnen allerdings verlangt wurde)
weiter gings auf der näch sten party, auf der frauen sich gegen die hinreichend bekannte, penetrante aufdringlichkeit eines bi-scene kerls handgreiflich zur wehr setzten.
Bislang war es allerdings üblich gewesen, daß oftmals frauen wegen ihm das feld räumten.
Diese neue linie setzte sich 3 tage später in ver schärfter form fort, als frauen sich in der scenekneipe erstmals gegen die anmache von drei stadtpunx handgreiflich zur wehr setzten. Unterstützt wurden sie hierbei von den schwulen (da schwulentheke) in einer dreistündigen auseinandersetzung, die zwischenzeitlich zu einer brutalen schlägerei ausartete. auch hier war der grund der, daß die frauen keine lust hatten, den platz mal wie der freiwillig zu räumen, sondern dort zu bleiben wo sie wollten.
Hier endet die chronik vorerst. Deutlich hieraus wird, daß die übergriffe gegen uns frauen alltäglich sind und das unser alltag, sollten wir uns dagegen wehren, ganz schn ell dadurch beherrscht wird.
Diese ach so alltäglichen geschehnisse der letzten wochen haben uns frauen erneut zu unserer eigenen auseinandersetzung zurück gebracht. Das bedeutet, wir entwickeln für uns eigene wege, die wir uns nicht vorschreiben lassen wollen. wir verhalten uns, wie wir wollen und aus unserem eigenen stand punkt heraus, wobei wir uns unseren widersprüchen bewußt sind. Und gerade diese widersprüche sind es, die uns die reaktion aus anderen städten unver ständlich machen.

wir finden es anmaßend, wenn nicht gar lächerlich wenn von männern die forderung kommt einen vergewaltiger auszuschließen, denn wenn dies konsens wäre, hätten bestimmt 99,9% der männer in unseren "gemischten" zusammen hängen nichts mehr zu suchen.
GEWALT GEGEN FRAUEN FÄNGT NICHT "ERST" BEI VERGEWAL TIGUNG AN!
verständlich für uns war diese forderung von frauen, allerdings haben wir schwierigkeiten damit, wie sie rübergebracht wird.
Es gab dazu nur ein überregionales treffen in Bi und das war ein gemischtes treffen. Hier stellten die frauen ihre forderungen an uns, wobei sie eifrig von den kerlen

unterstützt wurden. eine diskussion war hier nicht mehr möglich, abgesehen davon haben wir hier in Bi kein interesse mehr da ran unsere forderungen mit den kerlen zusammen zu diskutieren.
Wenn frauen den ausschluß eines vergewaltigers da fordern wo sie sind, ist das überhaupt nicht in frage zu stellen. Auch ist es für uns keine frage, dies in Bi so zu handhaben.
Bloß diese forderung so auszuweiten, daß nun auch jeder sich von einem vergewaltiger distanzieren soll, und ansonsten selber ausgeschlossen wird, ist für uns ein schlag ins gesicht.
Für uns ist jeder mann ein vergewaltiger(99,9%), ob nun in der tat, im ver halten, im gedanken oder in der möglichkeit, und hier sei die frage erlaubt: wie kann frau es zulassen, daß sich ein vergewaltiger von einem vergewaltiger distanziert Dieser gedanke führte auch die entscheidung der veranstaltungsfrauen herbei. Wir hatten keine lust, das problem "gewalt gegen frauen" wieder auf einen typen zu reduzieren und auch keine lust diese erkenntnis mit den männern zusammen zu "erarbei ten". Wir sind es leid, daß sie uns ständig alles nachplappern. Sollen sie sich doch ihren eigen kopf machen und sich selbst in frage stellen. (wir jedenfalls tun dies schon lange genug)
Wir frauen sehen in diesem fall in der ausschlie ßung des typen keine lösung, sondern lediglich eine problemverschiebung, bzw. ein plattes übergehen der problematik, denn wir würden uns dabei selber übergehen.
Wir haben vor uns erst dann wieder zusammenzusetzen, wenn wir für uns als frauen eine klare umgehensweise damit entwickelt haben. In der aktuellen situation hier sind wir nicht mehr dazu bereit, diese auseinandersetzung unter den tisch fallen zu lassen, sondern die dauerhafte konfrontation auch durch unser ver halten zu erzwingen. Die sensibilität für diese dinge war schon lange bei jeder einzelnen da, aber wir haben jetzt gelernt aus ihr heraus eine stärke zu entwickeln, über das bewußtsein, daß wir einen rückhalt haben und ein gemeinsames offensives handeln entsteht.
Unter offensivem handeln verstehen wir z.b. keine faulen kompromisse mehr, keine sozialarbeiterinnen zu sein (i.b.a. die vermittlung unserer rolle), keinen verzicht auf unsere freiräume,(da bleiben wo wir sind).
Am ende dieses artikels wollen wir nochmal auf einen uns sehr wichtigen widerspruch kommen: Die ansicht, die wir vertreten steht konträr dazu, daß wir auch noch in gemischten zusammenhängen arbeiten. Viele von uns wollen es nicht, bzw. können es sich nicht vorstellen, sich ausschließlich in frauenzusammenhängen zu bewegen. Aber falls sich nicht bald was ändert, wird es wohl immer vorstellbarer für uns werden. Uns reicht es einfach nicht, vergewaltiger auszuschließen. Uns geht es nicht einzig und allein um gewalt gegen frauen, bzw. vergewaltigung, sondern dies ist für uns ausdruck dieses HERRschaftssystems, das wir bekämpfen.

EINIGE FRAUEN AUS BIELEFELD

Tatsächlich ist es so:
Mann holt die Frauenfrage rein.
Wo wir auch in letzter Zeit hinschauen,
- wir finden Arbeiterinnen und Leserinnen;
- das Ausmaß der weltweiten Frauenarbeit wird zur Kenntnis genommen;
- die Bedeutung der Subsistenzarbeit und mit ihr der Trägerinnen, der Frauen im Trikont, fehlt in kaum einer den Imperialismus betreffenden Erörterung;
- in den palästinensischen Lagern findet die alltägliche Frauenarbeit unter so extremen Bedingungen statt, daß sie der revolutionären Würdigung teilhaftig wird.

Wir sind nun der Rede wert.
Jedoch, das reicht uns nicht. Wir sind - trotz aller Gleichberechtigung, Antidiskriminierung und Würdigung von Weiblichkeit - immer noch dabei, herauszufinden, worin im einzelnen Patriarchat besteht und wie es je funktioniert, welchen Sinn und Zweck das verfolgt, was der Nutzen der ganzen Veranstaltung ist und wie es genau mit dem Kapitalismus verwoben ist.
Hier leisten die folgenden Papiere einen wichtigen Beitrag. Denn das wäre ein schöner Betrug, wenn es gelingen sollte, den Feminismus grade mit der Betonung der Bedeutung von Frauen für die Gesellschaft resp. die Revolution unfruchtbar zu machen, indem er seines antipatriarchalen Charakters und der Autonomie beraubt würde.
Mit dem Abdruck der folgenden Artikel geht es uns nicht direkt um das Aufgreifen des Streits mit der "Wildcat" - sonst hätten wir den zugrundeliegenden Artikel mit abdrucken müssen. Wir halten die Papiere allein schon für aussagekräftig im Hinblick auf oben genanntes Problem. Daher werden wir das Thema mit verschiedenen Beiträgen in den nächsten Ausgaben weiterbearbeiten - unzertrennlich.

this is not a lovesong

MIT STICKNADELN UND SCHWÄTZEN DEN KAPITALISMUS ZERSETZEN

Die Karlsruherinnen schreiben, daß sich in den letzten drei Jahren ein neuer kapitalistischer Boom vollzogen hat. Dieser wird im Wesentlichen von Frauen getragen, was sie an der steigenden Zahl der erwerbsarbeitenden Frauen festmachen. Als Begründung für die verstärkte Rekrutierung von Frauen wird Lohneinsparung (die Frauen-Löhne betragen ca. 2/3 der Männer-Löhne), Klassenspaltung und das gezielte Interesse des Kapitals an der "weiblichen Arbeitskraft" angegeben. Dem Kapital gehts um die Ausbeutung des "spezifisch weiblichen Arbeitsvermögens", um die besonderen "weiblichen Qualifikationen" (S.51). Die "weiblichen Qualifikationen bestehen in der angeblich besonderen Fähigkeit von Frauen für feinmotorische Tätigkeiten, wie "Picken und Packen". Die "flinken Fingerchen" eignen sich halt ganz prima für Arbeiten in der Elektroindustrie und der Mikrochipherstellung. Ordnungsliebe, Organisationstalent und Kommunikationsfähigkeit prädestinieren Frauen geradezu zum Pflegen von Menschen (Krankheitswesen) und Räumen (Putzjobs aller Art). All diese Eigenschaften haften Frauen quasi naturwüchsig an. Dank der weiblichen Sozialisation, die dieses "spezifisch weibliche Arbeitsvermögen" hervorbringt (S.48), müssen Frauen für manche Industrie- und Dienstleistungsjobs nicht besonders angelernt werden. Das also macht Frauen so begehrenswert fürs Kapital. Die "Naturressourcen" der Frauen sollen in der Produktion und der entlohnten Reproduktion umassend verwertet werden.

Da haben die Karlsruherinnen beim Mystifikationen-Wegschaufeln doch glatt eine übersehen. Denn falls es so ein "spezifisch weibliches Arbeitsvermögen" gibt, ist es nicht die ERKLÄRUNG für die vermehrte Rekrutierung von Frauen. Denn das würde bedeuten, daß die Arbeitskraft von Frauen überall dort eingesetzt würde, wo Sorgfalt, flinke Finger, Sauberkeit etc. gefragt sind. Wo sind dann die Chirurginnen? Die Lasertechnikerinnen? Auch Männern wird, z.B. über Lötbaukästen , Fingerfertigkeit anzozialisiert. Frauen sind weder besonders gut noch besonders schlecht für den einen oder anderen Job qualifiziert. Jeder Mann könnte und kann die gleichen schlecht bezahlten, miesen Jobs verrichten.

Wir bestreiten nicht, daß es so etwas wie ne weibliche Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit gibt - im Gegenteil. Diese ist jedoch nicht per se gut oder schlecht (da gibts sowohl einschränkende als auch powervolle Ausformungen), sondern ein Ergebnis patriarchaler Zurichtung. Weibliches Arbeitsvermögen, weibliche Subjektivität tauchen im Artikel als EIGENSCHAFTEN auf, die den Frauen wie angeboren anhaften und vom Kapital wie eine Naturressource angeeignet werden. Das "spezifisch weibliche Arbeitsvermögen" als "Naturressource" zu bezeichnen, ist vom Kapital aus gesehen schon ganz richtig. Das heißt nämlich nur, daß da wesentliche Sachen AUßERHALB des Kapitalverhältnisses ablaufen. Wenn es um revolutionäre Kämpfe gehen soll, dann gehts auch um die Frage nach den Produktionsbedingungen dieser "Naturressource". Unter welchen Bedingungen kommt die eigentlich zustande? Indem das Patriarchat als Herrschaftsverhältnis mit keinem Wort erwähnt wird, gerät das Erklärungsmuster der Karlsruherinnen in die Nähe eines biologistischen Ansatzes.

Frauen werden nicht wegen ihrer Fähigkeiten, sondern wegen ihrer Billigkeit und einer bestimmten Haltung vernutzt. Weder die Billigkeit noch die Bereitschaft von Frauen, unter miesen Bedingungen bestimmte Tätigkeitn auszuüben, lassen sich aus dem Kapitalverhältnis erklären. Beides ist Ausdruck des patriarchalen Herrschaftszusammenhangs.

Wenn die Entstehungsbedingungen des weiblichen Arbeitsvermögens ausgeblendet werden, bleibt so ein Begriff wie "bunte Neuzusammensetzung" inhaltsleer. Es ist nämlich keine "Zusammensetzung", die da skizziert wird, sondern eine völlig beliebige Aneinanderreihung von Eigenschaften, Verhaltenssprengseln und Vorurteilen. Die weiblichen Verhaltensweisen werden aber nur verständlich aus dem Zusammenhang mit den wirklichen Bedingungen, auf die sie sich tatsächlich beziehen. Isoliert man sie aus diesem Zusammenhang raus, so erscheinen sie nur noch sinnlos-borniert und sind für eine ERKLÄRUNG völlig belanglos. In dem Karlsruher Artikel bezieht sich das Frauen-Verhalten auf nichts und deshalb setzt sich da auch nichts zusammen.

Und wenn die Karlsruherinnen dazu auffordern, diese patriarchale Zurichtung im Kampf gegen das Kapital zu verwenden, heißt das nichts anderes, als mit dem einen Unterdrückungsverhältnis (Pat.) gegen das andere (Kap.) zu kämpfen. Das ist nicht revolutionär, sondern eine Selbstverarschung.

"MAN HOLT DIE FRAUENFRAGE REIN"

Unser Anliegen in diesem Beitrag ist es, die Diskussion um eine gemeinsame Vorstellung von "Patriarchat" voranzutreiben. Dies ist für uns die notwendige Grundlage für eine weitere Auseinandersetzung und die Entwicklung einer kämpferischen Perspektive. Versuche und Ergebnisse einer langen feministischen Diskussion jedoch einfach als im Reformismus oder "Bauch" steckengebliebene Mystifikationen vom Tisch zu wischen, wie die Karlsruherinnen in ihrer Einleitung, bringt uns dabei nicht weiter. Uns gehts nicht darum, die "richtige" Analyse vom Verhältnis Kap./Pat. zu präsentieren, sonderm mit dem Problem umzugehen, daß die revolutionäre Linke nicht einmal gemeinsame Begriffe und Problemstellungen entwickelt hat, um überhaupt darüber REDEN zu können.

Und dieses Defizit kriegen wir immer schon dann mit, wenn in politischen Zusammenhängen versucht wird, über das Geschlechterverhältnis zu reden (gängige Praxis: "Man holt die Frauenfrage rein"):

-Entweder werden bloß individuelle Verhaltensweisen eingeklagt (was sich zumeist am Gesprächsverhalten von Mackern festmacht und außerdem als scheinbar formaler Punkt aus dem "eigentlichen" politischen Thema rausfällt).

-Oder das Geschlechterverhältnis wird als bloß ideologische Frage behandelt. So, als handle es sich nur um falsche Werte und Normen, denen mit ein bißchen good-will und aufgeklärtem Problembewußtsein schon beizukommen wäre. Und so, als ob das Pat. nur ein ideologischer Begleitumstand des Kapitals wäre. Das ist schon fast das klassische Nebenwiderspruchskonzept.

-Oder es wird der Kapital/Arbeit-Antagonismus als Hauptwiderspruch völlig durch den Männlich/Weiblich-Antagonismus ersetzt und damit das alte Nebenwiderspruchskonzept nur umgedreht.

Und natürlich sind diese Schwierigkeiten, sich über das Patriarchat - und einen kollektiven Kampf dagegen - zu verständigen nicht einfach dadurch aus dem Weg geräumt, daß wir uns einen möglichst ausgeklügelten Begriffsapparat zulegen.

Die Borniertheiten, auf die Frauen in Auseinandersetzungn mit Typen stoßen, sind nicht zuletzt Ausdruck der tatsächlichen Geschlechterspaltung und die läßt sich nicht wegdiskutieren. Das ist klar.

Wirkliche Probleme aber bereitet uns der in linksradikalen Frauen-Zusammenhängen oft erfahrene Mangel an einer gemeinsamen Basis der Auseinandersetzung.

Was sich die revolutionäre Linke bisher an Begriffen und Theorien für den Kampf gegen das Patriarchat entwickelt und angeeignet hat, stinkt uns deshalb, weil dadurch power und letztendlich Handlungsmöglichkeiten verloren gehen und wir selten über scheiß-individualisierende Äußerungsformen hinauskommen (stille Wut, Rumkotzen, Aussteigen).

Was wir von einer THEORIE wollen, ist, daß wir mit ihr das Patriarchat als spezifisches (d.h. gegenüber dem Kapitalismus eigenständiges, wenn auch verflochtenes) gesellschaftliches Unterdrückungsverhältnis begreifen können.
Nämlich als ein System von materiellen und ideologischen Bedingungen, unter denen ALLE Frauen (auch die, die sich individuell gar nicht "weiblich" verhalten) gezwungen sind, ihr Leben/ihre Bedürfnisse zu organisieren.
Das sind die Zwangsverhältnisse, die Frauen dazu bringen, spezifische, "weibliche" Strategien zu entwickeln, um in dieser Gesellschaft wenigstens eine minimale Befriedigung ihrer Bedürfnisse sichern zu können.

ZWANG ZUR WEIBLICHKEIT - WEIBLICHKEIT ALS ARBEIT

Um das Vorausgegangene inhaltlich zu füllen, haben wir die Begrifflichkeit verwendet, die zur Erklärung und Verständigung über das Kapitalverhältnis entwickelt wurde. Es geht nicht um die Etablierung einer total neuen Sprachregelung, also daß in Zukunft einfach andere Wörter genommen werden. Aber wir denken, daß durch diese Begriffe (Arbeit, Zwang zur Arbeit, Lohn, Zusammensetzung) unser Anliegen deutlich wird:

Zu begreifen, daß es unsere eigenen materiellen Lebensinteressen sind, die da in zerstörerische patriarchale Formen gepreßt werden. Daß das Patriarchat gleichzeitig unsere Existenzgrundlage und unsere Unterdrückung ist.

Und daß dieser patriarchale Widerspruch zwischen Lebensinteresse und Lebensmöglichkeiten keine individuelle Lösung finden kann. Allen Frauen ist gemeinsam, daß sie sich permanent an einem gesellschaftlich produzierten Konstrukt von Weiblichkeit abarbeiten müssen. Dieses Konstrukt läßt zwar verschiedene Ausformungen zu, aber egal, ob Hausfrau/Mutter oder Autonome, in Kleinfamilie oder Frauen-WG, jede muß sich auf Weiblichkeit beziehen und unterliegt dem Zwang zur weiblichen Arbeit. Das ist die Rahmenbedingung, innerhalb der Frauen ihre Existenz sichern und ihre Lebensqualität halten oder verbessern.

Wenn wir das Frau-Werden und Frau-Sein als Arbeit bezeichnen, können wir den materiellen Zwangscharakter patriarchaler Lebensbedingungen fassen - der für Frauen immer besteht, der "zuhause", in der Kneipe, auf der Straße, in der Familie oder der WG nicht wegfällt. Da wo Männer selbstverständlich und eindeutig Orte und Zeiten der Nicht-Arbeit, der sogenannten Freizeit, für sich beanspruchen können, existiert für Frauen erstmal kein solcher Ort.
Ganz offensichtlich ist das bei Hausfrauen, die permanent mit der psychischen und physischen Umsorgung von Mann und Kindern beschäf-

tigt sind - und dazu gehören nicht nur die Tätigkeiten die üblicherweise als Repro-Arbeit bezeichnet werden, dazu gehört auch das Sich-Attraktiv-Halten für den Mann, das Vor-dem-Spiegel-Stehen, das Den-Bauch-Einziehen, das geduldige Zuhören, etc. pp.
Zweifellos reproduzieren auch die Frauen männliche Arbeitskraft, leisten auch die Frauen gesellschaftliche Repro-Arbeit, die nicht Hausfrauen und Mütter sind.
Indem sie sich anglotzen lassen (müssen) in der Szene-Kneipe, "schön" sind, es in Politdiskussionen schaffen, "Weiblichkeit" und Theoriegeklotze wohldosiert zu verabreichen.
Wir müssen wohl nicht extra erwähnen, daß die Malocherin in der Fabrik dem Zwang zur Weiblichkeit genauso ausgesetzt ist:

wie gesagt, es gibt keinen Bereich der Nicht-Arbeit.

Frau kann sich nicht einfach " "dazu entschließen" alles liegen und stehen zu lassen, wie Phönix aus der Asche aufzustehen, sich um die Bedingungen, denen sie unterliegt, einen Dreck zu scheren. "Selbstbestimmte" Vorstellungen von Frausein, Schönheit, weiblichen Verhaltensweisen, etc., kann sie nicht "einfach so" entwickeln, weil ihr mit jedem Schritt, mit dem sie aus dem herkömmlichen Rahmen fällt, Sanktionen drohen.

Am offensichtlichsten werden die Sanktionen bei Abstrichen von den oftmals sowieso kümmerlichen und sogar beleidigenden Ansätzen von emotionaler Zuwendung und Anerkennung. Diese werden Frauen dann entzogen, wenn sie die weibliche Produktivität verweigern.
Da JEDE Lebensäußerung von Frauen unters Patriarchat subsumiert ist, ist es nicht möglich, sich individuell außerhalb des Patriarchatszusammenhangs zu stellen. Auch die individuell "emanzipierten" Frauen unterliegen der patriarchalen Vernutzung.

Die Spielregeln für weibliche Handlungsmöglichkeiten sind Arbeitsbedingungen, die Frauen nicht selbst bestimmen. Sich außerhalb des Patriarchatsverhältnisses zu stellen - auf den Zwang zur weiblichen Arbeit zu pfeifen - oder - die weibliche Arbeit zu verweigern - kommt einem Lohnentzug und somit dem Entzug der gesamten Existenzbasis gleich.

FRAU SEIN, LIEB SEIN, SCHÖN SEIN UND DIE ZÄHNE ZUSAMMENBEISSEN !

WAS HEISST'N HIER "SOLIDARITÄT" ?

Ausgehend von dem Verständnis, daß alle Frauen dem Zwang zur Weiblichkeit ausgesetzt sind, versuchen wir zu formulieren, an welche Voraussetzungen eine kämpferische Perspektive gegen den Zwang zur Arbeit geknüpft ist.

Damit stellen wir uns die Frage, auf welcher Gemeinsamkeit wir Frauensolidarität entwickeln können. Viele feministische Versuche in diese Richtung behelfen sich mit der Vorstellung, daß die patriarchale Herrschaft immer dasselbe Muster von Frauen-Unterdrückung benutzt.
Ob das nun die weltweite Unfähigkeit von Frauen ist, den Mund aufzumachen oder das jahrhundertelange Objekt der Männerbegierde zu sein. Alle sind gleichermaßen vom Patriarchat unterdrückt.
Über diese Eigenschaften und Verhaltensweisen wird eine vordergründige Gemeinsamkeit hergestellt, über die Solidarität entwickelt und auf deren Grundlage gegen das Patriarchat gekämpft werden soll.
Diese Gemeinsamkeut ist eigentlich nur noch eine gigantische Abstraktion vom wirklichen Leben, weil sie von den konkreten, spezifischen Bedingungen, denen Frauen unterliegen, absehen muß.

So bleibt eine Gemeinsamkeit oft nur in den Köpfen übrig, als Wunsch und Appell an Frauensoli oder als einfühlsames Mitleiden. Und letztlich verwischen oder verlieren sich konkrete Kampfansatzpunkte.
Der weibliche Zwang zur Arbeit realisiert sich in verschiedenen Formen, je nach dem, zu welchen spezifischen Arbeitsbedingungen Frauen sich verhalten müssen.
Es geht aber nicht darum, eine beliebige und bloß zufällige Unterschiedlichkeit festzustellen, sondern um die bestimmte Art, wie die unterschiedlichen Spielarten von Weiblichkeit aufeinander abgestimmt sind, sozusagen um eine patriarchale Strukturierung. Diese Struktur , verstanden als kontrollierte Arbeitsorganisation, ist vorstellbar als technische Zusammensetzung.

Was "Das Patriarchat" ist, erschließt sich nicht über die detaillierte Beschreibung einzelner Frauen-Schicksale, die dann anschließend über ein abstraktes gemeinsames Unterdrückt-Sein vereinheitlicht werden.
Die ganz bestimmte Kombination verschiedener Arbeitsbedingungen macht das Patriarchat als gesellschaftliches Verhältnis aus.

Trotz demselben Hintergrund - dem Zwang zur Arbeit - greift durch die gezielte Verschiedenheit der unmittelbaren Bedingungen die Spaltung als unterdrückerisches Werkzeug patriarchaler Herrschaft.
Die Frage, ob und wie sich revolutionäre Sprengkraft entwickelt, hängt davon ab, welche Antwort wir darauf finden.

Die Spaltung zu überwinden setzt voraus, zu bestimmen, wie gerade die Unterschiedlichkeit unseres Arbeiterinnenverhaltens auf das Ensemble der weiblichen Arbeitsorganisation antwortet.
(Mit dem Wort "bestimmen" sind wir selbst sehr unzufrieden. Es unterstellt, daß es sich um eine einmalige Erkenntnis handelt, die dann nur noch umgesetzt werden muß. Das kann sich natürlich nur in der praktischen Auseinandersetzung, dem Kampf, entwickeln und "bestimmen".)
An diesem Punkt schlägt die technische Zusammensetzung in eine politische um.
Dem allgemeinen Zwang zur Arbeit setzen wir das gemeinsame Interesse nach Selbstbestimmung entgegen. Solidarität bsaiert dann nicht auf vordergründigen Gemeinsamkeiten, sondern sie ist der Prozeß, auf Grundlage der verschiedenen Bedingungen, dieses gemeinsame Interesse kollektiv und praktisch zu entwickeln.
Darin liegt die Sprengkraft, die es ermöglicht, Ansätze selbstbestimmter Existenzsicherung zum radikalen Kampf gegen patriarchale Fremdbestimmung zu wenden.

Wie Feminismus und Klassenkampf zusammengehen - dazu haben wir noch kein Wort verloren.
Die Frage nach einem Zusammenhang zu stellen setzt voraus, die Sachen erstmal auseinanderhalten zu können.

AUFFORDERUNG zum TANZE

der folgende artikel wurde bereits vor geraumer zeit als beitrag zur diskussion über frauenarbeit in der "wildcat" geschrieben. um eine zeitungsübergreifende inhaltliche auseinandersetzung anzuleiern, hatten wir ihn an die autonome "unzertrennlich" und die "wildcat" gesandt. beide sind bisher nicht öffentlich auf unseren artikel eingegangen. die "wildcat" ist inzwischen - jedenfalls in zwei städte - gespalten. die "unzertrennlich" scheint nicht in der lage, vom aktuellen szene-geschehen, den bewegungsproblemen absehen zu können und den perspektivischen blick auf ein zusammenkommen, eine einheitliche 'linie' zu werfen.
die auseinandersetzung ging trotzdem weiter: erschienen ist das papier "this is not a lovesong". darin greift eine berliner autonome frauengruppe den wildcat-artikel auf und an; kritisiert ihn anhand ihres anti-patriarchats-standpunktes. gut so. frauen scheinen eher dazu bereit zu sein, ihre diskussion aufeinander zu beziehen.
die hauptkritik des berliner frauenpapers bleibt leider an der feststellung hängen, daß die wildcat nichts gegens patriarchat ins feld führt. auf die hausarbeit wird nur am rande eingegangen, mit der begründung den "produktions und reproduktionsbereich nicht gegeneinander ausspielen" zu wollen auf die tatsache, daß im kapitalismus hausarbeit und frauenlohnarbeit sich bedingen, wollen die berliner frauen nicht genauer eingehen. wir denken, patriarchat ist nicht einfach zu übersetzen mit frauenunterdrückung in allen bereichen, bis hinein in den szenealltag. patriarchat gabs allerdings schon vor dem kapitalismus. friedrich engels hat dazu einiges in der urgeschichte gewühlt. wir wollen das hier an dieser stelle nicht nochmal aufwärmen. jedenfalls erklärt er aus der wirtschaftlichen entwicklung damals die notwendigkeit (!) des verlusts der frauenmacht.
patrairchat heute ist wirklich" nicht nur ein ideologischer begleit umstand des kapitals". es ist aber auch kein "gegenüber dem kapitalismus eigenständiges, wenn auch verflochtenes gesellschaftliches unterdrückungsverhältnis", sondern ein ökonomisches ausbeutungsverhältnis, das sich das kapital für seine mehrwertproduktion zunutze gemacht hat. das patriarchat wurde kapitalistisch überformt.
hier nun unser artikel:
die persönlichen erfahrungen mit angepaßten weiblichen giftbürsten und keifzangen, - die z.b. über das krankfeiern junger frauen herziehen oder sich als "was besseres" fühlen, da ihr mann meister ist, - scheinen der wildcat den blick auf die brachliegende solidarität und kampfbereitschaft proletarischer frauen im haus und in der fabrik zu versperren. das falsche bewußtsein der "hälfte des himmels" ist jedoch ausdruck der kapitalistischen verhältnisse (das sein bestimmt das bewußtsein) und eben der EINE pol, der in seiner spießbürgerlichkeit die doppelte ökonomische ausbeutung der frauen nicht widerlegt, sondern bestätigt. der andere pol ist die verschüttete kämpferische subjektivität der frauen, die es gilt aktiv auszugraben und weiterzuentwickeln. dies wird nicht über zaghafte initiativen laufen, die versuchen, eine sog."besondere ausbeutung der weiblichen arbeitskraft" und die verwertung"ihrer besonderen gesellschaftlichen kooperationsfähigkeit und produktivität" umzudrehen. die widersprüchlichkeiten in der jetzigen subjektivität der frauen können wir nicht überwinden, wenn wir sie liberal "von verschiedenen seiten her an" gehen und die ökonomische analyse der hausarbeit bewußt unter den tisch kehren. denn wer nicht versucht die hausarbeit werttheoretisch zu begreifen, nur in bildern unmengen an geschirr aufstapelt, kann auch die lohndiskriminierung und doppelte ausbeutung der frauen nicht kapieren, sucht vergeblich nach einer "besonderen sprengkraft" von frauenkämpfen.

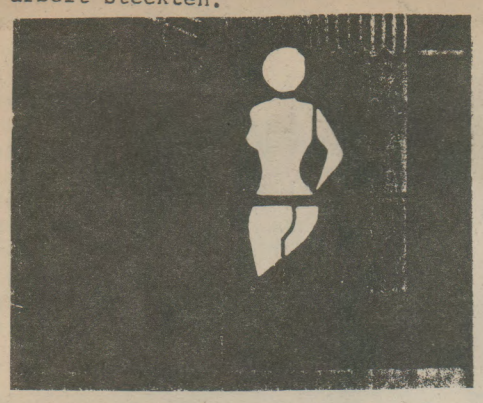
jetzt folgt unsere kritik am frauenartikel der wildcat nr.4o "aus den flinken fingern eine waffe machen" im einzelnen: die wildcat will mit zwei mythen der "reformistischen linken" und der "revolutionären/autonomen/ feministischen linken" aufräumen, ersetzt diese dann durch einen neuen mythos.

QUALIFIZIERUNG

die gewerkschaftsforderung nach mehr qualifizierung der frauen hat u.a. die funktion von den ursachen der hohen frauenarbeitslosigkeit abzulenken und auf das 'unwissen' der frauen zu wälzen.

ein konkretes beispiel einer frauentagung der gewerkschaft ist uns in guter erinnerung: dort wurden frauen, denen eine entlassung drohte, da ein computer ihre arbeit übernehmen sollte, die vorzüge der "sauberen" arbeit am bildschirm gepriesen und der mangel an wissen über die neuen maschinen festgestellt. damit wurde die recht kämpferische stimmung angesichts der drohenden entlassungen abgewürgt über den alten komplex, daß wir frauen eh technisch und überhaupt weniger durchblicken. jedes gesunde mißtrauen gegenüber dem neuen com-

puter wurde außerdem als reaktionär abgetan. so erstickten die "realistischen" forderungen der gewerkschaft, jedes aufmucken schon im keime.
natürlich sind wir, und hoffentlich die wildcat auch, nicht grundsätzlich gegen qualifizierung von frauen.wir sind nur gegen die qualifizierung als politische forderung, weil sie die wirklichen zusammenhänge und kapitalinteressen verdeckt. sie ignoriert auch die altbekannte tatsache, daß selbst besser qualifizierte frauen schlechtere und mieser bezahltere jobs bekommen.
neben der qualifizierung gibt es noch weitere "spezifische" frauenforderungen der gewerkschaften. auf der bundesfrauenkonferenz der ötv wurde die "tägliche arbeitszeit verkürzung" und ein "recht auf arbeit" diskutiert. völlig vorbei an den interessen der frauen ist die forderung nach arbeitszeitverkürzung, da ein fünftel der frauen sowieso teilzeitarbeitet, diese tendenz damit nur verstärkt wird. beim "recht auf arbeit" wirds dann schon zynisch, als ob die frauen nicht bis oben hin in arbeit steckten.



hier wird wieder einmal mehr klar, daß "...trade-unionismus... ideologische versklavung der arbeiter durch die bourgeoisie..." bedeutet. (lenin, was tun? S.68)

LOHN FÜR HAUSARBEIT

die wildcat schreibt:"die forderung nach lohn für hausarbeit geht an der subjektivität der frauen vorbei und hat sich...als politische sackgasse herausgestellt." mit dieser kritik an der forderung werden alle ökonomischen überlegungen zur hausarbeit abgetan. auch wir finden diese forderung nicht klar genug. sie birgt die gefahr in sich, die frauen auf ihre rolle als hausfrauen festzuschreiben, und: die hausarbeitskraft IST über den familienlohn bereits tatsächlich bezahlt; nur die hausarbeit wird nicht bezahlt. keine arbeit wird im kapitalismus bezahlt. die forderung würde jedoch die abhängigkeit der frauen von ihren männern verringern und ihre isolation über gemeinsame organisation aufbrechen, was

gerade die wildcat als ein wichtiges subjektives moment nennt, warum frauen überhaupt in den fabriken arbeiten.
ansonsten ist die forderung nach lohn für hausarbeit eine forderung wie nach lohnerhöhung in den fabriken. sie kann evt. taktisch richtig sein, darüber muß noch gestritten werden.

worum es letztendlich geht ist aber der kampf gegen die kapitalistische arbeit, ob im haus oder in der fabrik. wie dies konkret verlaufen wird ist noch offen. ein teil der hausarbeit wird sicherlich vergesellschaftet werden. einen kleinen ansatz haben die bergarbeiterfrauen in großbritannien gezeigt. durch ihre gemeinschaftsküchen und frauenorganisationen haben sie -trotz dominanz der gewerkschaften - ihre festgefressenen familienstrukturen zum teil radikaler aufgebrochen, als es in der szene der fall ist. die männer mußten oft zu hause bei den kids bleiben, wenn die frauen zur "picket line" wollten.

DER NEUE MYTHOS DER WILDCAT

die heim- und herd kampagne des staates stand schon im faschismus nicht im widerspruch zur doppelarbeit der frauen. die kampagne der heutigen regierung sollte tatsächlich billigere, flexible, prekäre fabrik- büro und bezahlte reproduktionsarbeit forcieren. die akkordarbeit blieb die masse der frauenarbeit in den betrieben.

(dazu empfehlen wir das buch von marianne herzog "von der hand in den mund"). doch das kapital mobilisiert (e) keine "stille reserve", keine "nichtarbeitenden frauen", wie die wildcat meint, sondern vor allem hausarbeiterinnen und junge frauen, die gezwungen werden, doppelt in den betrieben zu arbeiten, weil ihnen die kohle zum leben fehlt. dies führte zu einem anstieg lohnarbeitsuchender frauen, deshalb stieg sowohl die arbeitslosigkeit der frauen als auch ihre beschäftigung in teilzeitjobs. und hier räumen wir gleich mit dem ersten mythos der wildcat auf: die frauen arbeiten im betrieb nicht allein aus gründen der unabhängigkeit von ihrem mann. die meisten wollen sich nur nicht eingestehen, daß der familienlohn ihres mannes nicht ausreicht; denn armut ist immer noch sozial unakzeptabel. oder umgekehrt: welcher ehemann würde schon zugeben, daß seine frau für ein butterbrot arbeiten muß, weil er zu wenig geld nach hause bringt? außerdem sind viele junge frauen gar nicht verheiratet. sie arbeiten nicht aus psychologischen motiven, um im haus nicht eingeschlossen zu sein, um soziale kontakte zu bekommen. ihre falschen konsumbedürfnisse (discos) sind für unsere fragen, für die "bunte neuzusammensetzung" zudem ziemlich unwichtig. die wildcat hat doch sonst auch wenig daran zu kritisieren, wozu die arbeiter ihren lohn ausgeben: für prostituierte, alk, body-building geräte usw. nochmal:die arbeiterinnen arbeiten um zu leben, wie alle arbeiter auch, dazu müssen sie ihre arbeitskraft verkaufen. das sind nicht frauen aus"allen(!) schichten", sondern neben den jobber-studies vor allem proletarische frauen. seit wann stehen manager-tussies am fließband, nur weil sie sich zu hause langweilen?

die normalfamilie befindet sich nicht im auflösungsprozeß. der mann ist weiterhin der macker, ob die frau in der fabrik "mit"-schuftet oder nicht. die hausarbeit erledigt sie wie eh und je. die tendenz der vollz eitbeschäftigten frauen ist nicht steigend. die reproduktion der klasse muß gesichert bleiben. die neuen arbeiten der frauen bleiben "zusatzarbeiten" zur hausarbeit und genauso werden sie bezahlt. damit sind die frauen weiterhin festgelegt auf 'ihre' hausarbeit, als unsichtbare arbeit, die wie selbstverständlich existiert. die frauenlohnarbeiten sind so niedrig bezahlt, daß ein mann als finanzielle unterstützung oft vonnöten ist, besonders bei frauen mit kids. wird eine frau mit kids arbeitslos oder läuft ihr mutter-kind-modell-geld aus, reicht ihr die kohle nicht mehr zum überleben. sie hat die wahl zwischen mann und doppelarbeit, und manchmal nicht mal das. deshalb können sich die frauen im betrieb weniger "erlauben".
ihr falsches bewußtsein entspricht, wie bereits erwähnt den falschen verhältnissen. nur so können wir die widersprüche in der subjektivität der frauen kapieren und verändern:

einerseits die falschen heim- und herd-hoffnungen bei der akkordarbeit, irgendwann mal ganz aufhören zu können, der traum von der 'schönen' hausarbeit, daheim, in ruhe, verheiratet mit mann und kids. andererseits die illusion aus der springer-presse nur deshalb in der fabrik zu arbeiten, um unabhängiger und weniger isoliert zu sein, es eigentlich nicht finanziell 'nötig' zu haben.
"9o% der berufstätigen frauen mit familie möchten nicht auf ihren job verzichten. denn ein gewisses maß an selbständigkeit und finanzieller unabhängigkeit sowie vermehrte kontakte zu anderen menschen sind ihnen wichtig. vielleicht wollen sie auch der "hausfrauendepression" entgehen..."
(hör zu vom 2o.dez.)

diese hohlen vorstellungen rumdrehen, von ihrer realen ökonomischen basis aus, die doppelte weigerung vorantreiben: weder fabrikarbeiterin, noch hausfrau, das ist es, was die frauen zu wirklich handelnden subjekten macht.

jetzt machen wir schluß mit dem größten schnitzer, der der wildcat unterlaufen ist. von einem spezifisch "weiblichen arbeitsvermögen" zu sprechen, heißt der propaganda des kapitals in die hände zu spielen. uns ist überhaupt nicht einsichtig, warum frauen ausgerechnet für feine montagearbeiten oder den akkordtakt besser geeignet sein sollten als ihre kollegen. wir bezweifeln, daß es überhaupt spezifisch weibliche qualifikationen gibt. das riecht uns schon fast nach einer biologistischen trennung von frauen- und männerarbeit.

kennzeichen der frauenarbeit, besonders der akkordarbeit sind die niedrigen löhne, nicht die "flinken finger". die teuren flinken und geschickten finger der chirurgen, techniker usw. sind bekanntlich männlich. selbst wenn wir eine besondere kooperationsfaähigkeit annehmen, das jahrhundertelange übertragen des wissens unserer mütter auf uns töchter in punkto hausarbeit (s. marx, kapital 1 s.366/anm.1), können die frauen dies nicht bei der stumpfsinnigen akkordarbeit anwenden. frauen sind nicht die geschickteren, besseren arbeiter! nett gemeint, aber gefährlich!
es reicht aus, daß wir doppelt ausgebeutet werden, dabei darf die analyse der hausarbeit nicht fehlen. denn auch die lohndiskriminierung geht auf die hausarbeit zurück. der arbeiter erhält einen familienlohn. darin sind die lebensmittel 'seiner' hausfrau und die seiner kinder miteingeschlossen. im lohn der frau fehlen die lebensmittel für ihren hausmann und oft sogar für ihre kinder. auch wenn viele verheiratete frauen gezwungen sind zu arbeiten ist das eben nur "zusätzlich" zum 'eigentlichen' familienlohn. der frauenlohn beträgt laut wildcat 61 % des

männerlohns. diese tatsache ist nicht darüber zu erklären, daß frauen ein besseres arbeitsvermögen besitzen. wir verzichten darauf, die besseren arbeiter zu sein, denn es gibt gründe genug uns zu wehren.
aus unserer macht und dem bewußtsein, daß wir den verdammten reichtum und mehrwert dieser gesellschaft produzieren, EINE WAFFE MACHEN !
anmerkung:
"die musline von dakka sind an feinheit, die kattune und andere zeuge von koromandel an pracht und dauerhaftigkeit der farben niemals übertroffen worden...es ist nur das von generation auf generation gehäufte und von vater auf sohn gehäufte sondergeschick, das dem hindu...diese virtuosität verleiht." (kap. 1,S.366)

750 Jahre sind genug

Berlin: Jubelfeiern, High-Technik-Center und andere Schweine(Reagan)reien

"Berlin ist nach wie vor die einzig denkbare Hauptstadt aller Deutschen. Es ist das geistig-kulturelle Zentrum der Nation. Dies -nicht sein Alter- macht die 750 Jahrfeier im Jahre 1987 zu einem wichtigen Ereignis." (aus der Infomappe des Senats)

Solche ähnlichen Statements werden auch die "Erfinder" der Feierlichkeiten verbraten haben - dies nur 50 Jahre früher. Bis 1937 interessierte sich niemand, außer ein paar vertrockneten Historikern, für die Jahresringe der Stadt. Doch dann wurde ein Nachfolgespektakel für die Olympischen Spiele als Selbstdarstellung und Ablenkung vom alltäglichen Terror gesucht und gefunden: die 700-Jahrfeier.

Auch diesmal reiht sich eine Show an die nächste: vom Sommernachtsalbtraum über den 750 Jahr-Dilletantismus hin zur Kulturhauptstadt Europas 1988. Diese aus der ungebrochenen Kontinuität zum NS entstandenen nationalistisch-chauvinistischen Töne sind nur ein etwas schräger Klang im Chor derjenigen, denen die Feier ein Anliegen ist. Sie verstärken nur noch das "Wir-sind-wieder-wer-Gefühl". Lummer und Konsorten werden sich kaum noch mal "mit der Schippe auf der Schulter gegen den Osten aufmachen". Ihnen muß das Gefühl der "Überlegenheit" in der konkurrenz zur Feier in Ost-Berlin ausreichen.

Die Fortsetzung der Großraumpolitik wird mit eher moderaten Ton a la Diepgen, der auf Wirtschaftsbeziehungen mit den RGW-Staaten setzt und sich abmüht West-Berlin als die" Drehscheibe des Ost-West-Handels" darzustellen, durchgesetzt.

Die 750-Jahrfeier ist ein Glied in der Selbstdarstellung des "Standorts Berlin". Die Stadt hat mehr zu bieten als großzügige Subventionstöpfe und Spendensümpfe: sie hat Kultur. Der Hauptbestandteil der Feier ist das Kulturprogramm. Dies hat auch die Funktion die Stadt für sogenannte "Spitzenkräfte" im mittleren und oberen Angestelltenbereich aufzuwerten. So gilt ihnen, den Technikern und High-Tech-Spezialisten, auch der Museumswettlauf, der zwischen Frankfurt, Stuttgart, München, Köln und West- Berlin ausgebrochen ist: Wer ist die schönste Ausbeutungsperle im Land ? Berlinspezifisch geht es um mehr: es wird ständig um das "Überleben" der Stadt gefürchtet und daher auch die dauernden Beweise der eigenen Lebendigkeit.

Direkt verdienen an den Feierlichkeiten werden die Tourismus- und Dienstleistungsbranche. Der Tourismus verzeichnet nach den kargen Jahren der Hausbesetzerzeit ein Rekordjahr nach dem anderen. Die Jahre 80 und 81 brachten für die einzige Nettobranche West-Berlins einen Rückgang der Übernachtungen, aber seit 82 geht es wieder bergauf. Dieser zweitwichtigste Wirtschaftszweig West-berlins wird kaum direkt subventioniert, sondern er hat ein fundamentales Interesse an staatlich subventionierten Animiereinlagen; möglichst jedes Jahr unter einer neuen werbewirksamen Überschrift. Ein "Sommernachtstraum" macht eben noch keinen Reibach.

Auch die BerlinerInnen kommen nicht zu kurz. Das Programm ist so breit gefächert, daß vom Spießer über den gesäuberten Potse (das is ne Straße in Schönberg) Strich bis hin zu "unseren ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen" alle mifeiern können; und sie tuns auch. Die Integrationspolitik des Senats läßt auch Räume für "kritische" Linke offen, die im Rahmen ihre "Komplementärverantaltungen" abhalten. Auch die Bezirkswochen, die von Mai bis September abgehalten werden, sind auf die jeweilige Durchmischung des Stadtteils abgestimmt. In Kreuzberg und Schöneberg kommen, wie gesagt, auch die Alternativen zu ihrem Stück vom Kuchen.

Den Abschluß des Jubels bildet eine Serie von Konferenzen, die zwar nicht oder kaum über das alljährliche Angebot von Schweineanhäufungen in der Stadt hinaus geht, doch deren "zukunftsweisende" strategische Bedeutung sollte uns schon näher hinsehen lassen. Denn wer von uns hat schon Lust auf die "Weltinformationsgesellschaft" ?

Die Stadt ist deswegen noch keine klassische Arbeiterinnenmetropole -die Zeiten sind vorbei- ,denn momentan arbeiten 69% der MalocherInnen im Dienstleistungsbereich, dem neuen Steckenpferd des Wirtschaftssenators. So eindeutig wie diese Zahl -69%- aussieht, ist die Situation nicht, da sich hinter den "tertiären Sektor" auch die Sklavenhändler verbergen. Deren JobberInnen arbeiten auch häufig im produktiven Bereich, fallen aber statistisch in den tertiären Sektor. Zerschlagung der Arbeiterinnenklasse mit Begriffen und Versteckspielen ? Die Umstrukturierung machts möglich.

Diese Entwicklung will der Senat gegen die Industrie und Handelskammer, die eine Umverteilung und Umstrukturierung der Subventionstöpfe für ihr Klientel befürchtet, noch weiter ausbauen; West-Berlin als Dienstleistungszentrum.

Wer feiert da wen?

Vor allem diejenigen sich, die wissen warum ihnen "Berlin gut tut".

In West-Berlin lassen sich für das Kapital weitaus mehr Subventionen und Steuergeschenke abziehen als in Westdeutschland. Dies hat insbesondere die Nahrungs- und Genußmittelindustrie begriffen. In West-Berlin wird der meiste Kakao vermahlen und die meißten Zigaretten gedreht.

Der Stand der Dinge

In West-Berlin wird im produktiven Sektor noch nach alter MassenarbeiterIn-Manier produziert. So kommen in diesem Bereich auf einen Angestellten (bspw. FacharbeiterInnen) zwei ArbeiterInnen, während es in Wessiland 1:1 steht. Das heißt, daß es in West-Berlin in relativen Zahlen mehr ungelernte MalocherInnen gibt, deren Ausbeutungsrate ist eng an den Fluß der Subventionen gebunden. Die Kürzungen der letzten Jahre haben die Arbeitshetze nach oben schnellen lassen: zwischen 1982 und 1985 gab es für 10% mehr Kohle 30% mehr Arbeit -gemessen am verarbeiteten Materialvolumen.

Dies ist neben dem Versuch Westberlin als Stadt der Forschung heraus zu putzen ein weiterer Versuch das "Überleben" der Stadt zu organisieren.

Die Forschung auszubauen, scheitert inbezug auf die Großunternehmen (bspw. Siemens und Nixdorf) an der Möglichkeit der Allierten unkontolliert das Telephon und Postnetz anzuzapfen. Da dies offensichtlich schon gemacht wurde -Briefe brauchten halt etwas länger- , wird von vornherein dieser Form von Werksspionage aus dem Weg gegangen. Die Manager bleiben in Paderborn und die Abteilung Forschung und Entwicklung in München.

Seit Anfang der 80iger wird "Lord Extra" in Berlin hergestellt. Früher in Bremen mit 1000 MalocherInnen, heute sind dazu nur noch hundert notwendig und die dazu benötigten Maschinen ließen sich auch fast vollständig abschreiben. Dank Investitionszulagen und Sonderabschreibungen für neue Produktionsanlagen. Die Subventionen und Steuererleichterungen sind momentan noch an die Höhe der Investion für neue Produktionsanlagen gebunden -je kapitalintensiver eine Produktion ist,umso mehr Subventionen werden eingesteckt-, dies ist ein weiterer Anreiz für Rationalisierungen.

Neben den finanziellen Spritzen hat auch das "Modell Berlin" seine Anziehungskraft. Hier war der direkte Zugriff des Kapitals auf die Gehirnmasse von Akademikerinnen zuerst möglich. Allein die Technische Universtät schloß bisher mehr als 700 Kooperationsverträge mit der Industrie ab. "Für die Technische Universität ist die Industrie der nächstliegende, der "natürliche" Kooperationspartner. Sie ist das Feld, auf dem sich die tatsächliche Fähigkeit der Universität, verläßliche Kooperationsbeziehungen aufzubauen, zu erweisen hat." So TU-Präsident Fricke vor einem Jahr über die "Neutralität" der Wissenschaft. Diese "Neujahrsbotschaft" ist immer noch sehr aktuell:

-die TU hinterläßt überall SPURen. Professor Spur, Spezialist für Automation, ist einer der entscheidenden Befürworter der Zusammenarbeit von Kapital und Uni. Auf seinem Mist ist das Doppelinstitut - Fraunhofer Institut und TU - gewachsen. Es gilt als das modernste, was es momentan an direkter Verwertung von Kopfarbeit gibt. Spur ist auch der "Kopf", der hinter den Rationalisierungen in der Automobilbranche steckt.

-fraunhofer Gesellschaft, Institut füt genbiologische Forschung, das Hahn-Meitner-Institut (das Wörtchen "Atom" ist aus aktuellem Anlaß dezent gestrichen worden) und und und können relativ ungestört forschen. Sei es für die WAA, den "neuen" Menschen oder Teilchenbeschleunigung; verwertbar ist es allemal.

Das neue Zauberwort in Kreisen des Senats und Wirtschaft heißt "Innovation", obwohl nur 3% der Neuerungen wirklich neu sind. Der Rest sind nur Weiterentwicklungen von Vorhandenem, doch damit ließe sich West-Berlin nicht ins Gespräch bringen.

Dies bedeutet Firmengründungen en masse, insbesondere Kleinstfirmen einiger weniger Spezialisten auf dem "High-Tech Sektor". Dabei behilflich war lange Zeit das BIG(Berliner Innovations- und Gründerzentrum). Die "Unternehmergeburtsklinik" (Kewenig) eine Totgeburt von TU und Senat. Neben den kleinen, hauptsächlich soft ware herstellenden Firmen sahnen die Multis Siemens, Nixdorf und Schering in großem Stile bei der Einrichtung der "Weltinformationsgesellschaft" ab. Siemens will sich den Markt für Glasfaserkabel sichern, Schering verdient an seiner Galvanotechnik für Mikrochips selbst in Japan und Nixdorf hat ständig Zuwachsraten beim Computerkauf. Dieser Hinweis auf die Multis soll nicht den Blick auf die Struktur der Stadt verstellen: Sie ist geprägt von einer Mehrzahl von kleinen und mittleren Betrieben.
Und nicht erst, wenn Weltbank und IWF 1988 in Berlin tagen, wird von hier aus die Peripherie "zugerichtet". Die DSE (Deutsche Stiftung für Entwicklung) ist eine von mehreren Institutionen, die Führungskader für die Peripherie ausbildet. Seit 1983 arbeitet sie in Afrika mit der Weltbank zusammen. Im Zusammenhang mit der Peripherie sei auch noch daran erinnert, daß sich Schering mit der Gentechnologie nicht nur den "neuen Menschen" bastelt,- sondern sich auch noch die Pflanzen zubereitet,die den Absatz von Pflanzenschutzmitteln garantieren. Neben Medikamenten zur Bewältigung des kapitalistischen Alltags, und Galvanotechnik bilden die Pfanzenschutzmittel das dritte Standbein des Konzerns

IBA und andere Freundlichkeiten

Eine DER Attraktionen wird die Internationale Bauausstellung sein. Geplant für 1984, damals war ausser einem Bericht kaum etwas fertig, wurde sie flugs ins Programm integriert. Auf neu zusammengestellten Stadtrundfahrten kann mensch dann die Auswürfe des Klassenkampf von oben als Wunderwerke der Architektur bestaunen. Auch durch Kreuzberg werden die Horden streifen, dank "behutsamer Stadtzerstörung" und Schweinen in Latzhosen. "Behutsame Stadterneuerung" nennt sich das Konzept,das nette jungdynamische Latzhosenarchitekten/innen unter Berücksichtigung der "Mitbestimmung" der Mietparteien durchgesetzt haben. Darüber wurde nicht nur die Häuserbewegung in die Arbeit (Selbsthilfe) integriert, sondern die Mieter/innen schaufelten sich in dem Bewußtsein doch nur das Beste für sich und ihre Wohnungen gewollt zu haben das eigene Grab. Die Sanierungen waren Voraussetzung für enorme Mietsteigerungen und damit für die Umstrukturierung des Kiezes. Nach wie vor leben die meisten Menschen in Kreuzberg von weniger als tausend Mark, aber für immer mehr Mittelstandsleute wird es schick im "Kiez" zu wohnen. Sie sind es auch, die sich die horrenden Mieten leisten können.

Das Jubelprogramm

Dies als Ganzes wiederzugeben lohnt sich nicht: Kultur, oder was sie dafür halten, für möglichst viele Touristen/innen.

Eingeleitet wird das Spektakel mit dem Eröffnungszyklus vom 25.4. bis 2.5. und beendet vom Schlußzyklus vom 24.-28.10..

In diesem Zeitrahmen werden auch die Konferenzen abgehalten: Sie stehen unter dem Motto "Perspektiven für das 21. Jahrhundert" , aber ihre Relevanz ist deutlich gegenwartsbezogen:

17./18.9. "Strategien für die Weltinformationsgesellschaft der 90er Jahre". Sie behandelt zwei Fragestellungen: Der Ausbau ist beschlossene Sache, doch wie ist er am effektivsten zu handhaben und welche Rolle spielen dabei (noch) die Nationalstaaten. Und zweitens, welche Auswirkungen hat die "Dezentralisierung von Produktionsstandorten" ? Wie kann Kämpfen schon im Vorfeld durch bspw. Stadtplanung begegnet werden?

8.-10.10. Die "Wissenschaftskonferenz" mit der Frage nach der "Einheit der Wissenschaft" . Das Spezialistentum scheint an seine Grenzen gestossen zu sein und sucht nach neuen ganzheitlichen Verwertungsmethoden.

25.-27.10. Die vom Aspen-Institut veranstaltete "Berlin-Konferenz 1987, Perspektiven für das 21.Jahrhundert" mit dem Ziel der Absteckung "der Zukunft Europas" .

Kleinere Konferenzen:

1.-13.6. Das "Habitat-Forum" als Beitrag zum UNO-Jahr "Shelter for the homeless-Hilfe für Menschen in Wohnungsnot" . Der aktuelle Beitrag der DSE zur Aufhebung der Mietpreisbindung,die im nächsten Jahr für Berlin anstehen soll.

5.-7.10. "Contact Berlin", in Zusammenarbeit mit der Nord-Süd-Kommission wärmt die DSE ihre Kontakte zu "ehemaligen Ausbildungsgästen" aus der Peripherie auf.

Reagan-Besuch: Und was feuern wir?

Die 750 Jahrfeier ist sicherlich nicht wichtiger als eine Reihe anderer Schweinereien, die in diesem Jahr laufen- Volkszählung, neuer Personalausweis, usw..., doch gilt es bei ihr durch den Wust von "Kultur" hindurch ihren verschleiernden Charakter aufzudecken und möglichst effektiv zu stören. Dies bedeutet vor allem, die strategisch wichtigen Veranstaltungen aus dem "Berlin tut gut"-Propagandaspektakel herauszuheben und ihre Funktion zu bestimmen.

Und am 12.6. kommt ER- das Oberschwein. In allen Köpfen blinken sofort die roten Lämpchen auf: "geil,da gehts ab,wie damals vor 5 Jahren am 11.6.". Doch genau an diesem Punkt kommen wir in Berlin ins Stottern. Klar, abgehen solls, doch diesmal leider ohne den Hintergrund einer starken sozialen Bewegung (Häuser).

Die Vorbereitungen sind seit einiger Zeit am Laufen, aber auf kleinerer Flamme und nicht ausschließlich fixiert auf DEN Tag. Es sind Überlegungen und konkrete Planungen im Gange, die Woche vor dem Reagan-Besuch zu einer Art Selbstdarstellung der Szien zu nutzen, die nicht nur um unseren Bauchnabel kreisen soll, sondern unsere Vielfalt greifbarer machen.

Ein ★ SPLITTER von den LIBERTÄREN TAGEN ★

"VERSUCH EINER ..."

in dem folgenden bericht steckt nicht der anspruch einer einschätzung von den LIBERTÄREN TAGEN, die vom 16. bis 20.4. in ffm stattfanden.
er ist ein fragment der ag "versuch einer kritik an sozialen bewegungen der vergangenen jahre". die ag hatte sich, wegen starken zulaufs, in mehrere gruppen aufgeteilt.
(zur auswertung der libertären tage ist ein -zweiter-reader geplant; kontakt: libertäres zentrum in ffm, kriegkstr.)

zu der ag "versuch einer.." war im reader zu den libertären tagen ein längerer text abgedruckt, "stand autonomer bewegung", der jedoch viel mehr "hintergrundinformation" wurde, als konkrete diskussionsgrundlage. so dominierte - zumindest in einer der gruppen - die frage nach den "bestimmenden diskussionen" in unseren zusammenhängen, und nach den auseinandersetzungen um die verschiedenen ansätze autonomer politik/ organisierung.
wie auch in diesem bericht, konnten im rahmen der ag's die unterschiedlichen politischen ansätze nur verkürzt dargestellt werden; wegen derbeschränkten zeit, aber auch mangelnder vorbereitung, und es war auch längst nicht das ganze autonome spektrum vertreten. streckenweise war die diskussion "ohne konzept und ziel". trotzdem vermittelt sie vielleicht einen ausschnitt autonomer "perspektivdiskussion", ausgehend von bisherigen erfahrungen und dem ziel einer gemeinsamen diskussion über die verschiedenen ansätze, welche gemeinsamkeiten, welche unterschiede vorhanden sind.
gruppen, die hier so platt wegkommen (leider), und andere ... sind hiermit aufgefordert, zu ihrer arbeit und ihrem politischen ansatz usw. texte auch an die unzertrennlich zu schicken (wenn sie regional auch schon erschienen sind), um diese auseinandersetzung überregional und vor allem genauer fortzusetzen.

I.

mit einem bericht über die hausbesetzungen in göttingen begann eine der ag's. stichworte über die dortigen diskussionen/ u.a.: "anlaufpunkt" und politische arbeit im stadtteil schaffen; auseinandersetzungen mit stadtplanung; (neue) klassenzusammensetzung und soziale ausweitung; "randgruppen als unsere natürlichen verbündeten". die gruppe(n), besetzer-innen machten in den auseinandersetzungen in göttingen die neue (alte) erfahrung: daß autonome politik sich verändern muß, wenn es um die konkrete "kleinarbeit" geht, zb. im stadtteil. nicht die verwässerung der inhalte ist damit gemeint, sondern wie wir unsere inhalte vermitteln, oder menschen miteinbeziehen können, über die szene hinaus.

arroganz und "besserwisserisches" auftreten wurde in der ag als ein wesentlicher kritikpunkt genannt, der die mögliche verbreitung unserer vorstellungen behindern würde.
- auf absehbare zeit werden wir, wird linksradikale politik, in der gesellschaft eine minderheitenposition bleiben; unter uns entwikkelt sich oft ein verhalten des "über allem stehens", wo die eigene position (insgesamt) als einzig richtige dargestellt wird, die auch nicht mehr genau erklärt werden muß....
- autonome politik beinhaltet, den kampf die -formen, forderungen usw. aus der eigenen situation heraus zu bestimmen.
wir leben in anderen/veränderten strukturen, aber wir merken, wie wir selbst an die aufgedrückten gesellschaftlichen lebensstrukturen (die kollektivität verhindern sollen..) immer wieder stoßen, oder gar daran scheitern. gerade die veränderung der herrschenden gewaltverhältnisse innerhalb unserer zusammenhänge ist ein langfristiger prozeß. daß wir uns in der umsetzung autonomer politik nur auf uns beziehen, auf unsere situation und (scheinbar) schon umgesetzte ansprüche, ist "einer unserer größten fehler". die arroganz soll letztlich verdecken, wie stark wir selbst mit unseren ansprüchen zu kämpfen haben.
diese arroganz war in allen ag's,zwar unterschiedlich lang, aber ein bestimmendes thema. nur, was dies in diesem zusammenhang alles beinhaltet, wurde zb. in unserer ag nicht mehr weiter diskutiert. einige waren mit dieser diskussion auch sehr unzufrieden, es wurde nicht konkreter, welche bedeutung unser verhalten für uns/ nach außen/ hat, welche (politischen) inhalte und unterschiede hier in das wort arroganz reingepackt werden. die genannten punkte dazu sollen deshalb hier reichen, um die diskussion (vorbereitet in kleineren gruppen...) konkreter fortzuführen.

Forts. S.8 →

II. städteberichte

ausgehend von dem anspruch, nicht alle initiativen in den städten "zusammenzutragen", und durch einige gefallene "statements" zur perspektive autonomer politik, die genauer ausgeführt werden sollten, versuchten wir den schwerpunkt auf einschätzungen über den stand unserer zusammenhänge in den städten, und die dort geführten diskussionen über autonome organisierungsansätze zu legen.

in dem bericht - von einer gruppe - aus göttingen wurden bezüge der dortigen diskussion zur antiimperialistischen-sozialrevolutionären position deutlich, wie sie zb. in der autonomie/nf verfolgt wird. dies wurde zwar nicht konkreter; aber in den fragen nach möglichkeiten sozialer ausweitung und -bezügen autonomer politik, kam daraufhin die gegenposition (?), daß keine chance gesehen wird, mit autonomen inhalten die gesellschaftlichen entwicklungen (wie die stahlkrise, bauerndemonstrationen...) zu beeinflussen. der bezug autonomer politik liegt vielmehr im häuserkampf, in anti-akw-, anti-nato-bewegung, und darin wurden auch bisher die erfolge linksradikaler politik erreicht.
grob gesagt: dem bezug auf teile der klasse, stichwort klassenneuzusammensetzung, und auf soziale ausweitung im stadtteil wurde die perspektive von gemeinsamen projekten, kampagnen der teilbereichsbewegungen, und dortiger sozialer verankerung, gegenübergestellt (die orientierung nach verankerung im stadtteil steckt in beidem..).

in frankfurt bestehen heute (nach der "startbahnhochzeit") wenig kontinuierliche praktische ansätze in der stadt.
weniger theoretische diskussionen und vielmehr der versuch, eine struktur in kleinen gruppen (jobber-ini..), von anarch. und autonomen zusammenhängen in der stadt aufzubauen, war der bisherige schwerpunkt vom libertären zentrum.
zwischen den gruppen, den verschiedenen spektren gibt es aber heute wenig austausch, mal abgesehen von gemeinsamen demo-vorbereitungen. dies "weniger an theorie".. bezieht sich auf die nicht-teilnahme des zentrums in einer gruppe, die seit einiger zeit den aufbau eines rhein-main-plenums diskutiert. klarer aus dem autonomen spektrum (leute aus aut. gruppen in versch. städten) wird hier versucht, bisherige erfahrungen - häuserkampf, anti-akw, -startbahn, anti-nato bewegung - aufzuarbeiten, sowie theoretische analysen (kap. umstrukturierung,... bis antiimperial. position) zu diskutieren, und die "organisierungsdebatte" zu führen. und hier ist die diskussion ua. auch bestimmt von den verschiedenen - nicht klar von einander getrennten - vorstellungen einer antiimerial.-sozialrevolutionären politik/ autonomer politik in bewegungen/ gemeinsamen kampagnen.. .

in berlin gibt es keine gemeinsame diskussionsstruktur, sondern "tausend gruppen"..; es existiert mehr eine konkurrenz-situation untereinander, die dann zb. deutlich wird, wenn übergreifende ideen, vorschläge für eine zusammenarbeit nicht diskutiert, sondern zerredet werden (delegierten-rat, kwu-kampagne..). mit den vielen gruppen gibt es kiez-strukturen; stadtteilgruppen, -läden, infoläden,.. eine kleine gruppe diskutiert über alltag kultur und soziales leben, sucht nach dies verbindenden praktischen umgehen...

für übergreifende diskussionen dominieren überlegungen, wie "über einen punkt das ganze (wieder mehr) zusammenzubringen ist", für eine koordinierung der sozialen bewegung, an einem punkt zb. mit dem vorschlag für eine kampagne gegen den iwf ('88 in berlin). "um eine radikale politische kontinuität zu schaffen mit den bisherigen autonomen ansätzen".

mehr von ihrem konzept ausgehend berichteten die jobber-inis aus hamburg. ausgangspunkt in ihrer diskussion ist die kontinuität in den politischen ansätzen und schaffung von zusammenhängen der bestehenden gruppen. sie haben sich einen organisierungsansatz im alltag - arbeit - geschaffen, es gibt mittlerweile mehrere (stadtteil-) inis, plenen; in hamburg haben sie ein schulungszentrum eingerichtet, die kurse reichen von "kapitalismus..bis türkisch-sprachkursen".
- innerhalb der inis kommen mehrere politische positionen zusammen, von sozialrev. bis kommunistisch.., die sich in der praxis akzeptieren (?) - die jobber-ini ist politische organisierung/ -identität;
- versuch, menschen innerhalb des bereichs arbeit/job /sozi/arbeitsamt (arbeit verstanden als notwendiges organisieren von knete)zu organisieren;
- bündnispolitik mit radikalen gruppen in der stadt, zb. zum 1. mai/ internationalismus-block. es ist in mehreren gruppen eine orientierung zur 1. mai-demo entstanden, und die jobber-inis wollen die diskussion mit ihnen zusammen führen.

in hamburg gibt es aber auch weniger eine gemeinsame kontinuierliche diskussion unter den verschiedenen gruppen, sondern bündnisse zu bestimmten punkten.

nicht als entgegnung des politischen ansatzes der jobber-ini, wurden die besetzten häuser in der hafenstr. als beispiel für die schaffung von"räumen" für kollektive selbstbestimmte lebenszusammenhänge (im stadtteil) genannt. "als bsp." deshalb, weil es weniger um die konkrete situation in der hafenstr ging (es war auch keine/r von dort in der ag), sondern um möglichkeiten kollektiver autonomer organisierung in der stadt, wie zb. auch während des häuserkampfs in berlin, häuser und zentren sonstwo...
- wir können für uns nur dort eine organisierung schaffen, wo wir leben;
- selbstbestimmte lebenszusammenhänge in "befreiten gebieten", dh. erstmal unkontrollierten gebieten, wo nur mit "militärischen manövern", im ganzen viertel, die bullen zb. reinkommen;
- räume zu schaffen gegen die herrschaft der vereinzelung, der kampf für unsere strukturen ist teil unserer identität; in ablehnung des gesamten systems, gegen (lohn-) arbeit (zwang zur arbeit), behörden... taktisches verhältnis..
- mit unseren (versuchen) kollektiven lebens-, kampfformen, unsere politik in den stadtteil tragen (keine konzentrierung auf die häuser);
- mehr genoss-inn-en ziehen in den stadtteil;
- geminsame erfahrungen über die szene hinaus im stadtteil zb. gegen die repressionsüberfälle der bullen, volkszählungsboykott...
zur frage des entstehenden ghettos: es wird erst dann negativ, wenn es ausgrenzung (arroganz) beinhaltet; "ghetto" steht auch für eigene soziale zusammenhänge unter uns.

gerade aus kleineren städten kam der einwand, wie wenig zb. die bedingungen im stadtteil in hamburg mit ihren vergleichbar wären. aber auch in den (groß-) städten sind es unterschiedliche vorraussetzungen: noch vorhandene bzw. zerstörte strukturen in den vierteln, wirtschaftliche situation, politische bedingungen (die hafenstr. "lebt" durch die unsicheren politischen kräfteverhältnisse in hh noch..) usw.

anfänge und entwicklungen von autonomen zusammenhängen sind in den kleinen städten viel mehr verbunden mit konflicktpunkten, wie zb. in der oberpfalz/ waa.
"es muß uns aber um den aufbau von autonomen (lebens-) zusammenhängen gehen, welche sich nicht nur an schwerpunkten festmachen, die regionale konzepte für sich entwickeln, und über kampagnen, veranstaltungen, (zeitung-) projekte,.. können sich städtische und überregionale strukturen bilden".

LIBERTÄRE TAGE

III.

zum ende der ag gab es 2 vorschläge, die diskussionen fortzusetzen:
- austausch über -konkrete- arbeit und erfahrungen in den häuserkämpfen/im stadtteil (politische diskussionen,stadtplanung, "nicht auf die häuser konzentrieren", soziale ausweitung im viertel, aktionen..) und kontakte zwischen den städten aufbauen.
- aufbau einer (kontinuierlichen) überregionalen diskussion: autonome positionen erarbeiten zu internationalismus/ antiimp. (hinblick auch auf iwf), organisierungsdebatte (weiter-) führen.

über diese vorschläge konnte in der ag aber nicht weiter diskutiert werden.

in den ag's konzentrierte sich die diskussion, neben der kritik an unseren "inneren" strukturen, auf praktische ansatzpunkte autonomer politik an 3 "modellen":
- organisierung in einem der bestimmenden bereiche unseres alltags: arbeit/ am bsp. jobber-inis
- besetzte häuser, erkämpfte räume (als politisches gebilde)/ im stadtteil
- weiterentwicklung des anti-akw-kampfes (bewegungen), den kampf in die städte tragen, im zusammenhang zum alltag (siemens-, kwu-kampagne).

keines der"konzepte" beinhaltet für sich ein modell übergreifender autonomer organisierung, sondern es sind teile und praktische versuche der politischen organisierung an alltäglichen existenzkämpfen, bzw. um eine radikale gegenmacht zu entwickeln.
zu allen ansätzen wurde grundsätzliche kritik angeschnitten (und diese auseinandersetzung müsste gemeinsam viel genauer geführt werden):

- arbeit ist nicht der bereich, sondern nur ein teil(bereich) autonomer politik, und der kampf gegen den zwang zur arbeit wird sich nicht nur aus diesem bereich, dortiger organisierung entwickeln.
- wir sind abhängig von den jeweiligen politischen kräfteverhältnissen, wenn wir uns darauf konzentrieren,(beschränken) "räume" für die entwicklung selbstbestimmter kollektiver lebenszusammenhänge zu schaffen; in den stadtteilen, die "in 5 jahren zerstört sein werden".
- ablehnung gegenüber der - abgehobenen - suche des revolutionären subjekts.

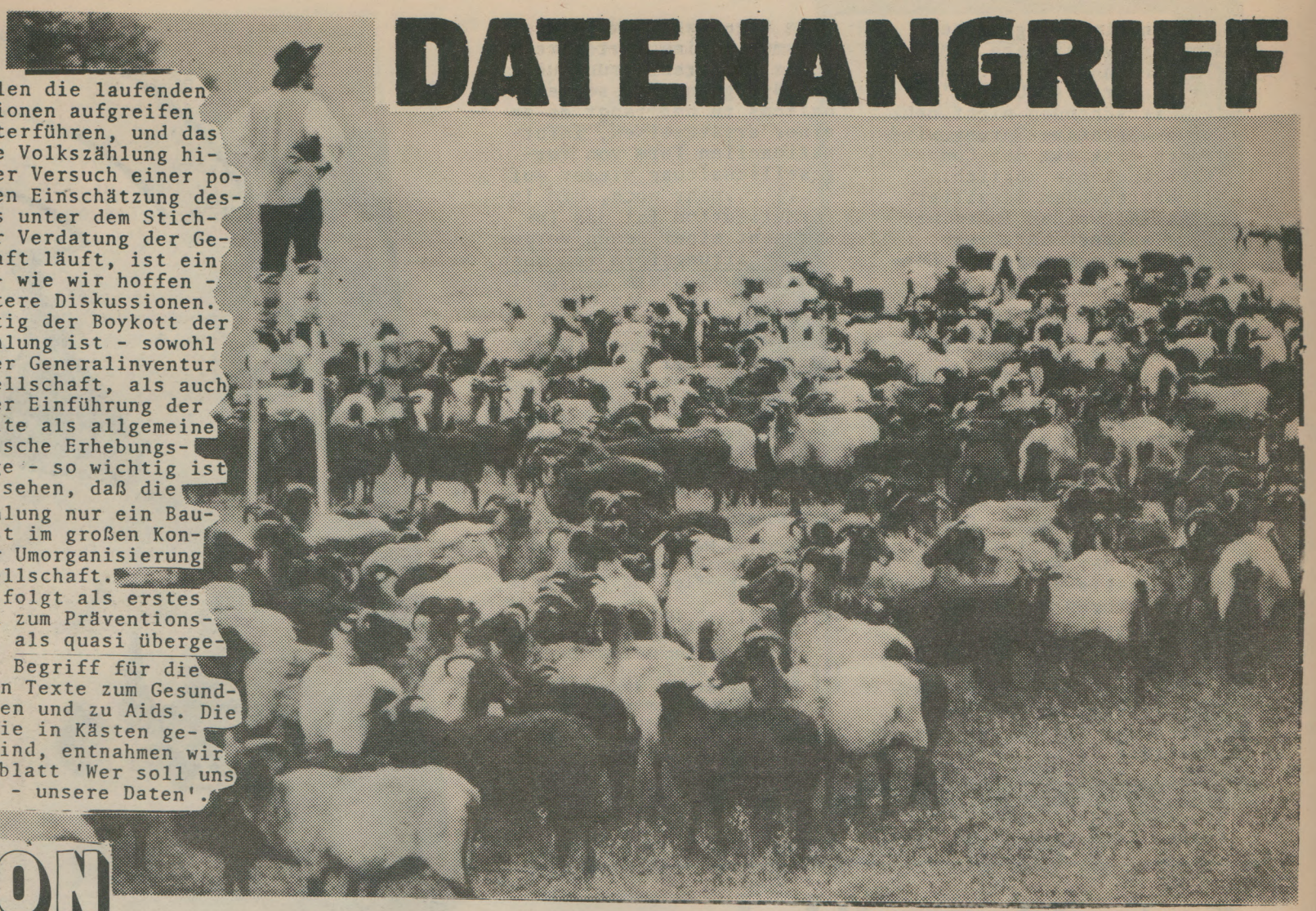
- als weitere etappe des anti-akw-kampfes, nach bauplatz- und bauzaunkämpfen, angehen der infrastruktur.. sind die siemens-/kwu-kampagnen ein versuch, aus den teilbereichskämpfen herauszukommen (gemeinsame auseinandersetzung für die kabel-, linke gewerkschafts anti-akw-, high-tech-, internationalismusgruppen..). darin steckt bündnispolitik und die starke gefahr, sich darin aufzureiben. usw.
in allen praktischen ansätzen steckt , daß wir uns immer auf "bruchstellen" des systems beziehen, und nicht auf bereiche,worin sich das system stabilisiert hat.
daß einzelne gruppen genaue (puzz 1)arbeit machen ist richtig und notwendig,aber der austausch darüber fehlt, oder ist festgefahren in den diskussionen zwischen den verschiedenen gruppen in den einzelnen städten.
die vorschläge, die in der einen ag zur weiterführung der diskussion gemacht wurden könnten aufgegriffen werden: für eine verstärkte gemeinsame debatte in unseren zusammenhängen über die grundlagen und -positionen der verschiedenen gruppen und vorstellungen autonomer organisierung ("vernetzung", "massenverein","gegenmacht" ...).

DATENANGRIFF

EINLEITUNG

Wir haben verschiedene Artikel zusammengefaßt zum Themenkomplex "Datenangriff der Gesellschaft". Themenkomplex und nicht Schwerpunkt deshalb, weil es mehr oder weniger Zufall war, daß diese Artikel zusammenkamen und weil das Thema insgesamt unter uns kaum diskutiert ist.
Es geht uns dabei vor allem darum, die Problematik der Datenerhebung, -sammlung, und -auswertung, die momentan im Zusammenhang mit der Volkszählung ein breites Thema ist (dabei leider oft reduziert auf die Problematik des 'gläsernen Menschen' oder gar auf die Einklagung des 'informationellen Selbstbestimmungsrechts' - der beste Witz, seit es Computer gibt), aufzuzeigen in den Dimensionen, die sie real schon hat. Dabei sind die hier aufgenommenen Themenbereiche wiederum nur ein Ausschnitt dessen, was passiert oder bereits passiert ist.

Wir wollen die laufenden Diskussionen aufgreifen und weiterführen, und das über die Volkszählung hinaus. Der Versuch einer politischen Einschätzung dessen, was unter dem Stichwort der Verdatung der Gesellschaft läuft, ist ein Anfang - wie wir hoffen - für weitere Diskussionen. So wichtig der Boykott der Volkszählung ist - sowohl wegen der Generalinventur der Gesellschaft, als auch wegen der Einführung der Blockseite als allgemeine statistische Erhebungsgrundlage - so wichtig ist auch zu sehen, daß die Volkszählung nur ein Baustein ist im großen Konzept der Umorganisierung der Gesellschaft. Deshalb folgt als erstes ein Text zum Präventionskonzept, als quasi übergeordneter Begriff für die folgenden Texte zum Gesundheitswesen und zu Aids. Die Texte, die in Kästen gedruckt sind, entnahmen wir dem Flugblatt 'Wer soll uns verraten - unsere Daten'.



PRÄVENTION ALS HERRSCHAFTSKONZEPT

Der Begriff der Prävention (Vorbeugung, Abschreckung) als solcher ist nicht neu. Schon immer wurden Maßnahmen der Repression mit präventiven Inhalten verknüpft. In den letzten Jahren läßt sich jedoch eine Schwerpunktverschiebung weg von der Repression hin zur Prävention in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen beobachten, dazu gehören u.a. die Justiz, die Polizei, die Medizin, die Psychiatrien, die Sozialämter, die Krankenkassen. In all diesen Bereichen findet eine Angleichung der Arbeitsmethoden statt: "Prävention ist ein anspruchsvoller und aufwendiger Prozeß. Er verlangt zunächst entsprechende Kompetenzen. Zu diesen Kompetenzen gehört vor allem eine angemessene Verfügung über Information. Prävention ist unmöglich, wenn Zukunft nicht realistisch antizipierbar (gedanklich vorwegnehmbar) ist. Eine solche Antizipierung ist nur da einfach, wo Ist-Zustände linear fortgeschrieben werden müssen. Offene und heterogene Prozesse vorauszusehen ist dagegen sehr viel komplizierter, weil einer bestimmten Gegenwartskonfiguration (Gestalt, Form) nicht eindeutige Effekte zugeschrieben werden können, da sich diese erst im Verlauf ihrer Entwicklung und unter ständiger Selbstbeeinflussung formieren. Oberhalb eines bestimmtes Komplexitätsniveaus (Ebene der Vielschichtigkeit) ist daher vollständige Information praktisch unerreichbar, so daß Prävention auf ein erhebliches Maß an Spekulation angewiesen ist, also auf die Fähigkeit, unvollständige Informationen so zu verarbeiten, daß das Wirklichkeitsbild nur begrenzt verzerrt wird. Aber selbst, wenn vollständige Information vorliegt (...) ist damit noch keine Prävention, sondern erst Prognose erreicht. Prävention verlangt über die Kenntnis möglicher Zustände hinaus vor allem die Fähigkeit, sie zu beeinflussen. (...) Ohne Macht ist Prävention daher unmöglich." (1)

Wichtigste Voraussetzung der Prävention ist folglich die Informations- bzw. Datensammlung und ihre statistische Auswertung. "Gerade die massenstatistische Auswertung gewährt völlig neuartige Einblicke und verspricht erstmals objektiv zuverlässige Aussagen." (Gemmer 1975) Da es darum geht, die Realität datenmäßig so vollständig wie möglich zu erfassen, ist der Bedarf nach Informationen unendlich. Je umfangreicher die Dateien, je genauer die Detailinformationen sind, um so genauer läßt sich die Realität abbilden und um so besser lassen sich Wahrscheinlichkeiten der Zukunftsentwicklung simulieren, um so gezielter können Maßnahmen ergriffen und differenziert werden. So greifen die präventiven Maßnahmen in die Realität ein und verändern sie im Sinne der Herrschenden.
Die Präventionsstrategien beinhalten
1. die Auflösung des Subjektbegriffs, der durch einen Komplex von Faktoren, den sogenannten Risikofaktoren, ersetzt wird. "Ein Risiko resultiert nicht aus dem Vorhandensein einer bestimmten Gefahr, die von einem Individuum oder einer konkreten Gruppe ausgeht. Es ergibt sich daraus, daß abstrakte Daten oder Faktoren, die das Auftreten unerwünschter Verhaltensweisen mehr oder weniger wahrscheinlich machen, zueinander in Beziehung gesetzt werden." (2) Über statistische Wahrscheinlichkeiten werden scheinbar objektive Risiken abgeleitet. Dies bedeutet
2. eine Verwissenschaftlichung von Sozialpolitik, die vollständige Ablösung der Sozialpolitik vom Individuum, von individuellen Bedürfnissen. "Die Herrschaftsmethode läßt sich als ebenso bürokratisch wie wissenschaftlich beschreiben. Eigen ist beiden Verfahrensweisen die Abstraktion vom einzelnen Menschen, er wird zum Fall, Probanden (Testperson), Karteiträger. Die Wissenschaftlichkeit nimmt dem sozialen Konflikt das Subjektive." (3)

3. die totale Unterordnung der Fachleute unter die Verwaltung. Die Computerisierung der Verwaltung wird schon seit Jahren forciert und ist mittlerweile recht weit fortgeschritten. "Die Verwaltung gewinnt eine fast vollständige Autonomie, weil sie die neuen Technologien nahezu absolut beherrscht. Der Praktiker vor Ort tritt nun als bloßer Helfer des Verwaltungsbeamten in Erscheinung, den er auf der Basis einer diagnostisch-gutachterlichen Tätigkeit (...) mit Informationen versorgt. Diese Informationen werden dann auf Wegen, die vollständig von der beruflichen Praxis losgelöst sind, gespeichert, verarbeitet und weitergegeben." (4) Das bedeutet die Konzentration von Entscheidungskompetenzen und -möglichkeiten allein auf die staatlichen Behörden, die Entmachtung aller im Sozialbereich Tätigen und ihre Reduzierung auf Informationszuträger für die Behörden. Damit wird eine einheitliche Erstellung und Umsetzung von Maßnahmen erreicht, während bisher die Fachleute zumindest noch einen Ermessensspielraum hatten. Auch hier findet eine Verobjektivierung statt.
4. individuelle Selbstdisziplinierung. Risikogruppen, die über statistische Auswertungen bestimmt werden, sind abstrakte Konstruktionen ohne inneren Zusammenhang, d.h. sie existieren als Gruppe nicht real. Die Maßnahmen, die in Bezug auf die diversen Risikogruppen eingeleitet werden, betreffen Individuen (z.B. die Risikogruppe der Raucher). Dabei gelten die 'objektiv' festgelegten Risiken als subjektiv zu verantworten. Wo von Selbstverschuldung geredet wird, ist Selbstdisziplinierung gemeint. Während also einerseits die Subjekte eleminiert werden, wird andererseits wiederum Verantwortung an sie verwiesen. Und wo diese 'Selbstdisziplinierung' nicht 'freiwillig' geleistet wird, setzen andere Maßnahmen ein.

Die inhaltliche Anglei-
chung der Konzepte in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen hat ihre Entsprechung auch in einer verstärkten institutionellen Zusammenarbeit. Herolds Vorstellungen von der "Hinwendung und Öffnung des Polizeibegriffs auch zu einem sozialgestalterischen Inhalt" sind hinreichend bekannt. Das Eingehen von sozialpolitischen Inhalten in die Polizeikonzepte und die Verpolizeilichung der Sozialbereiche sind eins. "Der soziale Sicherheitsstaat erscheint zwar administrativ aufgesplittert, in Wirklichkeit konstituiert er mehr und mehr ein einziges Kontroll- und Interventionsfeld, was den Prozeß der Selbsttransformation (Selbstumwandlung), der sich in Gestalt planifikatorischer (5) und umfassender technologischer Steuerung vollzieht, außerordentlich begünstigt. Die Finalität (6) des sozialen Sicherheitsstaates zielt auf die perfekte Kontrolle über alle Arten und Formen von Abweichungen, Anomalien (Regelwidrigkeiten) und 'sozialschädlichen' Verhältnissen, die als Risiken begriffen und möglichst frühzeitig im Vorfeld erkannt, ermittelt und per vorverlegtem Eingriff unschädlich gemacht werden müssen. Diese Konzepte und solche wie Risikogruppe, Risikozone, Prädelinquenz (Vor-Straffälligkeit), Behandlungsbedürftigkeit, Gemeinde- und Bürgernähe sind für die sicherheitspolitische Finalisierung symptomatisch, auch wenn sie für verschiedene, möglicherweise heterogene Eingriffsbereiche gedacht sind. Unter dem Titel Prävention werden sie übertragbar gemacht und allmählich so generalisiert, daß sie dem gesellschaftssanitären Projekt des sozialen Sicherheitsstaates dienen können." (7)

Prävention erreicht erst mit der Computerisierung ihre wahren bzw. ihre unendlichen Dimensionen. Und sie etabliert sich als ein qualitativ neues Herrschaftskonzept. Dieser Prozeß ist schon seit Jahren in Gang. Prävention bestimmt bereits heute in vielen Bereichen die Maßnahmen, die getroffen werden und die, die nicht getroffen werden. Das allgemeine Ziel, sozialpolitische Probleme und soziale

Unruhen (im weitgefaßten Sinn) zu verhindern, bevor sie überhaupt entstehen, ist sicher als 'Utopie' der Herrschenden nicht neu. Der qualitative Sprung wird jedoch erst mit der Computertechnologie möglich. Die bestehenden Gewaltverhältnisse werden immer weniger wahrnehmbar, verschwinden sozusagen im Computer.

"Information ist reines Prinzip der Herrschaft. In diesem Sinn bedeutet 'informationelle Verdoppelung der Realität' Ersetzung der Vergesellschaftung durch Verdatung und eine Produktion der Verkehrsform selbst als kapitalistische, unabhängig von der wertproduktiven Arbeit. Gleichwohl lebt diese Verdoppelung von der Anbindung an das, was sie zu zersetzen und zerstören sucht. (...) Informatisation ist die Antwort auf soziale Verunsicherung (Prekärität, Mobilisierung der Arbeit, Arbeitslosigkeit) und zugleich das Mittel der Aussonderung selbst, die Technologie einer neuen Sozialpolitik der Verarmung und des künftigen sozialen Kriegs nach unten. Sie läßt - im Gegensatz zum Keynesianismus - eine fortschreitende Differenzierung und Auflösung des Klassenverhaltens zu und fängt es in einer ersatzweisen, informationellen Form von Vergesellschaftung wieder auf. (...) ...mehr noch, die Informatisation ist das Instrument einer neuen Vergesellschaftungsform von oben, einer neuen Stufe der reellen Subsumtion der Gesellschaft selbst." (8)

(Es ist uns leider unmöglich, es besser und klarer zu formulieren. Das ist neben unserer Unfähigkeit auch der mangelnde Platz in dieser Ausgabe. Da wir das Autonomiezitat jedoch inhaltlich sehr wichtig finden, haben wir es trotz des Sprachstils aufgenommen.)

ANMERKUNGEN

(1) Manfred Max Wambach (Hrsg.): "Der Mensch als Risiko", Suhrkamp-Vlg. 1983, 14.00 DM, S.17/18
(2) wie (1), S.59
(3) Aly/Roth: "Die restlose Erfassung", Rotbuch-Vlg.
(4) wie (1), S.67
(5) Planifikation: zwanglose, staatlich organisierte, langfristige gesamtwirtschaftliche Programmierung
(6) Finalität: Bestimmung eines Geschehens oder einer Handlung nicht durch ihre Ursachen sondern durch ihre Zwecke.
(7) wie (1), S.76/77
(8) Autonomie 13, S.54+62+64

Volkszählung und Gesundheitswesen

In der jetzigen Diskussion innerhalb der Volkszählungsboykottbewegung wird oft ein Bereich ausgelassen oder nur am Rande gestreift, in dem die Erfassung und Überwachung bereits heute ein Ausmaß erreicht hat, von dem der Sicherheitsstaat nur träumen kann. Gemeint ist das Gesundheitswesen und der Sozialbereich. Beispielhaft soll in dem folgenden Beitrag klargemacht werden , wie durch genaue Erfassung und Verdatung soziales Verhalten gesteuert und in optimale "Verwertungsrichtung gelenkt werden kann. Dazu Horst Herold:"Es ginge also in erster Linie um eine Gestaltung unseres Normen- und Pflichtsystems entsprechend der gesellschaftlichen Bewegung und Dynamik zur Verhinderung sozialschädlicher Verhaltensweisen."

In der 1980 erschienenen Informationsbroschüre "Der Bürger und seine Daten" werden 13 Bereiche aufgelistet, in denen nach den unterschiedlichsten Kriterien Daten gesammelt werden. Unter Punkt 4 Gesundheit soll die Rubrik "Gesundheitsamt" dargestellt werden.

Dort heißt es :" Bei der überwachenden und beratenden Gesundheitsfürsorge sammelt der Amtsarzt aufgrund regelmässiger Mitteilungen öffentlicher Stellen und aufgrund der in Rechtsvorschriften festgelegten Meldepflichten Personalien, Krankengeschichten, Befunde und Diagnosen über:
-Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Heilpraktiker, Krankenpfleger, oder sonstige nichtärztliche Heilpersonen, soweit sie ihren Beruf ausüben
-schulpflichtige Kinder
-in Lebensmittelbereichen tätige Personen
-an bestimmten Infektionskrankheiten Erkrankte, Krankheits- oder Ansteckungsverdächtige
-wegen strafbarer Handlungen nach dem BTM-Gesetz Verurteilte und wegen Drogensucht gerichtlich Untergebrachte
-geschlechtskranke Personen
-Prostituierte
-Körperlich und geistig/seelisch Behinderte
-Schwangere, Mütter, Kleinkinder und Säuglinge
-Impfungen

Darüber hinaus erhebt der Amtsarzt Daten als Gutachter bei der Abgabe von
-Tauglichkeitszeugnissen für bestimmte Berufsgruppen (z.B. Kraftfahrer, Taxifahrer,Sozialarbeiter)
-Gesundheitszeugnissen (z.B. bei Einstellungen, Anstellungen,Ruhestandversetzung, Beendigung des Arbeitsverhältnisses wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, Beihilfen für Kuren, Sanatoriumsaufenthalte)
-sonstige Stellungnahmen über den Gesundheits- und Geisteszustand (in Vormundschafts-, Pflegschafts-Unterbringungs-, Strafverfahren, Anträge auf Sozialhilfe, Verfahren vor Familiengerichten)."

Hinzu kommen alle Daten der Bundesversicherungsanstalten alle Krankenhausdaten, auch die aus Privatpraxen, die ja im Zuge der Kassenabrechnungen ebenfalls auf EDV erfasst werden.

Die Gefahr dieser systematischen Sammlung von Daten über den Einzelnen liegt nicht in ihrem Mißbrauch, sondern in ihrem Gebrauch begründet. "Kostendämpfung im Gesundheitswesen" sind Schlagwörter, die mit schöner Regelmäßigkeit über den Ticker der Presseagenturen laufen. Was darunter zu verstehen ist, wird anhand der "Kostentransparenzversuche" der AOK deutlich. Durch die Speicherung von Rezept- und Krankenscheindaten u. ä., wurden in den Jahren 1981 und 82 spürbar weniger Leistungen und Arzthonorare abgesetzt. Um aber einzelne Leistungen genau beurteilen zu können, müssen sämtliche Daten patientenbezogen erfaßt werden, d.h. das Krankheitsverhalten einzelner und nach verschiedenen Kriterien zusammengestellter Bevölkerungsgruppen ist auf Knopfdruck erkennbar.
Um das Ziel "Überprüfung der Effizienz" und Wirtschaftlichkeit der Leistungen zu erreichen, setzte die AOK besondere Rasterprogramme ein, die automatisch feststellen, welche Patientengruppen überdurchschnittlich oft oder lange bestimmte Leistungen beanspruchen oder besonders aufwendig von einzelnen oder mehreren Ärzten behandelt wurden. Automatisch lassen sich dann Patientenkarrieren über längere Zeiträume ausdrucken.
Im Hinblick auf die Kosten/Nutzen Analyse werden Therapieplätze an den Patientengruppen überprüfbar; ebenso werden auffällige Personen wie Raucher, Übergewichtige u.s,w. erfaßt. Die Problematik wird also in 2 Punkten deutlich:

Gesundheit im Dienste der Kapitalakkumulation

1. Aus der eigenen Patientenkarriere werden Auffälligkeiten sichtbar. Maßnahmen leiten sich noch aus den eigenen Daten ab und sind für den Betroffenen rückführbar. Wichtig - und fast vergessen - ist dabei jedoch daß diese Auffälligkeiten im Vergleich mit anderen bestehen. Ohne Daten anderer würde die statistische Auffällig des Einzelnen nicht bestehen. Z. B. im Alters-Stadt-, Branchenvergleich zu oft Grippe, Empfehlung einer gründlichen Untersuchung und Entwöhnungskurs Rauchen.
2. In erster Linie sind Patientenkarrieren interessant nicht im Hinblick auf die jeweilige Person, sondern als statistische Krankheitsverläufe, Kosten etc., die die Grundlage für allgemeine Maßnahmen bilden. Der Einzelne wird auf Grund verschiedener Merkmale Gruppen zugeordnet, was er selbst nicht weiß. Aufgrund von Datenverknüpfungen entstehen statistische Gruppen und Wissen über sie, das Grundlage für Maßnahmen, Vorgaben und Forderungen ist Als Mitglied einer statistischen Gruppe ist der Einzelne wieder betroffen. Um diesen wichtigen Zusammenhang zu verdeutlichen, soll eines der größten Forschungsprojekte der Nachkriegszeit kurz dargestellt werden.

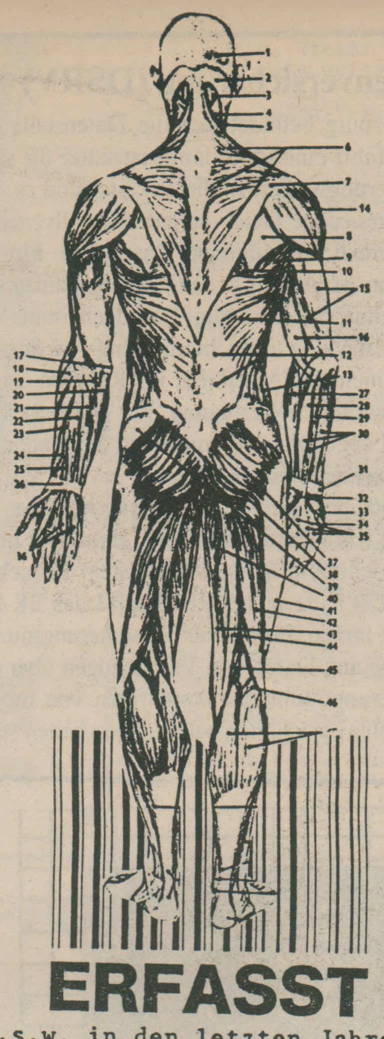
Risikogruppe Mensch

Über einen Zeitraum von 8 Jahren werden 250.000 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger beobachtet und gezielt beeinflußt, um deutlich zu machen, daß sich die Zahl der Herz-und Kreislaufkranken um 8-10 % verringern läßt. 61 Millionen Mark werden zur Verfügung gestellt, um u.a. die sogenannten Risikofaktoren (Rauchen, ungesunde Ernährung, Bewegungsmangel) durch gezielte Beeinflußung der Testpersonen abzubauen. Möglichst an allen Orten des täglichen Lebens- vom Frühstückstisch über den Weg zur Arbeit bis hin zum Feierabend soll auf die Bedeutung der Risikofaktoren aufmerksam gemacht werden. Allerdings ist das Risikofaktorenmodell zur Erklärung von Herz- Kreislaufkrankheiten nicht unumstritten. So wie heute Herzkreislauferkrankungen ohne große Diskussion auf das

Vorhandensein von Risikofaktoren zurückgeführt und damit dem Einzelnen angelastet werden, galt vor vierzig Jahren auch noch die Tuberkulose als individuelles Problem. Ein kleines zu steil gestelltes Herz, zu enge Blutgefäße, die Größe der Rippenwinkel, die Enge der Lungenspitzen- diese Merkmale wurden alle einmal als Risikofaktoren nachgewiesen. 1934/35 begann dementsprechend eine Kampagne gegen die Volksseuche Nr. 1: die Bevölkerung sollte ihre Lebensgewohnheiten ändern, die Wohnungen sauber halten, nicht auf den Boden spucken, dann verschwinde die Tbc von selbst. Sie tat es nicht. 1938 wurden dann die rechtlichen Möglichkeiten für die Zwangsasylierung Tbc-Kranker geschaffen; aber auch diese brutale Form von Verhaltenssteuerung brachte keine Senkung der Erkrankungszahlen, denn die Tbc war - heute ist das allgemein anerkannt - auf die schlechten Lebensbedingungen(zu kleine Wohnung, unzureichende Lichtverhältnisse , hohe Luftfeuchtigkeit in den Zimmern) zurückzuführen. Arbeitsmediziner machen heute auch eher die Arbeitsbedingungen, hohe Streßwerte, Akkord- und Wechselschicht für die hohen Erkrankungszahlen im Herz- Kreislaufbereich (die entgegen allen Gerüchten vor allem untere soziale Schichten und nicht die Manager treffen) verantwortlich.

Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben sind folgende:

Da die krankmachenden Faktoren wie Streß, Umweltbelastung schlechte Arbeitsbedingungen



u.s.w. in den letzten Jahren gewachsen sind, sind auch die Aufwendungen für die soziale und gesundheitliche Vorsorge stetig gestiegen. Da jedoch die Arbeitsbedingungen aufgrund bestehender Kapitalakkumulationsbestrebungen, Profitmaximierung u.s,w. nicht zum "gesundheitlichen Besseren" hin änderbar sind, muß an anderen Punkten interveniert werden. Unterstützt durch neue Informationstechnologien und die Erhebung "notwendiger" Daten wird präventiv in soziale Zusammenhänge eingegriffen.

Arbeiter/innenscreening / Genscreening

Arbeitnehmerscreening, d. h. Genomanalyse in der Art von Reihenuntersuchungen bei allen arbeitsfähigen Menschen ist durchzuführen anhand von einfachen Blut- und Urintests, um die genetischen Daten zu erforschen.

In Zukunft werden nicht mehr nur die üblichen Bewerbungsunterlagen für einen Arbeitsplatz entscheidend sein, sondern vermehrt auch die genetischen Merkmale. Die Profitrate versucht das Kapital sich durch Selektion zu sichern: Einerseits wird nach den optimalen, noch leistungsfähigeren Arbeitskräften gesucht, andererseits durch die Aussonderung von anfälligeren, nicht so widerstandsfähigeren oder aber bereits gesundheitlich geschädigten Arbeiter/innen, eine Senkung der Lohnkosten angestrebt, indem sog. „Krankheitsstände" und „Berufsunfähigkeiten" verhindert werden.

Bereits in den 60er Jahren führten Arbeitsmediziner in dem amerikanischen Chemiekonzern DOW Chemical ein großangelegtes Untersuchungsprogramm durch, um mit Hilfe der Zytodiagnostik diejenigen Arbeitskräfte auszusondern, die sie für besonders anfällig gegenüber krebserregenden Chemikalien in der Produktion hielten. 1980 begann BASF, deren werksmedizinische Abteilung in Ludwigshafen als die größte und modernste in den westlichen Industrienationen gilt, ebenfalls mit Gentests an ihren Arbeitern/innen. Mittlerweile verfügen die Werksmediziner bei BASF über eine umfangreiche Dokumentation der Gesundheits- und Arbeitsdaten Tausender Beschäftigter. Jährlich werden hier ca. 10 000 „präventive" Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt, in denen die Untersuchung der Erbanlagen eine wachsende Rolle spielt.

Verkauft werden diese Tests unter dem Deckmäntelchen einer Humanisierung des Arbeitsplatzes. Angesichts einer nur auf ihren Profit ausgerichteten Produktionsweise ist bereits erkennbar, daß die neugewonnen Erkenntnisse immer gegen die Arbeiter/innen eingesetzt werden: Entlassungen bzw. erst gar keine Einstellungen und die Privatisierung/Individualisierung von Berufskrankheiten, sowie eine Diskriminierung von bestimmten Menschengruppen auf Grund besonderer Merkmale/Gefährdungen.

Der Mensch als Träger der Ware Arbeitskraft wird durch diese neue Form der Personalauslese zum bloßen Anhängsel der Maschine. Ein bis in die letzte Faser (DNA) kalkulierbarer Faktor der Produktion. Werden die genetischen Daten erst großflächig in Dateien gespeist und zum sonstigen Rest des Personalinformationssystems mit all seinen sozialpsychologischen Angaben gespeichert, kann der Mensch wie eine Marionette an die jeweils entsprechenden Arbeitsplätze geschoben werden. Und nicht nur das: individuelle Genkarteien und zentraliserte Genbanken bieten auch den staatlichen Verfolgungsbehörden neue Möglichkeitne des Zugriffs. Dies gilt besonders, wenn die Genomanalyse in Verbindung mit dem weiteren technischen 'Fortschritt' gesehen wird. Das bereits dichte EDV-Netz wird noch engmaschiger.

Da z.B. Dicke und Raucher häufiger krank sind und eher sterben als "normale" Bürger, belasten sie die "Solidargemeinschaft" mit stärkeren Kosten. Also gilt es , systematisch Daten über den Einzelnen zu erheben, diese Daten auszu-- werten und dann den einzelnen Versicherten, der durch das Raster gefallen ist, mit geeigneter "Betreuungsstrategie " auf den Weg der Gesundheit zu bringen.

Krankheitsverhalten und Rasterfahndung

Die Worte "Dicke" und "Raucher" lassen sich beliebig durch Worte wie " psychisch Auffällige", "Querulanten" u.s.w. ersetzen. Diese Konzepte, entwickelt auf der Basis sogenannter Mikrosimulationsmodelle, die genau berechnen, wieviel der Einzelne kostet, wenn er sich so und so verhält, übernehmen für den Betroffenen die Definition dessen, was für ihn gut ist und was nicht. Experten sagen ihm, was er tun soll.
Objektiv übernimmt damit der Bereich der sozialen Sicherung die Funktion sozialer Kontrolle, sei es nun , daß sich ein Angestellter mittleren Lebensalters seit Monaten um einen Job bemüht und trotz qualifizierter Ausbildung und guter Papiere eine Abweisung nach der andern erhält, da bei der letzten Routineuntersuchung seine Prostata als krebsverdächtig eingestuft wurde, oder daß Herr

etwas zugenommen hat,von seinem Kontaktbeamten der Krankenkasse nahegelegt wird, abzunehmen und das Rauchen einzustellen, da ansonsten sein Beitrag um weitere 10% nach oben gestzt wird.
Damit zusammen hängt auch eine völlige Änderung des Aufgabenbereichs polizeilicher Überwachungsstrategien Zunehmend in den Vordergrund tritt eine " sozialhygienische Aufgabe zur Kontrolle von Fehlverhalten in der Gesellschaft" (Herold) Gefragt sind leistungsfähige und leistungsbereite, anpassungswillige und belastbare Personen, die bei geringstem volkswirtschaftlichem Aufwand den größten Nutzen erzielen.
Mit dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial (auch mit dem durch die Volkszählung gewonnenen) lassen sich die Gesundheitsinvestitionen in die einzelne Arbeitskraft je nach dem zu erwartenden Nutzeffekt dosieren.
Argumentiert wird in Bezug auf Randgruppen, gegen die feindselige oder ablehnende Vorurteile in der Bevölkerung vorausgesetzt werden: Ausländer, Abhängige, Behinderte, sogenannte Arbeitsscheue, "Schwachsinnige", Totkranke.
Was aber damit gemeint ist, zeigen andere Diskussionen: Auswirkungen von Umweltgiften,genetische Einstellungsuntersuchungen, Forschungen über Erbgänge von physiologischen Merkmalen und Verhalten/Charaktereigenschaften. Dabei wird vor allem die Erstellung sogenannter "Genkarten", "Genpässe" in den nächsten Jahren eine entscheidende Rolle spielen. Aufgrund der starken Bemühungen in den letzten Jahren zur Entschlüsselung des genetischen Codes und der Analyse der Strukturen und Funktionen des Erbmaterials, ist es zunehmend möglich, Tests zu entwickeln, mit denen genetisch bedingte Veranlagungen, die auf zukünftige Erkrankungen oder individuelle Anfälligkeiten für Umweltbelastungen hindeuten,

Humangenetische Beratungsstellen

Die Humangenetischen Beratungsstellen haben, laut B.M. für Jugend, Familie und Gesundheit (1979) zum Ziel: „Die vermeidung der Geburt eines aus genetischen Gründen kranken Kindes" um „den täglichen Zustrom behinderter Neugeborener mit genetischen Krankheiten wirksam zu reduzieren". Gleichzeitig sei es (so die Stiftung für das Behinderte Kind/Marburg 1977) angesichts eines ‚bedrohlichen Rückganges der Kinderzahl in deutschen Familien' „...entscheidend wichtig, diese weniger gewordenen Schwangerschaften und Geburten optimal zu betreuen". **Bevölkerungspolitik mit rassistischem, sexistischen Beigeschmack!!** Es ist das Interesse der H.G. Beratungsstellen als Kontrollinstrument der nationalen Bevölkerungspolitik, uns Frauen die Möglichkeit zur Entscheidung, wie wir leben wollen, aus der Hand zu nehmen. Kosten-Nutzen-Analysen und soziale Kontrolle stehen im Mittepunkt der Humangenetischen Beratungsarbeit. Es wird mit einem **Krankheitsbegriff** hantiert, der alle die als potentiell ‚krank' erklärt, die nicht nach herrschenden sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten funktionstüchtig/bereit, d. h. nicht optimal ausbeutbar sind. Diese gilt es aufzuspüren, zu erfassen und zu kontrollieren, unter Druck zu setzen und, wo es geht, schon ihre Existenz zu verhindern.

Ohne Daten läuft nichts

So ist ein wichtiger Teil der Humangenetischen Beratungsstellen-Arbeit die Erfassung aller erfahrbarer Daten der jeweiligen ‚Ratsuchenden'. Im ersten Beratungsgespräch werden soziale, ökonomische, medizinische und genetische Daten der betreffenden Frau samt ihrer ‚Angehörigen' eingeholt. Ziel ist einerseits die Erstellung eines ‚Gesamteindrucks', gleichzeitig wird, nach einer anschließenden Überprüfung der erhaltenen Daten, möglichst an Hand amtlicher Belege (Arztberichte/Totenschein/Beurteilungen durch Erziehungseinrichtungen und andere Institutionen) ein drei Generationen erfassender Familienstammbaum zusammengestellt. **„Erhebung des Sippenbefundes"** nennt Prof. Vogel (Humangenetiker in Heidelberg) diese Vorgehensweise in seinem Lehrbuch für Humangenetik. Die EDV gespeicherten Daten der Humangeneitschen Beratungsstellen sind natürlich nur ein kleiner Teil der sog. Gesundheitserfassung. Diese setzt sich aus einer Vielzahl von Spezialdatenkarteien (Erbgesundheitskartei/Körperbehindertenkartei/Datenkartei Nichtrauchertraining und Gewichtsabnahme usw., um nur einige herauszugreifen) und den umfangreichen Datenbanken auf dem Gebiet der medizinischen und sozialwissenschaftlichen Forschungen zusammen.

Die computermäßige Erfassung tausender persönlicher Daten einer einzelnen Person ermöglicht durch die Vernetzung diverser Informationen, durch Datenweitergabe und Neukombination einen optimalen Zugriff auf die Einzelnen. Der Perfektionierung sind keine Grenzen gesetzt: So gibt es z. B. Hinweise, daß die Erfassung aller ‚Mißbildungen' in Europa nach einheitlichen Kriterien geplant ist. Und Meldungen über erkennbare Fehlbildungen bei der Geburt landen beim Statistischen Bundesamt Wiesbaden und werden dort ausgewertet.

Gleichzeitig dienen die Daten der Aufstellung von Statistiken, die auch bei den Humangenetischen Beratungsstellen, neben den direkten medizinischen Untersuchungen (Fruchtwasseranalyse etc.) eine entscheidende Rolle spielen. Statistiken-Zahlenkolonnen suggerieren immer noch Objektivität und Wissenschaftlichkeit, sie sollen überzeugen und unter Druck setzen, wo sich Widerstände gegen den ‚Rat' des Humangenetikers regen.

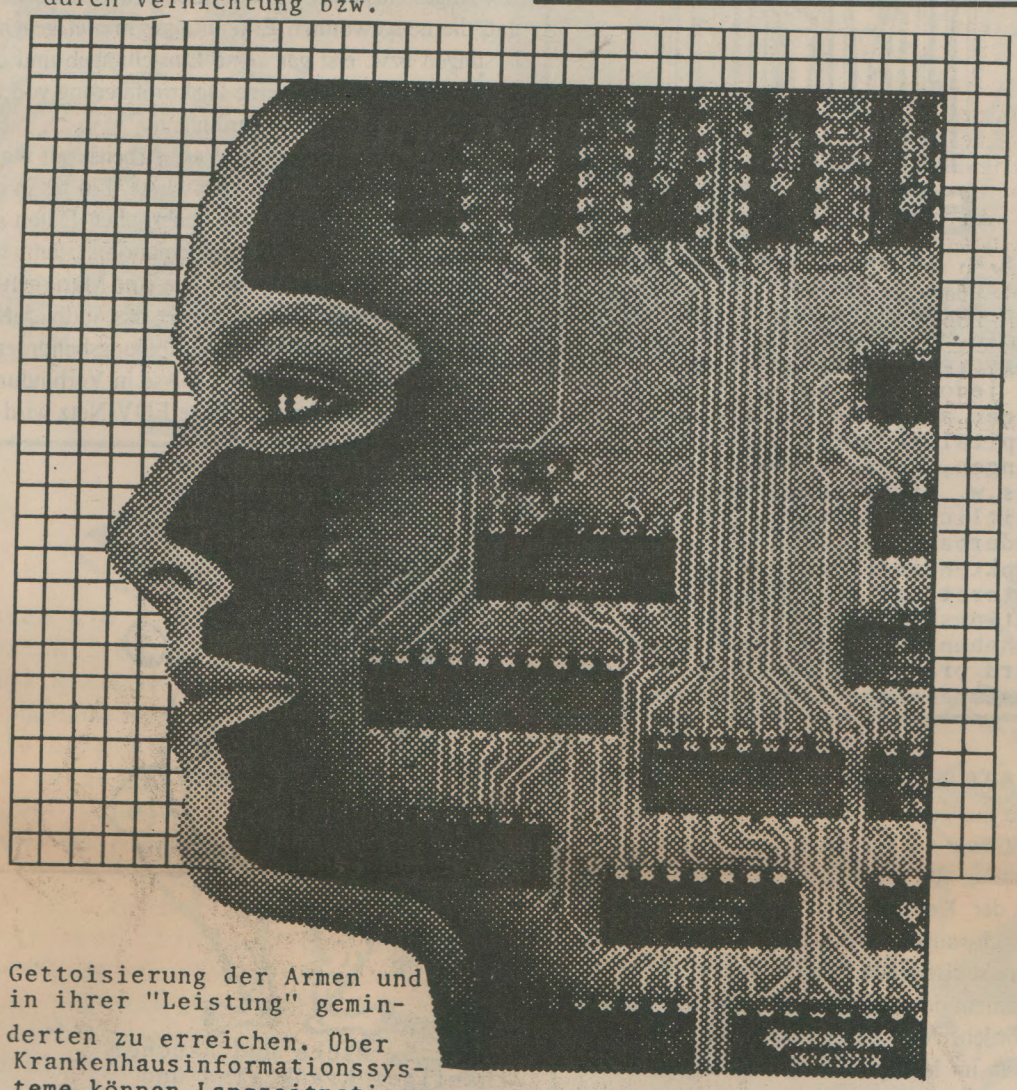
Und es ist kein Zufall, daß Männer (wie ein Prof. S. Koller) im Zusammenhang mit der Bedeutung der Statistik für die Humangenetik in allen Humangenetik-Standardwerken ausführlich gewürdigt wird. Derselbe Prof. S. Koller, der damals (1941) über die Zahl der „auszumerzenden Gemeinschaftsunfähigen" spekulierte und sich vehement für Zwangsarbeit, Zwangssterilisation und Anstaltseinweisung zur „Lösung des Asozialenproblems" einsetzte. Derselbe, der dann später, nach 1945, als Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes an der Einführung des Mikrozensus (repräsentative Auskünfte über die wesentlichen Merkmale der Bevölkerung u. .a. Gesundheitsverhältnisse) beteiligt war und die Einführung der EDV-Technik besonders im Gesundheitswesen maßgeblich mit forcierte.

arbeiten daran, die chemischen Daten aller 50.000 im menschlichen Stoffwechsel produzierten Proteine einschließlich der bisher bekannten Normabweichungen computermässig zu erfassen. Da jeweils ein Gen für den Aufbau eines bestimmten Eiweißmoleküls zuständig ist, kann die Proteinübersicht als Vorläufer eines vollständigen Genkatasters betrachtet werden. Mit Hilfe dieses Proteinlexikons lassen sich Häufigkeiten von Gen-Mutationen, Krebserkrankungen oder Erbleiden in der Bevölkerung ermitteln und Veränderungen im Gesamtbild oder in regionalen Strukturen- verursacht etwa durch Umweltbelastungen- beizeiten erfassen. Längst sind amerikanische Firmen, etwa in der Chemieindustrie, dazu übergegangen, vor der Einstellung ein sogenanntes "genetisches Screening" (d.h. eine genetische Musterung) durchzuführen. Sind zudem noch, aufgrund der verfügbaren Daten (s.o.) z.B. Krebsfälle in der Familie bekannt, werden die Bewerber auf keinen Fall mehr eingestellt. Somit gelingt es , die firmeneigene Tumorenstatistik niedrig zu halten, und einer womöglich teuren Verbesserung der Arbeitsbedingungen aus dem Weg zu gehen.Auch Versicherungen im Gesundheitsbereich werden dann für Personen mit einem bestimmten genetischen Code eben teurer werden. Auch in der BRD wird die "Individualisierung" im Gesundheitswesen kräftig vorangetrieben. 1984 wurde von der AOK in Lindau (am Bodensee) ein Modellversuch durchgeführt, in dem Wirkungen und Nebenwirkungen von Medikamenten durch stichprobenartige, EDV-mäßig aufgearbeitete Kontrollen festgestellt werden.Besonders interessiert sich die AOK für "Risikogruppen": Schwangere, Drogensüchtige, Kinder. Um Nebenwirkungen feststellen zu können, soll das bereits routinemäßig gespeicherte "Leistungsspektrum" mit den Daten des Versuchs kombiniert werden. Auf die Frage ob denn feststellbar sei, wann eine Frau ein behindertes Kind bekomme (es gibt in der BRD keine Meldepflicht für behinderte Kinder !) und was dann geschehe, antwortete der damalige Verwaltungsdirektor der AOK, E.Gradek: "Sicher bekommen wir das mit! Wir prüfen dann folgendes: Was lag im Vorfeld der Schwangerschaft schon an Krankheiten vor? Was treten an dem Kind für Auffälligkeiten auf? Hat die Mutter alle Möglichkeiten der Mutterschaftsvorsorge wahrgenommen? Wurden die Früherkennungsmaßnahmen genutzt?"
Verantwortlich für die Behinderung des Kinds wird also die Mutter gemacht. Hat sie etwa die Früherkennungs-Vorsorgemaßnahmen nicht wahrgenommen? Die Pflicht zur Vorsorgeuntersuchung ,zur Verhinderung geschädigter Kinder wird denkbar und es kann auch kontrolliert werden, ob Mensch seiner Pflicht nachkommt.
Denn auch hier steht wieder eine Kosten/Nutzen-Analyse im Vordergrund, die allerdings eben nur mit den notwendigen Daten durchgeführt werden kann.:z.B. Fruchtwasseruntersuchungen zur Erkennung von Behinderung und Abtreibung. Werte , die in die Berechnung eingehen sind z.B. Pflegekosten, Kosten für Heimbauten, Therapiekosten, entgangener Gewinn durch das, was ein zweites Kind, auf das die Eltern verzichtet haben, erwirtschaftet hätte.

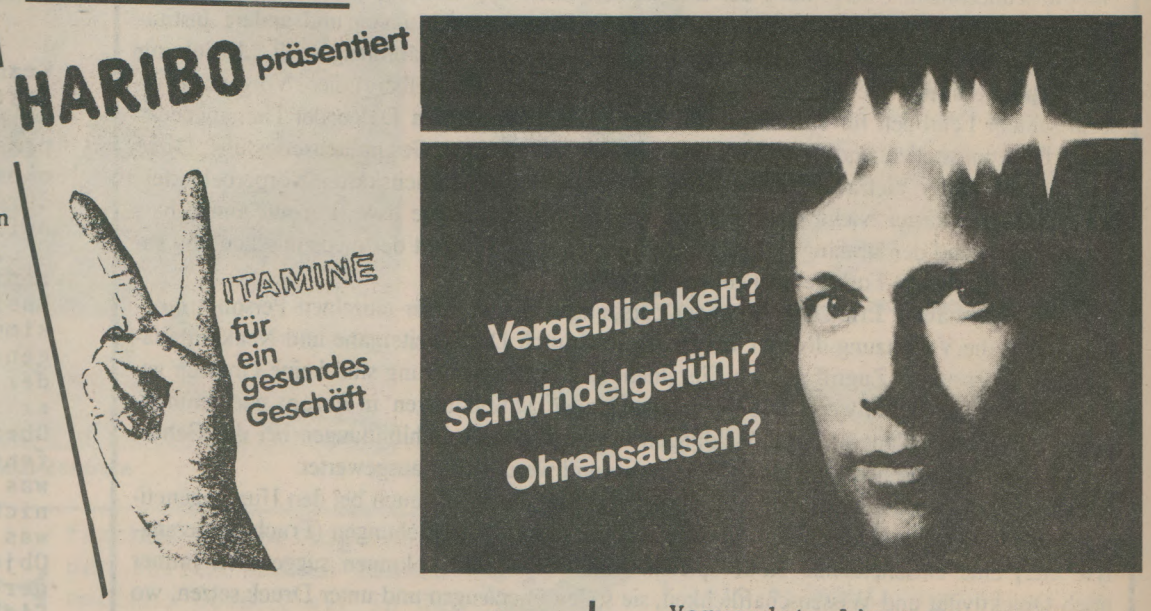
Wirksamer Salmonellenschutz in Geflügelmästereien und -schlachtereien würde , nach einer Berechnung von 1985, ca. 190 Mill. DM kosten. Salmonellose beim Menschen kommt da billiger; sie verursacht lediglich Kosten von 160 Mill. DM. Inder Kosten/Nutzen-Analyse der Salmonellenbekämpfung heißt es:"Für gestorbene Kinder und Jugendliche werden die Aufzuchtkosten bis zum einschließlich 14. Lebensjahr in Ansatz gebracht." Was mit dem bisher Gesagten deutlich gemacht werden soll ist, daß Gesundheitspolitik gerade im Zusammenhang mit neuen Informationstechnologien und einer weitgehend lückenlosen Erfassung immer ein Teil eines Herrschaftskonzepts ist, Bevölkerungs-Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dem Ziel zu umfassen die soziale Frage endgültig durch Vernichtung bzw.

Rentenversicherung (DSRV)

In Würzburg befindet sich die Datenstelle der deutschen Rentenversicherung (DSRV). Die DSRV führt eine sog. Stammsatzdatei für sämtliche vergebenen Versicherungsnummern aller Versicherungsträger. In dieser Datei sind ca. 75 Millionen Datensätze gespeichert, eine weitere dort angesiedelte Datei – die der Unfallversicherungen (Berufsgenossenschaften) usw. – enthält noch einmal 48 Millionen Datensätze. Für den Zugriff auf diese Datenbänke durch andere Behörden ist gesorgt – dank des Sozialdatengesetzes vom September 1980. Eine neunzeilige Datenschutzvorschrift zum Sozialgeheimnis wird „ergänzt" von 5 Seiten Ausnahmeregelungen für die Erfassung und Übermittlung von Sozialdaten. So stehen z. B. die Datensätze der DSRV im Rahmen der Amtshilfe, im Rahmen „sozialer Aufgaben" und für Forschungs- und Planungszwecke zur Verfügung. Für Polizeibehörden ist der Zugriff gleich in drei Normen geregelt und abgesichert, damit ihnen die Dateien mit ihrer Aktualität zum Abgleich mit ihren eigenen Dateien dienen können.
Während der großen Fahndungshysterie 1978 wurden anläßlich eines Fahndungstages 174 000 Karteikarten der AOK Hannover durchsucht. Kurz zuvor hatte das Landesamt f. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein Einsicht in die Unterlagen der AOK Flensburg genommen. 1978 hatte laut SPIEGEL 43 das BKA ermittelt, daß sich Verdächtige mit einer neuen Identität tarnen, bis hin zur Versicherungsnummer. Die Kriminalisten forderten die Rentenversicherung auf, Daten von Verdächtigen über den Computer laufen zu lassen, um über doppelte Versicherungsnummern Anschriften von möglichen Terroristen zu ermitteln. In 6 000 Fällen von Rentenversicherten soll dies geschehen sein.



Gettoisierung der Armen und in ihrer "Leistung" geminderten zu erreichen. Über Krankenhausinformationssysteme können Langzeitpatienten oder "hoffnungslose Fälle" ausgesondert und abgeschoben werden.
Bettenzahl, die Auslagerung der Versorgung in ambulante Dienste und Heime greift auf die Rasterfahndung in diesen Systemen zurück. Der Übergang zur völligen Abschaffung b.z.w. Privatisierung des Versicherungssystems wird über innere Differenzierungen heute schleichend organisiert- etwa der Vorschlag, in der gesetzlichen Krankenversicherung gestaffelte Tarife mit entsprechender Differenzierung der Gesundheitsversorgung einzuführen. Und die Strategen der "Kosten dämpfung" sagen in aller Offenheit, was die Rationalisierung und Aussonderung im Gesundheitswesen bedeutet (Krämer-Die Ortskrankenkasse 18/1983): "Es ist durchaus nicht ethisch verwerflich, durch Mittelbeschränkungen im Gesundheitswesen ein erhötes Todesrisiko (um nur die wichtigste Konsequenz zu nennen) von Mitgliedern der Gesellschaft in Kauf zu nehmen." Das heißt nichts anderes , als Euthanasie aufgrund der Wahrscheinlichkeitsrechnung, möglich gemacht durch Datenerhebung breitester Art, worunter eben auch die Volkszählung fällt. Um den Zusammenhang mit der Volkszählung nochmal ganz klar zu machen: Es geht eben nicht darum , nach einzelnen Fragen zum Gesundheitsbereich in den Volkszählungsbögen zu suchen, und dann zu entscheiden, was die Volkszählung mit diesem Bereich zu tun hat. Entscheidend für die Anwendung der sogenannten computergesteuerten Microsimulationsmodelle(s.o.) sind nicht einzelne Daten, sondern eine möglichst weitgehende und totale Datenerfassung bzw. Datenerstellung aller Lebensbereiche jedes Einzelnen. Nur dann gelingt es, innerhalb dieser (Denk)Modelle Aussagen zu treffen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zutreffen.
Wenn ich z.B. errechnen will mit welcher Wahrscheinlichkeit in einem bestimmten Stadtgebiet Atemwegserkrankungen in den nächsten Jahren auftreten werden, dann brauche ich für diese Modellberechnungen eben auch Angaben über die Wohnungsgröße, die Wohnungsverhältnisse, die Heizungsart, Einkommen u.s.w.Besitze ich dann noch die Daten aus den sonstigen Bereichen (Gentechnologie, Krankenkassen), sind Voraussagen mit hoher Genauigkeit möglich. Und damit ist auch klar, in welche Richtung interveniert werden muß, um bestimmte Ziele zu erreichen.
Die Ausweitung der Datenbasis und deren Integrierbarkeit erfolgt systematisch im Zusammenhang mit gewünschten Veränderungen des Sozial- und Gesundheitsverhaltens. Entscheidend für die Wirksamkeit dieser Systeme ist der Rückgriff auf Individualdaten: das mikroökonomische Verhalten der Individuen muß den makroökonomischen Gesetzen , mit denen der Planstaat operiert, angepaßt werden.
Ein letztes Beispiel:
Ende der 70er Jahre entwickelten die Krankenkassen das System DVDIS, das ein machinelles Verfahren zur Bestimmung der Personen(Auswahlraster) enthält, die zum Vertrauensazt geschickt werden. Damit lassen sich "unwirtschaftliche" und "auffällige" Kassenpatienten zuverlässig ermitteln und mit entsprechenden Maßnahmen kann gegengesteuert werden.



„Genetische Fingerabdrücke"

LONDON, 2. Januar (dpa). Zum ersten Mal soll ein in Großbritannien entwickelter „genetischer Fingerabdruck" bei einer großangelegten Mordfahndung angewandt werden. 2000 Männer aus der mittelenglischen Grafschaft Leicestershire sollen in den kommenden Tagen Blut- und Speichelproben abliefern. Durch die mikrobiologische Analyse der Proben hofft die Polizei, den Mörder zu finden.

Verwendete Literatur:
-EDV-Abtauchen oder Aufstehen? Steinweg-Verlag
-Was sie gegen Mikrozensus und Volkszählung tun können;2001; Strohm/Rott-
-Autonomie 13: Sozialpolitischer Datenangriff
-Vzbroschüre der Stadtzeitung Freiburg 1983
-Vzbroschüre der Voboini Stuttgart 1987
-TAZ vom 8.8.84: Rasterfahndung im Gesundheitswesen

AIDS - DIE EPIDEMISCHE REAKTION

Das Thema Aids hat Konjunktur wie kaum ein anderes. Das kurze Kunstwort ist zu einem Sammelbegriff geworden für Bedrohungsängste, Vorurteile und Diskriminierung, Safer Sex, Meldepflicht und Ausgrenzung, usw.usf. Aids ist mittlerweile wesentlich mehr als eine (auch) sexuell übertragbare Krankheit. Aids hat sich quasi verdoppelt. Aids ist zur gesellschaftlichen und individuellen Projektionsfläche geworden.

Eine Thematisierung von Aids ist daher schwierig. Schon bei dem Versuch, das Faktische der Krankheit aufzuspüren, sieht man/frau sich konfrontiert mit von Vorurteilen beladenen Forschungen (ein Beispiel ist die These, daß Aids seinen Ursprung in Afrika habe, die sich mittlerweile als unhaltbar herausgestellt hat) und mit einer Unmenge an Ungenauigkeiten, die Politik sind. Im März '87 waren in der BRD 959 Aids-Kranke registriert, so eine Meldung in der Tagesschau. "Um die Größenordnung einer Krankheit und ihre Entwicklung zu beschreiben, ist es üblich, als wichtigste Basisparameter die Neuerkrankungen pro Zeiteinheit (Inzidenzrate) und die Häufigkeit der Krankheit in der Bevölkerung (Prävalenzrate) anzugeben. Aids sprengt diese Konventionen. Statt der üblichen Zahl der Neuerkrankungen pro Jahr tauchen fast überall kumulative Inzidenzraten (1) auf. (...) Man addiert die Zahl der Neuerkrankten einfach zur Zahl der bisher Erkrankten. Definitionsgemäß steigt eine solche Zahl immer." (2) Und auf der Basis dieser kumulativen Zahlen werden diverse Hochrechnungen erstellt, die alle pure Spekulation sind, und vor allem dazu dienen, der breit angelegten Repression und Prävention den Weg zu ebnen.

Nun geht es nicht darum, jegliche Bedrohung, die Aids hat, abzustreiten. Wir nennen bewußt keine weiteren Zahlen über Erkrankte, Infizierte oder möglicherweise Infizierte, weil davon auszugehen ist, daß diese Zahlen alle falsch sind. Doch ist sicher, daß die Zahl der Erkrankten, der Infizierten und der Toten steigen wird. Aids ist auch eine reale Bedrohung, mit der jede/r sich bei dieser (auch) sexuell übertragbaren, unheilbaren und (wahrscheinlich) tödlichen Krankheit konfrontiert sieht. Doch wie stark die individuelle Bearbeitung schon geprägt ist von der Medienkampagne und der staatlichen Politik, zeigen die Überlegungen von vielen - und das quer durch die Scene - den Aids-Antikörper-Test zu machen. Dabei ist unklar, was ein Test-Ergebnis eigentlich aussagt. Denn erstens gibt der Test nur darüber Auskunft, ob der/diejenige Aids-Antikörper im Körper hat. Was das jedoch bedeutet ist unklar. Denn nicht alle Aids-Antikörper-'Träger' erkranken und nicht alle Aids-Erkrankten entwickeln das sogenante Vollbild, das den Tod bedeutet. Zweitens hat der Test, der momentan primär benutzt wird und auf den Namen 'Elisa' (für was sich Frauennamen alles benutzen lassen) hört, eine Fehlerquote von ca. 5%. Drittens dauert es ca. zwischen 6 Wochen und einem halben Jahr nach der Infizierung, bis sich so viele Antikörper gebildet haben, daß sie überhaupt nachweisbar sind, d.h. ein Test sagt noch überhaupt nichts aus. Viertens entwickeln nicht alle Infizierten Antikörper.

Mit dem Test selbst läßt sich nicht begründen, warum man/frau ihn rein prophylaktisch machen sollte. Ein 'negatives' Testergebnis - was bedeutet keine Antikörper im Blut zu haben - kann nur eine scheinbare Sicherheit geben. Und eine Auseinandersetzung mit der Krankheit Aids, mit den möglichen Umgangsformen damit läßt sich über den Test nicht umschiffen. Sinnvoll kann der Test höchstens dann sein, wenn konkrete Krankheitssymptome vorhanden sind und die Erstellung einer Diagnose wichtig ist für die weitere Behandlung.

Die staatliche Kampagne setzt auf Aufklärung und 'freiwillige' Tests. Denn die Dunkelziffer der Erkrankten und vor allem der Infizierten ist hoch. Staatliche Maßnahmen sind umso besser planbar und differenzierbar, je umfangreicher und genauer die erheischten Informationen und damit die Aids-Statistiken sind. "Es wird dort (im Spiegel, d.A.) nämlich u.a. die Klage des als Hochrechnungsexperten der Epidemiologie vorgestellten Kölner Privatdozenten Jürgen Weyer zitiert, das wirklich schwierige sei die Erhebung der Primärdaten. Zuverlässig bekannt sei aber nur die Bevölkerungsstruktur." (3) Immer wieder wird die Freiwilligkeit der Tests betont, während gleichzeitig ein Klima der Verunsicherung und Bedrohung geschürt wird, das viele dann 'freiwillig' dazu bringt (besser wohl: zwingt), den Test zu machen. Ganz deutlich wird in den Knästen, was das Wort 'freiwillig' aus staatlichem Munde bedeutet. "Allen Gefangenen soll auf Wunsch die Untersuchung auf Antikörper gegen das HTLV-III-Virus (heute allgemein: HIV-I-Virus, d.A.) auf freiwilliger Basis ermöglicht werden." So lautet die Empfehlung der 56. Justizministerkonferenz. (4) Diejenigen, die den Test nicht machen, werden so behandelt wie die Test-Positiven, d.h. Einzelhaft, keine Gemeinschaftsveranstaltungen, Einzelfreistunde und Diskriminierung sowohl durch das Personal als auch durch andere Gefangene. - "Da geht das Aids-Schwein!" - Unter diesen Umständen der 'Freiwilligkeit' ist denn auch die Zahl derer, die sich nicht testen lassen, verschwindend gering. So wird der Knast einmal mehr zum Testfeld und dient gleichzeitig dazu, die gesellschaftlichen Akzeptanzen für diese Form der 'Freiwilligkeit' zu schaffen. Die SPD-regierten Bundesländer machen hier die Vorreiter. Seit Anfang '86 ist die Durchführung der HIV-Antikörper-Tests in Hessen vom Justizministerium angeordnete Zwangsmaßnahme, also ein Jahr früher als Bayern diese Maßnahme einführte. Bundesministerin Süssmuth distanziert sich bis jetzt (noch) von solchen Zwangsmaßnahmen für die gesamte Gesellschaft, sowohl bei der Durchführung der Tests als auch bei der namentlichen Meldepflicht. (5) Doch das ist vor allem eine Frage der Effizienz. Denn derlei Maßnahmen beinhalten die Gefahr, daß Infizierte und diejenigen, die glauben, infiziert zu sein, abtauchen, sich also dem staatlichen Zugriff entziehen und somit außerhalb des Kontrollbereichs sind. Süssmuth: "Wenn mir jemand sagt, die Meldepflicht führt zu einer wirksamen Verhütung der Krankheit, und mir dies belegt, dann bin ich doch nicht so sturköpfig zu sagen: Ihr könnt mir sagen, was ihr wollt, ich orientiere mich nicht daran. Aber nach meinem bisherigen Kenntnisstand verweist alles darauf, daß es kontraproduktiv ist." (6)

Bayern ist bis jetzt das einzigste Bundesland, das sich für eine eindeutig repressive Aids-Politik entschieden hat. Doch ist Bayern nicht als die Ausnahme zu begreifen, sondern eher als Testfeld. Verschiedene Konzepte sind in Erprobung und auf welche sich die Bundesländer auf längere Sicht einigen werden, bestimmt allein die Effizienz der verschiedenen Konzepte. Denkbar ist auch eine konzeptionelle Aufgabenteilung bei Anwendung verschiedener Konzepte in verschiedenen Bundesländern als Teil eines Gesamtkonzeptes, was eine Perfektionierung und bessere Abstimmung dessen, was momentan läuft, bedeuten würde.

Der bayrische Maßnahmenkatalog, der am 25.2.87 verabschiedet wurde, in Auszügen:

"Ab sofort werden in Bayern -einheitlich von allen zuständigen Behörden vor allem Ansteckungsverdächtige zur Durchführung der HIV-Tests vorgeladen. Kommen die Betroffenen der Vorladung nicht nach, veranlaßt die Gesundheitspolizei die Aufenthaltsermittlung und die Vorführung durch die Polizei;

- Tätigkeitsverbote für HIV-positive männliche und weibliche Prostituierte erlassen;
- Infizierte und Kranke verpflichtet, behandelnde Ärzte sowie Intimpartner über die Infektion bzw. Erkrankung aufzuklären;
- Verstöße gegen diese und andere Anordnungen nach dem Bundes-Seuchengesetz unter voller Ausschöpfung des Rahmens geahndet;
- HIV-positiven Ausländern keine Aufenthaltserlaubnis erteilt;
- Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften angewiesen, das bewußte oder fahrlässige Infizieren anderer als schwere Straftat mit Nachdruck zu verfolgen;
- Strafgefangene und Untersuchungshäftlinge bei Antritt der Strafe und vor ihrer Entlassung (!) auf HIV-Antikörper untersucht;
- die Einstellungsuntersuchungen im öffentlichen Dienst auf Aids erweitert.
- Meldung aller Infektions-, Erkrankungs- und Todesfälle in anonymer, codierter Form. Dies kann auch in Form einer Laborberichtspflicht für ein zentrales Aids-Infektionsregister geschehen;
- Einführung einer namentlichen Meldepflicht infizierter und kranker Personen, bei denen erkennbar ist, daß sie fahrlässig oder vorsätzlich die Infektion weiterverbreiten.

(...)" (7)

Mit diesem Maßnahmenkatalog werden die Erkrankten zu potentiellen Mördern gemacht (wer von ihrer/seiner Erkrankung nichts weiß, tötet fahrlässig), sie sind grundsätzlich gefährlich und daher genau zu beobachten. Diejenigen, die sich nicht völlig zurücknehmen, die nicht am besten jeden Sexualkontakt unterlassen, die sich selbst nicht als epidemiologischen Risikofaktoren begreifen, sind herauszufiltern und als (potentielle) Täter auszusondern. Angesetzt wird bei den sogenannten Risikogruppen, als solche gelten neben den Homosexuellen und den Drogenabhängigen die Prostituierten, die Gefangenen und die Ausländer. Alles Gruppen, die gesellschaftlicher und politischer Diskriminierung ausgesetzt sind. In Hessen wird mittlerweile die Zwangseinweisung von 'unwilligen' HIV-positiven Drogenabhängigen

deutet sich in der öffentlichen Diskussion eine Ausweitung der Risikogruppen an. "Zur Eindämmung der HIV-Epidemie genügt es nicht, eine Reihe von renitenten Infektionsquellen (gemeint sind Infizierte, die den 'Safer Sex' verweigern, Prostituierte, die weiterhin arbeiten, etc., d.A.) aus dem Verkehr zu ziehen. Es ist nicht so, daß einige Indexpersonen den Motor der Epidemie verkörpern würden, sondern diese hat sich längst verselbständigt. Es sollte endlich zur Kenntnis genommen werden, daß der Motor der Epidemie in dem promiskuen Verhalten (9) der Population liegt, gleich welcher sexueller Präferenz (10). (...) Es geht nicht um moralische Fragen, sondern um die simple Erkenntnis, daß Promiskuität gesundheitsschädlich ist. (Hervorhebung von d.A.)" (11) D.Pohle und D.Eichenlaub vom Rudolf-Virchow-Krankenhaus Berlin, die diese Position vertreten, wenden sich deutlich gegen die in Bayern eingeführten Maßnahmen. "Wir wissen nicht, welche anderen Maßnahmen als die der konkreten, umfassenden und ständigen Aufklärung über Aids in einem demokratischen Staat möglich sind. Es gibt keinen Beweis, daß diese Maßnahmen epidemiologisch wirksam sind.(...) Diese gesellschaftliche Aufgabe ist bislang überhaupt nicht erkannt und bearbeitet worden. Wer sich um die Volksgesundheit verdient machen will, findet hier ein unendliches Betätigungsfeld."(12) Die von diesen beiden Autoren vorgeschlagenen Maßnahmen decken sich weitgehend mit dem, was auch Rita Süssmuth betreibt, also vor allem Aufklärung über die Krankheit. Allerdings mit einer leichten inhaltlichen Verschiebung: So ist Promiskuität nun mutiert vom Risikofaktor zum Motor der Epidemie. Und auch ersteres ist schon eine kleine, aber folgenschwere Verschiebung. Wer würde z.B. Autofahren zum Risikofaktoren erklären, mit der Begründung, daß im Autoverkehr jährlich mehrere zehntausend Menschen sterben?!
Die Ablehnung von Zwangsmaßnahmen resultiert nicht aus humanitären Überlegungen - was auch verwundern würde bei einem Sprachstil in dem Kranke nur als 'Infektionsquelle' oder 'Indexpersonen' auftauchen - sondern einzig und allein aus dem Effizienzdenken bzw. dem 'Kosten-Nutzen-Effekt'. "Die von Frösner vorgeschlagenen staatlichen Maßnahmen wären durchführbar und in einem reichen Land auch in Milliardenhöhe finanzierbar. Pro Jahr müßten 80-100 Millionen Menschen von den Gesundheitsbehörden einbestellt, untersucht und weiterhin amtlich bearbeitet werden. Viele Tausend müßten gemahnt, ermittelt, zwangsvorgeführt werden. Jeder positive Fall müßte im Western-Blot (13) abgesichert werden. (...) Enormer weiterer Aufwand würde anfallen durch Infektionsquellenermittlung, Einleitung und Realisierung von Strafmaßnahmen inklusive der Neubauten von Verwahrungsanstalten. Zu den Kosten würden auch rechnen der vorzeitige Ausfall als Produktivkraft und Steuerzahler, Verlust der Ausbildungsinvestitionen, usw." (14)
Dieser Artikel wurde deshalb so ausführlich zitiert, weil er charakteristisch ist für die Position der Sozialtechnokraten. Die Differenzen, die zwischen

tionäre bestehen, sind rein methodische. Wie läßt sich mit den wenigsten Kosten die größtmögliche Effektivität erzielen? Und was ist davon politisch durchsetzbar? - Auch unter diesem Aspekt ist der Testfall Bayern wichtig. - Dabei wird/ist der Mensch als Subjekt eleminiert, bzw. taucht als Subjekt nur noch dort auf, wo er zum unkalkulierbaren Risikofaktoren wird oder werden kann. Das ist nun nichts Aids-spezifisches, sondern findet unter dem Stichwort 'Prävention' Eingang in viele gesellschaftliche Bereiche. Die Hauptabsicht der Prävention besteht nicht darin, eine konkrete Gefahrensituation anzugehen, sondern alle denkbaren oder wahrscheinlichen Formen des Gefahreneintritts vorwegzunehmen. Die Prävention verleiht dem Verdacht den wissenschaftlichen Wert einer Wahrscheinlichkeitsrechnung. Um sich verdächtig zu machen, ist es nicht mehr von Nöten, Symptome von Gefährlichkeit oder Anomalie an den Tag zu legen, es genügt, einige Besonderheiten aufzuweisen, die von den für die Definition einer Präventionspolitik verantwortlichen Spezialisten zu Risikofaktoren erklärt worden sind. (Genaueres siehe im Artikel zur Prävention) Ziel ist die Ausschaltung der Risikofaktoren, die über Datenerhebungen und Datenabgleich herausgefiltert wurden. Faktisch bedeutet das die Marginalisierung der Risikogruppen und die Ausgrenzung der 'Unwilligen'. Aids-spezifisch ist dabei, daß die Position der Sozialtech-

men viele Linke erleichtert auf, daß das Thema Aids doch noch so sachlich behandelt wird, daß nicht versucht wird, die Hysterie anzuheizen. Als könnten staatliche Institutionen ein Interesse an Massenhysterien mit ihrer ganzen Unkontrollierbarkeit und Unregierbarkeit haben! Einzelne Fälle von Hysterie mögen sogar noch argumentativ verwertbar sein, helfen wiederum beim Schaffen von Akzeptanzen für weitergehenden staatlichen Zugriff. Doch in dieser scheinbaren Sachlichkeit werden suggestiv und schleichend Wertigkeiten hergestellt, werden kleine inhaltliche Verschiebungen vorgenommen, die vor allem dazu dienen, die Prävention in die Köpfe und Betten aller Frauen und Männer zu pflanzen.

"Die große Gefahr" schreibt die Stadt Frankfurt auf schwarz-rot-weiß (15), "Aids kann tödlich sein. Nur sie selbst können sich schützen." In dieser scheinbar sachlichen Darstellung ist die Opfer-Täter-Verkehrung schon enthalten. Die Weiterführung lautet denn auch: "Aids bekommt man nicht, Aids holt man sich!" (16). Die Infizierung mit Aids wird definiert als aktiver Vorgang. Und wer aktiv handelt, ist auch selbst schuld. Man/frau hätte sich schließlich schützen können, dann hätte man/frau sich Aids nicht geholt. (17)
Diese Argumentation ebnet auch den Krankenkassen den Weg für die allgemeine Thematisierung des Prinzips der Selbstverschuldung. Was bei Krebs immer mißlang, bei den Rauchern auch schon diverse Male in die Diskussion geworfen wurde, kann nun über Aids eingeführt

ken- und Lebensversicherer nehmen bereits keine Kunden mehr auf, von denen sie wissen, daß er/sie Aids-infiziert ist. (18) Ein Hindernis für das konsequente Fernhalten der Infizierten aus den privaten Kassen ist hier das Fehlen einer namentlichen Meldepflicht. Über einen Anhang beim Aufnahmefragebogen wird versucht zu ermitteln, welchen Gesundheitsuntersuchungen sich der/die Betreffende in der letzten Zeit unterzogen hat, ob er/sie einen Aids-Antikörper-Test gemacht hat. Denkbar ist durchaus, daß irgendwann alle Nichtgetesteten abgelehnt werden (ohne daß das als Ablehnungsgrund benannt wird), also - wie heute schon im Knast - behandelt werden, als seien sie Test-positiv. Das bedeutet eine Problem- und Kostenverschiebung weg von den privaten Krankenkassen hin zur AOK, die gesetzlich verpflichtet ist, jede/n Versicherungswillige/n aufzunehmen. Die gesetzlichen Krankenkassen diskutieren schon seit Jahren - unter dem Stichwort 'Kostendämpfung' - eine Strukturreform.
"Wir verstehen unter Gesundheit im sozialmedizinischen Aspekt das Vermögen eines Menschen, die Funktionen, die ihm im Rahmen seiner gesellschaftlichen Bezüge zukommen, störungsfrei zu erfüllen, ohne dabei die Funktionserfüllung für die Zukunft zu gefährden. Man kann die Zahl der Menschen, die in diesem Sinn 'gesund' sind, nicht positiv ermitteln, sondern nur die Zahl derer, für die das nicht zutrifft, deren Gesundheit also mehr oder weniger eingeschränkt oder gar aufgehoben ist, die also vorübergehend oder auf die Dauer krank oder invalide sind." (19) Es gilt

Krebsregistergesetze existieren bereits in den Bundesländern Hamburg, Saarland, Baden-Württemberg und dem Regierungsbezirk Münster. In Berlin wurde das offizielle Register 1983 abgeschafft, was nicht heißt, daß es keine Daten über Krebserkrankungen gibt. Im Rahmen eines bundesweiten Modellversuchs der Bundesregierung zur onkologischen Forschung werden klinische Listen geführt.

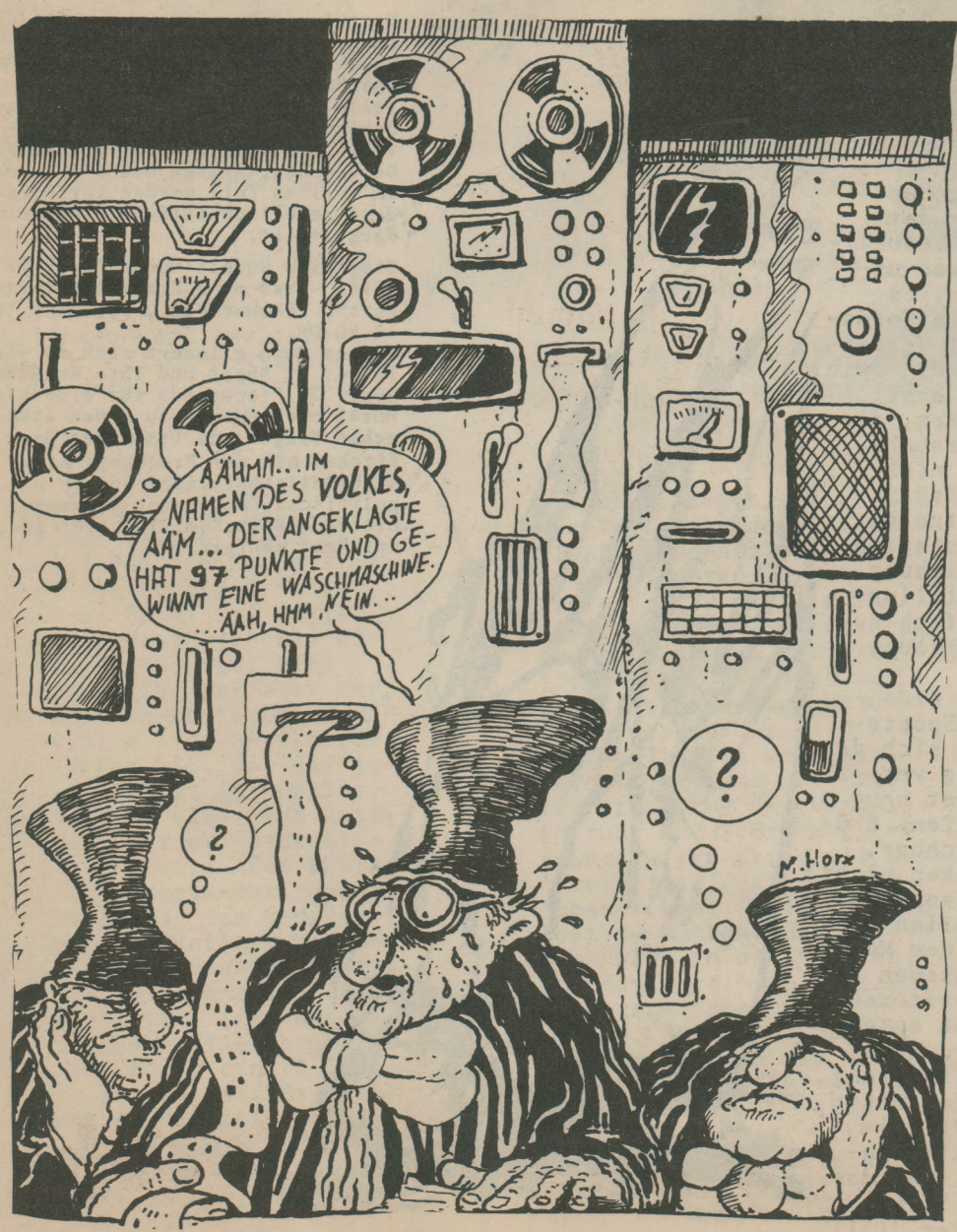
In Hamburg gibt es seit 1929 ein Krebsregister. Zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise wurde dieses Programm benutzt, um Krankheits- und Todesursachenstatistiken anzulegen und somit den Absterbeprozeß der an Krebs erkrankten Personen besser überwachen und kontrollieren und zugleich eine bessere Kosten-Nutzen-Kalkulation erstellen zu können. Ab 1935 wurden die Daten des Krebsregisters an das Hamburger Gesundheitspaßarchiv weitergeleitet. In dieser im Deutschen Reich wohl einmaligen Datei, die im Rahmen der vom Reichsinnenministerium angeordneten „Erbbestandaufnahme" erhoben wurden, gespeichert. 1952 wurde das Hamburger Krebsregister einfach wiedereröffnet und weitergeführt. Ende 1983 waren rund 170 000 Personen, darunter 33 000 noch lebende, gespeichert. Juristisch stütze man sich immer noch auf die nationalsozialistische „2. Durchführungsbestimmung zum Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens" vom 22. 2. 1935. Diese Tatsachen sind durch den Aktenklau im Sept. 84 der „Initiative Bürger beobachten die Behörden e. V." bei der Hamburger Gesundheitsbehörde und dem Tumorzentrum Universitätsklinikum Eppendorf bekannt geworden.

Erst 1986 wurde das Hamburger Krebsregister auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt. Danach sind Ärzte und Zahnärzte berechtigt, im Regelfall bei Vorliegen der Einwilligung des Patienten, über die persönlichen und medizinischen Verhältnisse des Patienten Angaben zu machen (Name, Beruf, Staatsangehörigkeit, Tumordiagnose, Art der Therapie). Der Arzt kann die Angaben allerdings dann ohne die Einwilligung des Patienten weiterleiten, wenn dieser nichts von seiner Kranheit weiß!

Vordergründiger Sinn und Zweck der Krebsregister soll sein: einen Überblick über die Anzahl der Krebskranken zu erhalten, die verschiedenen Krebsformen im regionalen und lokalen Zusammenhang festzustellen, um dann nach Auswertung der Statistik die Ursachen, beispielsweise erkannte Umweltbelastungen, angehen zu können. Es ist aber heute schon hinlänglich bekannt, daß ein Großteil der Krebserkrankungen auf krebserzeugende Stoffe am Arbeitsplatz und auf die industrielle Verschmutzung von Luft, Wasser und Konsumgütern, insbesondere Lebensmitteln, zurückzuführen ist. Auch ohne Krebsregister wäre eine Ursachenbekämpfung wie ein Verbot der bekannten krebserzeugenden Stoffe schon längst durchführbar. Diese müßten aber gegen die Interessen des Kapitals durchgesetzt werden!

Die Einführung von Krebsregistern dient aber nicht nur als Scheinaktivität im Hinblick auf die wirklichen Ursachen, sondern dazu, möglichst viel Eigenverschuldung des Individuums ausfindig zu machen, sei es durch seine Lebensweise oder seine genetische Disposition. So äußert Prof. Hofmeister, der Leiter des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie am Bundesgesundheitsamt, daß eine Angleichung und zentrale Auswertung der regionalen Register plant, 1984: „Das Arbeitsleben spielt bei Krebserkrankungen so gut wie keine Rolle... Den Löwenanteil verursachen Rauchen und falsche Ernährung, beides zusammen etwa 50 bis 60 %." Krebsregister als Argumentationshilfe, die Schuld auf die Einzelnen abzuschieben und bald auch die Kosten? Mit den Krebsregistern werden dem Staat Individualdaten in die Hand gegeben, die wie jede Registrierung von personenbezogenen (oder -beziehbaren) Krankheitsdaten zu Selektionsmöglichkeiten gebraucht werden können: Versicherungseinstufung oder Nicht-Aufnahme in die Lebensversicherung (so geschehen bei Asbestose-erkrankten Arbeitern in den USA), Arbeitsplatzzuweisung oder -vorenthaltung usw.

Und wenn die eingerichteten Krebs- und Krankheitsregister später zum Beispiel in Richtung Familienbelastung, Ahnentafel, genetisch ungünstige Disposition ausgewertet würden? Verbindet man dies mit den heute schon vorhandenen technisch-biologischen Möglichkeiten, ist es eigentlich nur noch ein kleiner Schritt zum Ausschluß genetisch „Belasteter" von der Nachkommenszeugung oder ihrer Verpflichtung zu einer gentechnischen „Reparatur". Die sich abzeichnende Neo-Eugenik ist in dieser Hinsicht auf Krebs- und andere Krankheitsregister angewiesen.



also auch hier die Risikofaktoren für das nicht 'störungsfreie Erfüllen der Funktionen' zu erfassen. Die im obigen Sinn nicht Gesunden werden negativ ausgerastert. Hier gilt es den Sozialtechnokraten nun, Leistungen zu differenzieren, je nach noch möglicher Verwertbarkeit der betroffenen Person, nach der wahrscheinlichen Kostenhöhe und Krankheitsdauer. Ein wichtiger Schritt hin dazu, ist eine 'objektive' Festlegung des Bedarfs. "Zunächst ist Bedarf etwas anderes als Nachfrage. Nachfrage hängt von Kaufkraft und Wertvorstellungen der Individuen ab. Im Gegensatz dazu sollte man versuchen, Bedarf als positive, objektiv meßbare und von individuellen Wertvorstellungen unabhängige Größe zu definieren." (20) Und so ist es denn "durchaus nicht ethisch verwerflich, durch Mittelbeschränkung im Gesundheitswesen ein erhöhtes Todesrisiko (um nur die wichtigste Konsequenz zu nennen) von Mitgliedern der Gesellschaft in Kauf zu nehmen." (21) Denkt man/frau diese 1982 gemachten Aussagen nun im Kontext mit Aids, werden die Dimensionen sichtbar, die die Diskussion um die Selbstverschuldung hat. Ist es gesellschaftlich erst einmal akzeptiert, daß man/frau sich Aids 'holt', liegt es eigentlich auf der Hand, daß den gesetzlichen Krankenkassen die enormen Kosten, die ein/e Aids-Kranke/r bedeutet, nicht zuzumuten sind. Sie hätten ja besser aufpassen können... Es deutet einiges darauf darauf hin, daß die Kassen eine sehr differenzierte Leistungsskala ausarbeiten (was eine Verfeinerung der bestehenden Arbeitsweise bedeutet), die Leistungsunterlassungen ebenso beinhaltet wie eine erhöhte Eigenbeteiligung für die 'objektiv' festgelegten Risikogruppen. Damit werden die Folgen von Entfremdung, ungesunden Arbeitsbedingungen, schlechter Nahrung, Umweltverschmutzung, etc. individualisiert über wissenschaftlich abgesicherte Wahrscheinlichkeiten. Für die/den Einzelne/n bedeutet das Selbstdisziplinierung. Das ist die individuelle Leistung, die sich wieder lohnt.

"Privatunternehmen werden dem Beispiel des öffentliches Dienstes folgen und einen HIV-Antikörper-Test zum Bestandteil der Einstellungsuntersuchungen machen. Diese Auffas- verschiedener Verbände im bayerischen Senat. Der Staat müsse 'positive Vorgaben' machen, wie Firmen mit Infizierten umgehen sollten. Ein positiver HIV-Test sei aber, von ganz wenigen Berufsgruppen abgesehen, kein Grund, einem Bewerber den Eintritt in den öffentlichen Dienst zu verweigern. 'Schwieriger' werde es schon mit der Verbeamtung auf Lebenszeit." (22) Selbst Herrn Gauweiler geht es nicht um ein undifferenziertes Ausgrenzen der Infizierten aus dem Verwertungsprozeß, sondern um Abstufungen. Eine Verbeamtung auf Lebenszeit, mit allen finanziellen Absicherungen, die sie bedeutet (z.B. die Renten für die Familien), ist zu 'kostspielig' bei einem/r, der/die nach einer langen und somit teuren Krankheit jung stirbt. Als einfache Angestellte - möglichst mit Zeitverträgen (23) - sind Infizierte durchaus verwertbar. Hier trifft sich Gauweiler inhaltlich mit Pohle und Eichenlaub, denen die Kosten durch vorzeitigen Ausfall als Produktivkraft und Steuerzahler und der Verlust der Ausbildungsinvestitionen bei einer vollständigen Ausgrenzung der Infizierten ein Dorn im Auge sind.

Es läßt sich also zusammenfassend feststellen, daß die Positionen, die in der Öffentlichkeit gerne als gegensätzliche dargestellt werden, eigentlich nur ein Streit um die effizientere Methode sind. Die inhaltlichen Überschneidungen sind deutlich. Arbeitsteilig werden die verschiedenen Konzepte ausprobiert, auch auf die Reaktionen der Öffentlichkeit und somit ihre politische Durchsetzbarkeit hin. Die Konkurrenzen, die dabei zwischen den einzelnen Lagern bestehen, wirken in diesem Prozeß eher dynamisierend.

Stellt frau/man dies noch in Zusammenhang mit dem ökonomischen Prozeß, der hingeht zur Auflösung von Stammbelegschaften, Flexibilisierung von Arbeitskraft und Arbeitszeit bei gleichzeitiger Entgarantierung und steigender Arbeitslosigkeit, reichen sich die verschiedenen Zukunftsvisionen die Hand. (Es ist im Rahmen dieses Artikels leider nicht möglich darauf genauer einzugehen.)

"SPIEGEL: Andererseits erreichen sie bestimmte Gefährdungsgruppen mit ihrer Aufklärung gar nicht - etwa die Drogenabhängigen oder Strichjungen. SÜSSMUTH: Wir erreichen sie nicht qua Behörde. Deswegen haben wir ja auch sehr früh, schon 1985, begonnen, zum Beispiel die Deutsche Aids-Hilfe - mit ihrem spezifischen Zugang zu Risikogruppen - zu fördern."(24) Die Deutsche Aids-Hilfe ist der Dachverband von vielen, zum Teil sehr unterschiedlichen Aids-Selbsthilfegruppen. Ein nicht geringer Teil dieser Selbsthilfegruppen wird personell und inhaltlich getragen von Homosexuellen, die als doppelt Betroffene - nämlich von der Krankheit Aids selbst, als auch von der über die Zuordnung der Krankheit (lange Zeit galt Aids als die 'Schwulenseuche') verstärkt wieder aufgelebte Homophobie (25) und Homosexuellenfeindlichkeit - versuchen, den Erkrankten und Infizierten psychosoziale Betreuung anzubieten und über eine Politik der Aufklärung der Diskriminie-

gegenzuarbeiten. Den Behörden eröffnete die Zusammenarbeit mit diesen Gruppen den Zugriff auf die 'Risikogruppen', die mit den staatlichen Behörden selbst sicher nicht in Kontakt getreten wären. Und gleichzeitig übernahmen die Aids-Selbsthilfegruppen die Aufgabe der Aufklärung, mit dem Ziel verhaltensändernd auf diese Gruppen einzuwirken. Der Handlungsspielraum der Selbsthilfegruppen war bisher relativ groß. So konnten sie durchaus Gegenpositionen zu staatlichen Maßnahmen einnehmen, konnten innerhalb bestimmter Grenzen ihre eigene Poltik machen. Doch lassen sich hier mittlerweile gewisse Änderungen feststellen. An der Wichtigkeit der Existenz der Selbsthilfegruppen zweifelt zwar nach wie vor niemand. Aber - wie es z.B. der Leiter des Frankfurter Stadtgesundheitsamtes ausdrückt - es sei nun doch an der Zeit das Ganze in 'normale Bahnen' zu lenken, dabei müsse bei den Selbsthilfegruppen sicher 'abgeschliffen' werden. Die psychosoziale Betreuung und die Bemühungen um Verhaltensänderungen in den 'Risikogruppen' sind die Aufgabenfelder für die Selbsthilfegruppen. Doch alles, was dabei über Sozialarbeit hinausgeht, wird in absehbarer Zeit über die finanziellen Zuwendungen zum Verstummen gebracht. So zumindest sind die Planungen quer die Parteien (26). Die Kompetenz 'der ersten Stunde'. die den Selbsthilfegruppen zugebilligt wurde, verliert in dem Maße an Bedeutung, wie diese Gruppen den staatlichen Behörden die wichtigen Informationen, sowohl über die Anzahl der Erkrankten und Infizierten, als auch die individuellen Reaktionsweisen, die Krankheitsverläufe und über den Umgang mit dem Thema 'Safer Sex', über die Bereitschaft sich testen zu lassen, usw. liefern/ geliefert haben. So wird den Selbsthilfegruppen jetzt ein klar umrissener Platz innerhalb des differenzierten Maßnahmenkatalogs zugewiesen, der für diese Gruppen inhaltliche Normierung bedeutet. In den Zuständigkeitsbereich der Selbsthilfegruppen fallen dann die Unterstützung beim Aushalten der gesellschaftlichen Diskriminierung, die Stabilisierung der Marginalisierten und Ausgegrenzten. Für den 'Bodensatz der Unbelehrbaren', der seit einiger Zeit immer stärker in Diskussionen beschworen wird, werden genügend repressive Maßnahmen bereitgehalten bzw. auch schon praktiziert (wie z.B. die Festnahme der Prostituierten am Frankfurter Hauptbahnhof), das Bundesseuchengesetz bietet hierzu - wie von verschiedenen Seiten immer wieder betont wird - alle Möglichkeiten.

"Es ist aber gerade die gesellschaftliche Organisation des neuen Sexualverhaltens, die bei vielen auf Ablehnung stößt, weil sie dahinter die erstarkende Hand eines 'großen Bruders' und einen Machtzuwachs für sexuell repressive Kräfte wittern. Diese Sorgen sollten sich aber bei genauerer Überlegung als unbegründet erweisen, denn nichts baut repressiven Maßnahmen besser vor als der in Bürgerinitiativen freiwillig durchgeführte sexuelle Selbstschutz." (27) 'Safer Sex' heißt das Zauberwort, das nicht nur vor Aids, sondern auch vor staatlicher Repression schützen soll. "Die rationale Überlegung ist kurz und klar: Die Krankheit Aids ist bisher weder heilbar noch kann ihr durch eine Impfung vorgebeugt werden. In dieser Situation läßt sich eine Ansteckung auf sexuellem Wege nur verhindern, indem man sich infektionshygienisch vorsichtig verhält und den Austausch von Blut und Sperma mit einem/r Sexualpartner/in vermeidet." (28) In der Safer-Sex-Kampagne wird jedoch wesentlich mehr mittransportiert als die schlichte infektionspragmatische Überlegung. Über die Nutzung und Aktivierung von Angst wird eine Rangordnung sexueller Praktiken etabliert - seuchenhygienisch legitimiert - werden alte Werte reaktiviert (wie die Monogamie), werden Sexualpraktiken aufgewertet, die bisher als 'pervers' galten (wie z.B. Telefonsex, der unter seuchenhygienischen Gesichtspunkten optimal ist). Es wird öffentlich ausführlich über verschiedene Sexualpraktiken diskutiert, sie werden zerlegt, unterteilt in 'gefährlich' und 'ungefährlich'. Die übrigbleibenden 'safen' Einzelpraktiken lassen sich dann wieder zusammenfügen. Sexualität unter dem Vorzeichen der Prävention und der Infektionshygiene! Persönliche Neigungen, Bedürfnisse spielen dabei eine untergeordnete Rolle. In der Safer-Sex-Kampagne geht es um die "Konzentrierung auf steuerbares Verhalten, auf Löschen des unerwünschten, Verstärken des erwünschten Verhaltens - und der Leugnung des Konflikts, den es für diejenigen bedeutet, die ihr sexuelles Verhalten nicht so ändern können oder wollen, als gelte es, ein bestimmtes Kleidungsstück nicht mehr zu tragen oder eine Marotte aufzugeben." (29) In dieser Form der Thematisierung von Sexualität bekommt sie etwas unheimlich beliebiges. Es geht nur noch um die formale Organisation zur Vermeidung eines Triebstaus - wie Rosa von Praunheim sagt: "Für die fünf Minuten, die ich zum Orgasmus brauche, (...) gefährde ich nicht mein Leben." (30) Daß Sexualität etwas zu tun hat mit Lust, mit Selbsterfahrung, mit Verwirklichung und mit Lebensvorstellungen wird dabei einfach negiert, ohne es überhaupt auszusprechen.
Wer angesichts von Aids noch von Lust und Spontanität redet, macht sich der fahrlässigen Tötung verdächtig. Aids bietet neue Zugriffsmöglichkeiten. Endlich scheint es machbar, das Präventionsdenken nicht nur in die Köpfe, sondern auch in die Genitalien einzupflanzen. Unter dem Mäntelchen der gemeinsamen Bedrohung wird ein weiteres Stück Subjektivität enteignet. Gefordert wird auch hier Selbstdisziplinierung, das Sich-unterwerfen unter die nach seuchenhygienischen Gesichtspunkten genormte Sexualität. Und das ohne jede Trauer. "Viel Vergnügen. Safer Sex."(31)

In diesem Artikel ging es im Wesentlichen um den staatlichen Umgang mit Aids und was seine Qualitäten sind. Wenig berücksichtigt ist dabei die ökonomische Entwicklung. Gar nicht bearbeitet wurde die medizinische Ebene, die Diskussionen um die Herkunft des Virus, die psychosozialen Prozesse, die Aids auslöst. Wichtig war die Herausarbeitung einer Position zum Test und seiner Ablehnung.
Aids greift in viele Themenbereiche über, wie z.B. die Umorganisierung im Gesundheitswesen, die Situation im Knast, in den Psychiatrien, etc. Eine weitergehende Aufarbeitung wäre wichtig.
Der Schwerpunkt dieses Artikels ist zum Teil auch danach bestimmt, was es zum Thema Aids bereits an Veröffentlichungen gibt. Deshalb auch eine kommentierte Literaturliste im Anhang.

LITERATURLISTE

Volkmar Sigusch/ Hermann L. Gremliza (Hrsg.): "Operation Aids", Sexualität Konkret 1986, 10.00 DM (wird schon verramscht)
Ein sehr gutes Heft, das sich mit verschiedenen Aspekten von Aids auseinandersetzt, von der Medizin, Psychologie, Sexualität und Gesellschaft, Homosexuelle und Entrechtete, etc.

Frank Rühmann: "Aids- eine Krankheit und ihre Folgen", Edition Qumran im Campus-Vlg., 2. Auflage 1985, 28.00 DM
Das Phänomen Aids in seiner sozialen Bedeutung. Medizinische Fakten spielen in diesem Buch nur eine Nebenrolle. Rühmann untersucht wie Forschung und Medizin von Anfang an von Vorurteilen geprägt arbeiteten, beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen für die Homosexuellen, mit ihrer Reaktion und mit der gesellschaftlichen Bedeutung von Aids. Bis jetzt das beste Buch zum Thema.

Matthias Frings (Hrsg.): "Dimensionen einer Krankheit - Aids" Rowohlt-Vlg., Juli '86, 12.80 DM.
Das Buch gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil besteht aus Berichten, Beiträgen und Interviews mit Infizierten, mit Fixern, Gefangenen, Ärzten und Sterbenden. Im zweiten Teil werden verschiedene gesellschaftliche Aspekte dargestellt.

Siegfried Rudolf Dunde (Hrsg.): "Aids - was eine Krankheit verändert", Fischer-Vlg., Dezember '86, 12.80 DM.
Dieses Buch gliedert sich in vier Teile: 1. Angst und ihre Bewältigung. 2. Propaganda für eine alte Moral oder Anstoß zu neuen ethischen Fragen. 3. Das Kreuz der Kirchen mit der Krankheit Aids. 4. Gesellschaftliche Folgen und politische Suche nach Auswegen. Einzelne Beiträge sind sehr gut, der Rest weniger.

ANMERKUNGEN

(1) kumulativ: (an)häufend
Inzidenzrate: hier die Zahl der (Erkrankungs)fälle
(2) Ulrich Clement: "Höhenrausch" in 'Operation Aids', S.38
(3) aus: Arbeiterkampf 280 vom 9.3.87, S.3
(4) siehe hierzu den Artikel "Hessen vorn" in 'Operation Aids'
(5) Dieses Verhalten trägt ihr bedenklich viel Wohlwollen ein, auch von Seiten der Linken. "Wenn Frau Süssmuth nicht wäre - wir hätten bereits..." Dabei wird auf die dahinterstehende Argumentation überhaupt nicht eingegangen.
(6) Spiegel-Interview "Ich will klotzen, nicht kleckern" in Spiegel 7/87, S.51
(7) zitiert nach 'Aids-Forschung' März 87. Monatszeitschrift herausgegeben von R. Hehlmann und Peter Gauweiler, Verlag R.S.Schulz, je 15.00 DM
(8) siehe FR vom 28.4.87
(9) Promiskuität: als promiskuitiv gilt, wer mit mehr als einer Person vögelt, wird assoziiert mit häufig wechselnd und beliebig
(10) Präferenz: Vorrang, Vorzug
(11) Hans D. Pohle, Dieter Eichenlaub: "Kann die weitere Ausbreitung von Aids verhindert werden?" in 'Aids-Forschung' 3/87, S.120/21
(12) wie (11), S.121
(13) Western-Blot: ebenfalls ein Antikörper-Test, jedoch aufwendiger und teurer als 'Elisa', mit einer geringeren Fehlerquote
(14) wie (11), S.121
(15) schwarz-rot-weiß war die preußische Fahne. Während der Weimarer Republik war die Fahne - wie heute - schwarz-rot-gold. Die Nazis trugen von Anfang an die schwarz-rot-weiße Fahne.
(16) Motto des Aktionsprogramms in Hessen (noch SPD) laut FR vom 11.3.87
(17) Der Bildzeitungs'bericht' vom 28.2.87 ist die konsequente Folgerung aus dieser SPD-Position: Unter der Überschrift 'Aids - wer liebte diese Frau! hieß es: Sonja, (...) hat ein scheußliches Verbrechen begangen. Sie liebte in 16 Monaten 1000 Männer, obwohl sie wußte, daß sie Aids hat! Haftbefehl! ..." Daneben ein deutlich erkennbares Photo der Frau. Hier wird das patriarchalische Gewaltverhältnis noch gleich mit auf den Kopf gestellt. Die Männer, die 'liebten', werden zu Opfern einer todbringenden Frau. Ein abgeschmackter Männeralptraum!
(18) FR vom 17.2.87
(19) Symposium Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung vom 23. bis 25. Juni '82 Forschungsbericht 90, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Prof. Dr. Erwin Jahn: "Strukturreform aus sozialmedizinischer Sicht", S.21
(20) wie (19), Walter Krämer: "Bedarf versus Ressourcen", S.150
(21) wie (20), S.158
(22) taz vom 16.3.87, "Aids: Auch Firmen wollen testen"
(23) die mittlerweile auch gesetzlich abgesichert sind
(24) Spiegel 7/87, S.42
(25) Homophobie: (krankhafte) Angst vor und Abneigung gegen Homosexuelle, Projektion der Angst vor der eigenen Homosexualität auf die anderen
(26) Die Position der Grünen deckt sich mit der SPD dort, wo sie gemeinsam das durch die Maßnahmen in Bayern verlorengegangene Vertrauen in den Staa beklagen. Die Hilflosigkeit und Unfähigkeit der Grünen beim Thema Aids zeigt sich jedoch vor allem in der Forderung zu überprüfen, ob das Bundes-Seuchengesetz nicht verfassungswidrig sei. Auf dieser formalen Ebene können sie eine tatsächliche Thematisierung der Konflikte vermeiden.
(27) E.J.Haeberle: "AIDS. Was tun? in Die Zeit 43/85, S.81
(28) Ulrich Clement: "Zur Sozialpsychologie von 'Safer Sex'" in M.Frings: 'Dimensionen einer Krankheit - Aids", S.227
(29) wie (28), S.235
(30) Streitgespräch zwischen Martin Dannecker und Rosa von Praunheim in 'Operation Aids' S.21
(31) So lautete der poppig aufgemachte Text einer Anzeige der Aids-Hilfe im Pflasterstrand, Kondom anbei.

Börsenfavorit Veritas

Kondom-Flop

Das Thema Aids bewegt längst schon auch die Börse. Weil die Geldanleger im Gefolge der Immunschwäche einen Kondom-Boom ausgemacht haben, kletterten die Aktienkurse einschlägiger Firmen in New York und Tokio steil nach oben. Da wollten offenbar auch die Spekulanten hierzulande nicht länger zurückstehen. Die glaubten jetzt, ihr Präservativ-Papier in der Aktie der Gelnhausener Veritas Gummiwerke entdeckt zu haben. Von 260 auf bis zu 700 Mark wurden die im Freiverkehr der Frankfurter Börse gehandelten Titel hochgejubelt, wie der „Platow Brief" beobachtete. Insgesamt erlebte der Aktienmarkt in dieser Zeit hingegen eine wahre Katastrophe.

Indes: Die Börsianer lagen diesmal völlig schief, der „Geheimtip" entpuppte sich als Flop des Monats. Veritas Gummi stellt nämlich gar keine Kondome her. Zur Produktpalette gehören unter anderem Gartenschläuche. Die sind aber, wie sich scheinbar inzwischen herumgesprochen hat, das falsche Spekulationsobjekt. Der Veritas-Kurs rutschte jedenfalls mittlerweile wieder deutlich ab. FR

AMNESTIE FÜR HIV-POSITIVE GEFANGENE

Mittlerweile hocken mehr als 200 HIV-Positive in den BRD-Knästen und warten auf ... Ja, worauf sollen sie warten? Hilfe gibt es für sie nicht. Keine menschliche Betreuung, die gerade in dieser Situation überlebensnotwendig wäre. Eine Zukunftsprognose gibt es für diese Menschen nicht. Im Gegenteil, die Tendenz geht dahin, daß die in der BRD inhaftierten HIV-Positiven von den übrigen Gefangenen isoliert werden und in den Genuß (den zweifelhaften Genuß) einer Sonderbehandlung innerhalb der Institution Knast kommen.

Die Betroffenen werden von den Mitgefangenen und Wärtern permanent diskriminiert: Sie sind Aussätzige/ Ausgegrenzte innerhalb eines Systems, das auf Ausgrenzung spezialisiert ist. Horrorszenarien, die im Zusammenhang mit der Meldepflicht auftauchen, sind für die Inhaftierten HIV-Positiven längst Realität.

Da die sogenannten Hauptrisikogruppen ohnehin zu den zusätzlich diskriminierten Gruppen im Knast gehören, bedeutet der Aktenvermerk 'positiv' den sozialen Tod. Eine menschenwürdige Lösung ist innerhalb des Systems Knast ohnehin illusorisch. Mit einer Integration in den 'Normalvollzug' ist den Betroffenen wenig gedient, da die medizinische Betreuung in den Knästen in allen Bereichen mangelhaft ist. Die soziale Betreuung kann getrost vergessen werden. Es sei denn, mensch betrachtet Isolation als soziale Betreuung. Nun wird manche/r sagen, infiziert sei nicht gleich erkrankt. Das ist sicherlich richtig, bloß - niemand weiß bis heute, wieviele Infizierte tatsächlich erkranken. Die Praxis der Knastbetreiber sieht so aus, daß die Leute erst entlassen werden, wenn sie Pflegefälle sind.

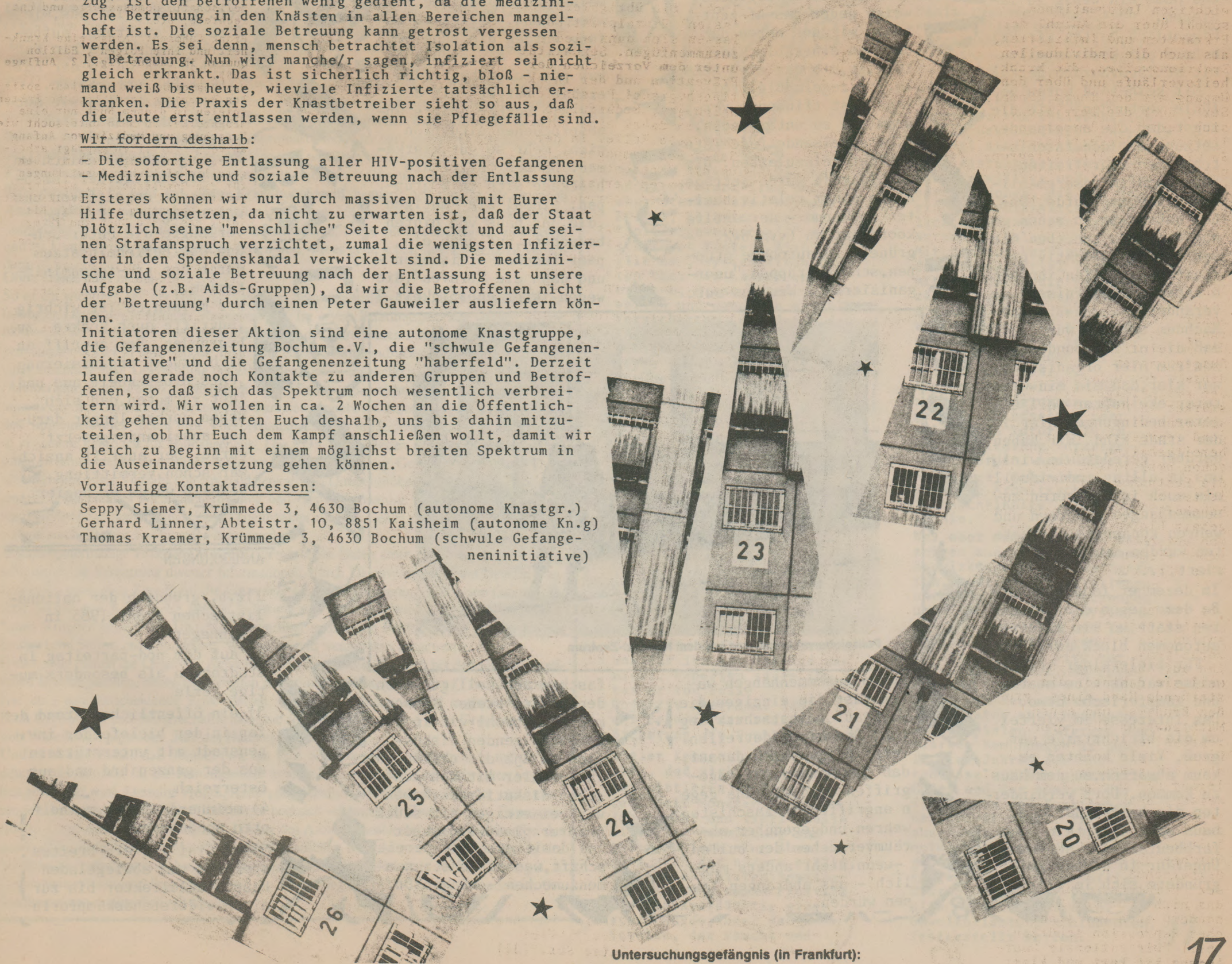
Wir fordern deshalb:

- Die sofortige Entlassung aller HIV-positiven Gefangenen
- Medizinische und soziale Betreuung nach der Entlassung

Ersteres können wir nur durch massiven Druck mit Eurer Hilfe durchsetzen, da nicht zu erwarten ist, daß der Staat plötzlich seine "menschliche" Seite entdeckt und auf seinen Strafanspruch verzichtet, zumal die wenigsten Infizierten in den Spendenskandal verwickelt sind. Die medizinische und soziale Betreuung nach der Entlassung ist unsere Aufgabe (z.B. Aids-Gruppen), da wir die Betroffenen nicht der 'Betreuung' durch einen Peter Gauweiler ausliefern können.
Initiatoren dieser Aktion sind eine autonome Knastgruppe, die Gefangenenzeitung Bochum e.V., die "schwule Gefangeneninitiative" und die Gefangenenzeitung "haberfeld". Derzeit laufen gerade noch Kontakte zu anderen Gruppen und Betroffenen, so daß sich das Spektrum noch wesentlich verbreitern wird. Wir wollen in ca. 2 Wochen an die Öffentlichkeit gehen und bitten Euch deshalb, uns bis dahin mitzuteilen, ob Ihr Euch dem Kampf anschließen wollt, damit wir gleich zu Beginn mit einem möglichst breiten Spektrum in die Auseinandersetzung gehen können.

Vorläufige Kontaktadressen:

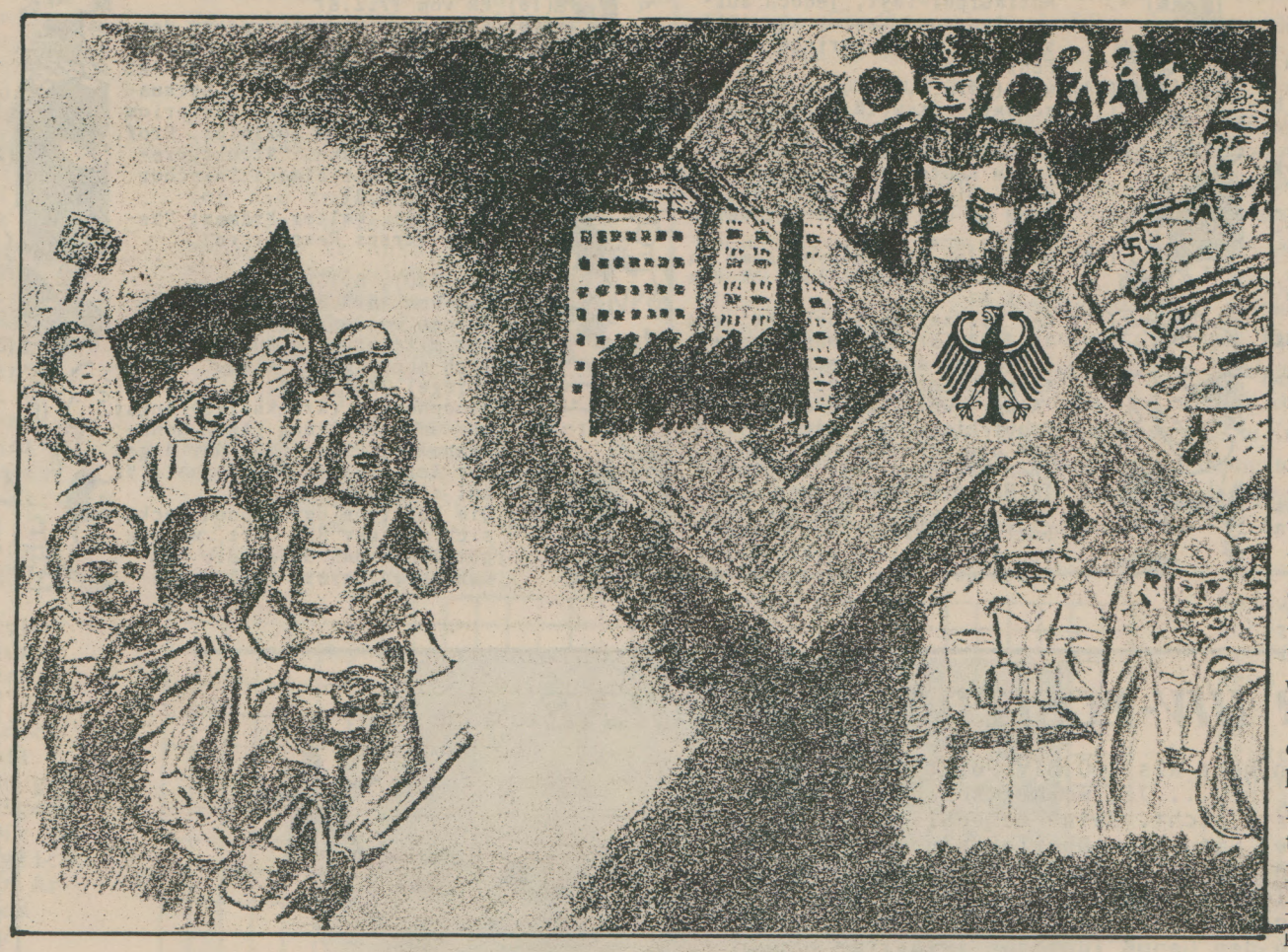
Seppy Siemer, Krümmede 3, 4630 Bochum (autonome Knastgr.)
Gerhard Linner, Abteistr. 10, 8851 Kaisheim (autonome Kn.g)
Thomas Kraemer, Krümmede 3, 4630 Bochum (schwule Gefangeneninitiative)



Untersuchungsgefängnis (in Frankfurt):

VERPFLICHTUNG UND HOFFNUNG

ANTIFA-AKTIONEN GEGEN FASCHO-ZENTRUM IN BIELEFELD



Im november letzten jahres war es soweit. Die existenz einer handlungsfähigen und handlungswilligen faschistengruppe machte sich in bielefeld das erste mal seit längerer zeit bemerkbar. Sie griffen in der "reichskristallnacht" gleichzeitig mehrere linke/alternative läden an. Bis dahin hatte die regionale faschistenszene sich hauptsächlich auf verdeckte organisationsarbeit 1) und vereinzelte aktionen beschränkt. Offensiv traten sie eher in oder mit unterstützung von anderen städten in erscheinung. 2).

Kurz nach den nächtlichen aktionen wurde einiges klarer: durch eine bürgerliche tageszeitung wurde aufgedeckt,daß von einigen faschopersönlichkeiten im sommer ein haus im bielefelder osten angekauft wurde.

Während der "reichskristallnacht" sollte dort ein treffen der nationalistischen front (nf) stattgefunden haben. Kurz nachdem dies bekannt wurde,rief das reformistische antifa-spektrum zu einer spontankundgebung vor dem haus auf. Vielen von uns war die dimension des ganzen noch gar nicht klar. Einige autonome und andere wütende fanden sich eher zufällig zusammen,um das haus ein wenig zu lädieren.

Eigentlich hatten wir kein bock auf konfrontation mit schlägerhorden der nf.

Mit kein bock waren gefühle verbunden - wie die angst,daß die auseinandersetzung mit den faschisten einen sehr breiten raum auch in unserem alltag einnehmen würde. Dabei haben wir eh schon genug damit zu tun,eben diesen alltag kollektiv gestalten zu wollen,ihn nach unseren bedürfnissen zu verändern.

Nachdem bekannt wurde, daß die nf ihr bundeszentrum hier organisiert, war klar,daß sie ein weiterer ekelhafter teil unserer bedingungen hier in der stadt sind. Wir haben darüber geredet,wie wir uns im alltag individuell als auch in kleineren zusammenhängen schützen und wehren können,telefonketten wurden neu strukturiert,... .

Im dezember fand eine große demo gegen die faschisten statt,wo wir zu einem autonomen block aufriefen.

Für bielefelder verhältnisse war es eine starke und kämpferische demo. Das interesse im viertel um die bleichstraße war groß. Viele konnten es kaum abwarten,zu dem haus zu kommen. Dort verhinderten die bullen,daß das haus mehr als stein- und farbbeutelwürfe abbekam. Ungefähr in dieser zeit gründete sich im viertel auch die nachbarschaftsinitiative gegen das nationalistische zentrum in der bleichstr. 5)

Als offensive vorgehensweise gegen das nf-zentr. haben wir uns neben der demo an einer blockade beteiligt,die das ziel hatte,die regelmäßig freitags stattfindende versammlung zu unterbinden, d.h. anreisende faschisten nicht reinzulassen. Diese blockade wurde getragen von einem relativ breiten spektrum - der antifa koordination (vvn,bwk, grüne,...),autonome gruppen,schülergruppen,"unorganisierte". Wir aus autonomen zusammenhängen waren fast die einzigen,die wert auf selbstschutz legten. Das blockadetreffen verständigte sich darauf, daß das haus nicht angegriffen wird,wir uns gegen angriffe der faschisten wehren undgegenüber abräumversuchen der bullen -wenn nicht anders möglich - uns abdrängen lassen würden.

Trotz der gemeinsamen vorbereitung zeigten sich in der praxis doch die unterschiedlichen herangehensweisen/verständnisse von widerstand. Gleich zu anfang wurden die scheiben des hauses eingeschlagen, was zur folge hatte,daß einige "bürger" mit der für sie vorher anders abgesprochenen situation nicht mehr so gut klarkamen. Danach teilte die blockade sich in 2 gruppen: einmal die "mutigen" ,die das haus von hinten bewachten,und auch ein paar faschos erwischten - und dann die "braven",die wegen ihrer uneinigkeit 2 faschos unbehelligt neben den bullen stehen lassen mußten. Obwohl wir in der darauffolgenden diskussion im ajz die aktion und ihre fehler mit den menschen diskutierten,haben wir bei einigen ein stück unserer glaubwürdigkeit - und damit auch die bereitschaft,was mit uns zusammenzumachen - eingebüßt.

Polizeioberrat Begemann vor dem Neonazi-Zentrum

Es gab 3 treffen für die nächste blockade. Anhand der letzten blockade war uns klar geworden,daß das nicht die art der konfrontation war,die wir für uns fordern. Uns reichte es nicht aus,uns zwar entschlossen,aber defensiv zu verhalten. Zielsetzung der nächsten aktion war ein militanter angriff - d.h. einen holzzaun,der als sichtschutz gedacht war,abzureißen und plakate ans haus zu kleben - mit anschließender blockade. Wir blieben weitgehend "unter uns",allerdings mit recht vielen neu hinzugekommenen leuten. Wir waren recht gut vorbereitet,allerdings rechneten wir nicht mit so heftiger gegenwehr der faschisten,wobei sie wohl tatsächlich annahmen,daß wir das haus stürmen wollten,also ein psychologisches "ums leben kämpfen" hinzukam. Kurz nachdem wir sie zurückdrängen konnten,rasten die ersten bullenautos us-krimi-mäßig in die menge hinein und knüppelten wild. 2 menschen konnten sie festnehmen. Bald darauf gelang es uns,einen geschlossenen abzug zum ajz zu organisieren. Nach kurzer zeit diskussion wurde das ajz von bullen umstellt. Was in der zeit im ajz gelaufen ist, - die solidarität davor,mißhandlungen der bullen,demo am nächsten tag, - lassen wir mal weg. Wichtig ist uns,wie dies als spektakel aufbereitet wurde. Bis hin zur rechten spd wurde der bulleneinsatz verurteilt. "Wenn,dann hätten sie auch gegen die faschisten vorgehen sollen."

Es ging ausschließlich um die brutalität der faschisten,der angriff von uns wurde negiert. Die spd verlangte die untersuchung des bulleneinsatzes durch das nrw-innenministerium.

Wir meinen,es ist wichtig ,angriffe auch konkre zu begründen. Der angriff an sich drückt organisierung ,entschlossenheit aus und läßt vermuten,daß sich schon vorher länger darüber auseinandergesetzt wurde. Der angriff ansich war schon vermittlung. Deshalb wurde er negiert.

ANMERKUNGEN

1)z.b. gründung der nationalistischen front 1985 in steinhagen

2) auf dem npd-parteitag in stadthagen als besonders mutige kerle

3) ein öffentlicher stand der fap in der bielefelder innenstadt mit unterstützern aus der ganzen brd und aus österreich

4) meinhard elbing,meinolf otto schönborn,...

5) die ini ist ein breites spektrum vom abwiegelnden hauptschuldirektor bis zur alten widerstandskämpferin

wir haben versäumt,den an griff als integralen best andteil unsers widerstandes konkret zu erklären und zu begründen. Wir haben während der aktion nur ein flugblatt zu unsere sichtweise von faschismus bzw. der bleichstr. verteilt. Außerdem haben wir nicht öffentlich kritik geübt - dahingehend, daß wir die aktion nicht richtig,z.t.naiv eingeschätzt haben und daß sich die zielvorstellung militanter angriff und blockade hier schlecht miteinander vereinbaren ließen. Es ist klar,daß wir gegen das spektakel der öffentlichkeit - von podiumsdiskussionen mit bullen,die nach rehabilitierung und vertrauen suchen;sondersitzungen in jugendverbänden;dpwv;... - nicht anstinken können. Was wir aber tun können,sind aktionen,ist jeglichen widerstand möglichst umfassend und genau zu bestimmen. Inzwischen ist ostern vorbei - und damit auch das bundesweite treffen von nf und jn. Das osterwochenende zeigte nochmal die widersprüche auf,mit denen wir zu kämpfen haben. Bis ein paar tage vorher war uns völlig unklar,ob das faschotreffen überhaupt stattfindet. Es geisterte nur als gerücht in der szene herum. So wurden zu ostern lediglich der vorsorgliche schutz des ajz organisiert. Für montag (hitler geburtztach) mobilisierten wir zum frühstück ins ajz,um dann noch was unternehmen zu können, falls die faschos sich tatsächlich treffen sollten. In der realität sah das ganze dann völlig anders aus. Ab freitag bechos ins nz und ab da bewegten sie sich ziemlich unbehelligt in der gegend.

Die telefonkette wurde für sonntagmorgen ausgelöst,um konkrete handlungsmöglichkeiten gegen die faschisten zu besprechen. Wir waren aber zu wenige,selbst was offensives zu unternehmen. Einige mobilisierten daraufhin ziemlich kurzfristig und ungenau zu einer demo am montag,wobei z.b. auch auf den libertären tagen - also bundesweit - aufgerufen wurde. Die menschen,die daraufhin zur unterstützung kamen,sahen sich mit der bielefelder ratlosigkeit konfrontiert. So wurde die demo keine ernstzunehmende aktion gegen die faschisten,sondern nicht mehr,als wenigstens überhaupt was getan zu haben.

JENS IST FREI

Bei einem haftprüfungstermin vor dem amtsgericht bielefeld wurde der haftbefehl gegen jens aufgehoben. Grund hierfür war, daß die schweine den 129a vorwurf nicht aufrechterhalten haben. Die baw gab das verfahren an das olg ab. Von hieraus wurde das verfahren innerhalb von 6 wochen ans amtsgericht Bi abgegeben.
Bei der haftprüfung dann lagen keine ausreichenden juristischen gründe mehr vor, um jens weiterhin gefangen zu halten. Jens bleibt jetzt noch die anklage " planung eines sprengstoffverbrechens" und die damit verbundenen punkte wie "unerlaubter sprengstoffbesitz"etc. Ausführlicheres, z.b. prozessvorbereitung-bzw. nähere einschätzung in der nächsten ausgabe.

Bundestreffen der Flüchtlingsinis im März ein Bericht

Am Wochenende vom 20. - 22.3.87 fand in Nürnberg das 3. bundesweite Treffen von Immigranten- und Flüchtlingsinitiativen statt. Die große Teilnehmerzahl(150 Leute vertraten rund 50 Gruppen) und das rege Interesse an inhaltlichen Diskussionen hat gezeigt, welche Bedeutung diesem Treffen allgemein beigemessen wird. Nach dieser 3. bundesweiten Zusammenkunft stellt sich die Frage, an welchem Punkt sich die entstehende antirassistische Bewegung gegenwärtig befindet und welche Perspektiven sich uns eröffnen.
Ging es in Frankfurt im Sept. 86 um die Mobilisierung einer Protestbewegung, um der Hetzkampagne entgegenzuwirken und die anstehende Verschärfung der Asylgesetzgebung zu verhindern, so herrschte beim Hamburger Treffen letzten November relative Orientierungslosigkeit: die Verschärfung der Asylgesetze war grade verabschiedet worden, das 'Loch in der Mauer' gestopft, die neue Welle der Abschiebungen jedoch noch nicht begonnen. Die reagierende Asylbewegung hatte ihre Stoßrichtung verloren und Ansätze für eine offensive und eigenständige Handlungsperspektive waren noch nicht vorhanden.
Demgegenüber sehen wir in dem letzten Treffen einen erheblichen Fortschritt, der sowohl am Spektrum der Teilnehmer/innen als auch an der Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Abschiebepolitik, der zunehmenden politischen Diskussion und den daraus resultierenden Ergebnissen und Beschlüssen erkennbar ist.
Neben den zahlreichen Flüchtlingsinitiativen waren Vertreter/innen von der iranischen Exilorganisation "Demokratische-Revolutionäre Bewegung der Werktätigen im Iran", von Göçmen, Devrimçi Isçi, von der "Vereinigten Sozialistischen Partei", von "Pro Asyl", von "medico international" und von in der Internationalismus-Arbeit tätigen Gruppen anwesend. Dies hat ohne Zweifel zur Vertiefung der Diskussion beigetragen.
Was die praktische Arbeit der antirassistischen Bewegung zur Zeit angeht, so konzentriert sie sich auf die offizielle Asylpolitik, die sich zunehmend zu einer Abschiebungspolitik entwickelt. Dies ist momentan der Schwerpunkt, um den sich die Bewegung in der BRD entwickelt: es gibt bereits mehrere Dutzend -wenn nicht hunderte - von Initiativen, die sich überall dort, wo Flüchtlinge leben und wo sie von der staatlichen Politik bedrängt und bedroht werden, formieren. Die Teilnehmer/innen am Nürnberger Treffen müssen daher als Vertreter/innen einer breiteren Bewegung betrachtet werden, die sich vom kirchlichen und karitativen Spektrum bis hin zu politischen und linken Kreisen hinstreckt.
Als dringendste Aufgabe wurde die Verhinderung von Abschiebungen, insbesondere in Krisengebiete, betrachtet. Besonders akut ist die Lage in den CDU/CSU-regierten Ländern, wo der Abschiebestop vor allem in den Libanon aufgehoben wurde.
Im Zentrum der politischen Diskussion stand eine Analyse der weltweiten Flüchtlingsbewegungen und des staatlichen Rassismus'.
Dazu lag ein Thesenpapier von "medico international"/Frankfurt vor. Das bundesrepublikanische "Flüchtlingsproblem" wird darin in den Zusammenhang der weltweiten Migrationsbewegung riesigen Ausmaßes gestellt.
"Wir sollten versuchen, die Flüchtlingsbewegungen im weltweiten Kontext zu verstehen. (...) Zwei Faktoren treffen zusammen: eine Eskalation von Kriegen, Hungerkatastrophen und Progromen in den drei Kontinenten und eine Kontraktion der Arbeitsmärkte in den Metropolen und auch in den trikontinentalen Subzentren. Beide zusammen erst bedingen die neue Qualität der gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen. Aber beider gemeinsame Ursache liegt in einer dominierenden'Weltsozialpolitik'und selbst dort, wo die Schuld bei brutalen Militärregimes, bei autokratischen Eliten zu liegen scheint oder wo Naturkatastrophen ins Spiel kommen, steht die Vertreibung der Flüchtlinge und die Verschärfung ihrer Aufnahmebedingungen weltweit in einem imperialistischen Kontext."
Wir werden in der nächsten "Unzertrennlich" auf dieses Papier zurückkommen.
Die verschiedenen politischen Ansätze der teilnehmenden Gruppen blieben auf dem Treffen nebeneinander stehen, was auch an den Arbeitsschwerpunkten ablesbar ist, mit denen das nächste bundesweite Treffen vorbereitet wird:

- Aktionen zum Grundgesetztag (23.5.), insbesondere eine Kampagne zur Änderung des Grundgesetzes;
- Vorbereitung von Aktionsvorschlägen anläßlich der Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) Herbst 88 in Berlin (Bremen)
- Vorbereitung eines Einwanderer- und Flüchtlingskongress(Ende diesen oder Anfang nächsten Jahres). Gedacht als Forum für Einwanderer und Flüchtlinge, ihr Selbstverständnis, ihre Positionen und Ziele sowie ihre Forderungen vorzubringen(Tübingen, Göçmen, Hamburg)
- Vorbereitung einer intensiven Arbeitstagung über die imperialistischen Zusammenhänge der weltweiten Migrationsbewegung, von der ja nur der allerkleinste Teil in den Metropolen überhaupt ankommt.
- Sofort Schritte im Hinblick auf die Volkszählung zu unternehmen in ihrer Auswirkung für Einwanderer und Flüchtlinge.

LEMOIZ APORTU -

ANTI - AKW-KAMPF IN EUSKADI

Die nach dem für die Bundesrepublik noch r e l a t i v harmlos ausgegangenen GAU in Tschernobyl neuerwachte bundesrepublikanische Anti-Atomkraftbewegung sah sich - nach kurzem Aufblitzen von Widerstand - recht bald den alten Problemen gegenüber: Die persönliche Verdrängung der nuklearen Gefahr wurde dies mal von Urlaubsfreuden und Fußballweltmeisterschaften vorangetrieben, während die neuen und alten Anti-AKW-Gruppen dies bejammerten, ziemlich ratlos waren und sich wie immer an der Einschätzung der Effizienz von Großdemos und nachfolgendem Kopf/Händeschütteln, sowie der Gewaltfrage abarbeiten. Auf diesem Hintergrund erschien es sinnvoll, mal einen Blick über die Landesgrenzen hinauszutun und sich die Geschichte der Ökologiebewegung im Baskenland anzuschauen.
Das Baskische AKW Lemoniz ist neben Zwentendorf/Österreich unseres Wissens nach das einzige, das obwohl quasi betriebsfertig, durch eine starke Anti-AKW-Bewegung noch verhindert werden konnte. In Euskadi geschah dies im wesentlichen durch eine ungeheure Mobilisierung der Bevölkerung, sowie durch den Druck, der von hunderten ETA-Anschlägen auf Eigentum der Betreiberfirma Iberduero und auf das AKW selbst, sowie von der Tötung zweier, jeweil leitender Ingenieure ausging. In Österreich konnte die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf mittels einer Volksabstimmung verhindert werden.

Die Stärke der baskischen Ökologiebeweung ist nur im Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte des baskischen Nationalismus und dessen heutiger Lebendigkeit zu verstehen.
Die nationalistische Bewegung entstand Ende des letzten Jahrhunderts als Reaktion auf die vorhergehende, totale Umwälzung der Gesellschaft, die von einer heftigen Industrialisierung mitgebracht wurde. Die durch Anwendung neuer Verfahren rapide gestiegene Ausbeutungsquote an Eisenerz in der Umgebung der Handelsstadt Bilbao hatte den Bau von Hochöfen entlang des bald verschmutzten Nervions zur Folge. Ausländisches Kapital wurde investiert, Eisenerz ins Ausland verschifft.
In den nahegelegenen Provinzen entstanden Metallfabriken und Werften. Die Einwohnerzahl in der engeren Umgebung Bilbaos versechsfachte sich zwischen 1857 und 1900. Die neuen Industriearbeiter kamen nicht nur aus den kleinbäuerlichen und handwerklichen Lebenszusammenhängen des baskischen Landesinnern, sie kamen auch aus Galicien und Kastilien, in späteren Jahrzehnten aus Andalusien und der Extremadura. Der frühkapitalistische Eifer nahm keine Rücksicht auf Lebens-und Arbeitsbedingungen der Menschen. Die Sterblichkeitsrate in Bilbao war die zweithöchste einer europäischen Großstadt.
Die Auswirkungen der qualmenden Schornsteine war auch deshalb so arg, weil Bilbao in einer Talmulde liegt.

Die herkömmlichen Lebenszusammenhänge wurden durch einandergewürfelt, an die Stelle von relativ ganzheitlichen Strukturen traten Berufsdifferenzierung, Arbeitsteilung und die Zurückdrängung der baskischen Kultur und Sprache u.a. auch durch den Zuzug von Arbeitern aus anderen Regionen des span. Staates.

Die Veränderung im Baskenland betrafen sowohl die Menschen, die in ländlichen Regionen lebten, wie auch die Handwerker in der Stadt. Der Verlust der Einheit ihres sozialen Lebensraumes die Infragestellung ihrer bisherigen Identität, die Verkapitalisierung der Gesellschaft führte zu einer Besinnung auf ihr histor.-kulturelles Erbe und ihre sprachlich-Kult. Gemeinschaft und schaffte die Grundlage der Entwicklung des bask. Nationalismus.

So wie also die industrielle Revolution die traditionelle Lebensweise mehr und mehr zurückdrängte, zerstörte sie gleichzeitig das bisherige Öko-System. Das damals dem bask. Nationalismus eigene Idyll eine ländlichen, vorindustriell-feindlichen Euskadi beinhaltete schon die Verbindung zweier Motive, die heutzutage von dem größten Teil der Ökologiebewegung als untrennbar begriffen werden: Selbstbestimmung und Naturbewahrung.

Während der Franco-Diktatur hatte das ausländische Kapital (bes.: spanisch, britisch, amerikanisch) sehr großen Einfluß im Baskenlan Naturgemäß spielten in ihrem Kalkül ökolog. Aspekte keine Rolle. Mit dem wachsenden Bewußtsein der Unterdrückung durch den spanischen Staat, dem erstarkten Willen nach nationaler Befreiung ging eine Sensibilisierung für die Umweltpolitik einher, wie auch ein Begreifen der Gemeinsamkeit der Kämpfe (soziale, ökolog. etc,). Der beginnende

bewaffnete Kampf zeigte, daß es möglich war sich zu wehren, den Staat anzugreifen und etwas durchzusetzen zum Beispiel im ökolog. Bereich. Im Oktober 1969, als sich bereits ein breites Bewußtsein entwickelte, kam es zu einer Demonstration gegen die Luftverschmutzung in Erandio-Bilbao, die von keiner politischen Organisation initiert war. Bei dieser Mobilisierung, die sich konkret Abgase der Chemiefabrik Dow-Unquinesa zum Thema machte , wurden von der Polizei ein Unbeteiligter und ein Demonstrant erschossen. Barrikaden und Straßenkämpfe waren in den Tagen darauf die Folge.

Chronologie des Widerstands gegen das AKW-Projekt Lemoniz.

Anfang der 70er Jahre, also noch während des Franquismus, entstand der Plan, im ganzen spanischen Staat AKWs zu errichten. Aus dem von den großen spanischen Energiekonzernen vorangetrieben Projekten kristallisierte sich schließlich besonders ein Standort für das Baskenland heraus: die Bucht von Basordas (Lemoniz-Munguia), im schönsten Teil der bask. Küste und 18km entfernt von Bilbao gelegen.

Am 18.April1972 beantragte der Energiekonzern Iberduero S.A. eine vorläufige Lizenz zum Bau eines AKWs beim Bürgermeister von Mungia. Der Antrag wird mit dem Hinweis, daß der vorgesehene Standort in eine als landschaftlich ausgewiesene Zone fallen würde, abgelehnt. Iberduero meldet Widerspruch gegen diesen Bescheid an, bekommt am 23.5. des gleichen Jahres von der staatlichen Dirección General de Energia eine vorläufige Genehmigung zur Installation zweier Reaktoren zu jeweils 900 Megawatt, mit der sie dann schließlich, auf das fortgeschrittene Stadium der Vorbereitung hinweisend, jedoch ohne Pläne abgeben zu können, auch aus Mungia die provisorische Zustimmung erreicht. Iberduero wird die Pläne erst 4 Jahre später abgeben, als die Konstruktion der Blöcke schon sehr weit fortgeschritten ist.
Im Herbst 1973 beantragt Iberduero die Genehmigung für den Bau dreier weiterer AKWs in Euskadi, worauf die Bevölkerung von Deba und Donostia (d.i. San Sebastian) beginnt sich in Stadtteilkomitees zu organisieren. Die oppositionelle Haltung der Bevölkerung in Deba erlangt, daß eine Studie über den dortigen Standort in Auftrag gegeben wird Das Ergebnis der Studie, die sich negativ zu dem Standort äußert, führt nicht nur 1976 zu einem entgültigen Aufgeben des Projektes dort, sondern - nach immer stärker werdendem Protest - ebenso zu dem Fall der anderen beiden Projekte aus dem Jahre 1973.

Dem AKW Lemoniz hingegen, war am 14.Mai 1974, vor Einrichtung des Projektplanes also, die staatliche generelle Baugenehmigung erteilt worden.
Im Mai 1976 konsolidierte sich die Comisión de Defensa de una Costa Vasca no nuclear (Verteidigungskomission einer nicht nuklearen Küste Baskenland).
Sie ist aus lokalen Familien-, Eltern-, Nachbarschafts- und Kulturvereinigungen zusammengesetzt, wie auch Anwälte, Architekten und Ökonomen dort mitarbeiten. Anfang Juli dieses Jahres ist man bereits in der Lage , eine von 150.000 Menschen unterschriebene Forderung nach sofortigem Stop der Bauarbeiten in Lemoniz bei zentraler und regionaler Verwaltung abgeben zu können.
Die erste lange Reihe von Demonstrationen findet am 29. August statt: 50.000 Teilnehmer treten ein für eine nicht-nukleare bask. Küste.
Auf das Ersuchen von Iberduero hin, nun auch von Mungia die endgültige Errichtungserlaubnis zu bekommen, fordert fast die gesamte Einwohnerschaft mittelseiner juristischen Eingabe die örtliche Verwaltung auf, die Illegalität der schon vorgenommen Arbeiten zu erklären, folglich die bereits geleisteten rückgängig zu machen, die gegenwärtigen zu stoppen und die Baugenehmigung zu verweigern.
Protestveranstaltungen in verschiedenen Dörfern der Region und Demonstrationen werden vom Zivilgoverneur der Provinz untersagt; auf Pressekonferenzen, durch Briefe etc. wird dieser dazu aufgerufen, dem Gesetz gemäß die Weiterführung der Arbeiten zu verbieten.
Iberduero dagegen verlangt die Änderung des Raumordnungsplanes in ihrem Sinne.
Im Juni 1977 endlich entscheidet Mungia diese Änderung nicht vorzunehmen und macht sich die Meinung der Bürgerinitiativen zu eigen.
Die nach dem Bürgerkrieg größte Demonstration mit 150.000 gegen das AKW in Lemoniz Protestierenden findet, organisiert von der Verteidigungskomission, am 14.Juli in Bilbao statt.
Zwei Wochen später wird während des internationalen Marsches in Malville, Vital Michalon, ein Physiker, von der französischen Polizei getötet.
Am 11. August weist die Versammlung der Provinzdeputation von Vizkaya einstimmig die Reklamation aus Mungia zurück und erklärt die Bucht von Basordas zur industriellen Zone.
In den folgenden Monaten organisiert die Comisión de Defensa Aktivitäten in den Dörfern und Kreisen, viele comites antinucleares entstehen im Baskenland: das AKW Lemoniz ist kein lokales Problem mehr.
Am Morgen des 18.Dezember 1977 verletzt ein Polizist des Guardia-Civil-Postens am AKW-Gelände in Lemoniz mit Schüssen David Alvarez und verhindert den Eintritt eines ETA-Kommandos.
David Alvarez stirbt einen Monat später.Die ganze Zeit hindurch hatte eine Menge von Demonstrationen stattgefunden, die seine Freilassung und den Stop der Bauarbeiten in Lemoniz verlangten.
Tausende von Menschen nahmen teil an seiner Beerdigung. Die Reaktionen auf seinen Tod sind viele Einschließungen, Demonstrationen und etliche Anschläge auf Besitztum von IBerduero für die teilweise ETA die Verantwortung übernimmt.

Mehr als 100.000 Basken bringen ihre AKW-Gegnerschaft am 12.März 1978 bei Lemoniz in strömenden Regen zum Ausdruck.
Die einzige öffentliche Diskussion mit AKW-Gegnern, zu der Iberduero im Februar bereit gewesen war,lies den Elektrizitätskonzern für immer diese Auseinandersetzungsform meiden.
Am 17. März explodierte ein Bombe im AKW Lemoniz.
Zwei Arbeiter starben, es gibt 14 Verletzte, obwohl ETA den Anschlag vorher telefonisch angekündigt hatte. Die Verteidigungskomission erklärt, daß sie konsterniert wegen des Geschehens sei und betont, daß dies nicht die Vorgehensweise wäre, die sie seit 4 Jahren benutzt hätte.
Sie teilt desweiteren in einer Presserklärung mit, daß das Geschehene eine sofortige und gründliche Reflexion über dessen Ursachen verlange, wie denn auch die Arbeiter nicht die Irrtümer der Verwaltung bzw. die Halsstarrigkeit von Iberduero zu zahlen hätten.
Die Demonstrationen während des ersten Jahrestages des Todes von David Alvarez werden aufgelöst; ein AKW-Gegner wird duch die Polizei verletzt, liegt tagelang im Koma.
Dem Unfall in Harrisburg folgen dutzende von Demonstrationen, Veranstaltungen Versammlungen und im April eine "anti-nukleare" Woche, die z.B. Einschließungen in Rathäusern beinhalten und in einer großen Demonstration gipfelt.
Der 3.Juni 1979, der internationale Aktionstag gegen nukleare Energie, wird in Tudela mit einem Fest begangen. Die Teilnahme daran endet für Gladys del Estal tödlich: sie wird aus aller nächster Nähe, am Boden liegend von einem Guardia Civil erschossen. Als die Nachricht bekannt wird gehen im vielen Städten Euskadis die Menschen auf die Straße.Der Tag darauf ist gekennzeichnet durch Demos und einen Generalstreik in Tudela,der sich einen Tag später in ganz Euskadi ausbreitet und von Demos, Barrikaden etc. begleitet wird.
Am 13. des Monats avisiert die ETA eine Bombe in der Nähe der Turbinen des AKW Lemoniz. Das Gelände wird geräumt, trotzdem kommt ein Arbeiter bei der Explosion um. Die bei dem Bau beteiligten Arbeiter streiken, Iberduero "droht", Lemoniz zu schließen.
Zwischen 28.Juli und 12.Aug wird das Baskenland von zwei Gruppen von AKW-Gegnern, eine zu Fuß, eine andere mit dem Rad, in Richtung auf Lemoniz durchquert, wo die Abschlußdemonstration (1o.000 Personen) stattfindet.
100.000 verteilter Broschüren innerhalb einer Kampagne des zivilen Ungehorsams, sorgen während der letzten Monate des Jahres 1979 für mehrere "apagones". An den Stromboykotten beteiligten sich teils mehr als 90% der Bevölkerung. Am 11.November war ETA in eine Fabrik in Santander eingedrungen, die für Lemoniz Konstruktionen und Reparaturen ausführte, und hatte 50 Kilo Dynamit eingesetzt.
Von 233 Delegierten aus 101 Rathäusern wird im März 1980 auf Einladung der Verteidigungskomission und der radikalen antinuklearen Komitees eine Versammlung abgehalten, die von Iberduero und der Regierung den Baustopp verlangt, Strom-(zahlungs)boykott, Einschließungen und im Falle des Eintritts von Uran in das Werk einen Generalstreik angekündigt.

Eine außergewöhnliche Form des Eintritts gegen die Aktivitäten von Iberduero wählte der bask. Alpinist Martin Zabaleta: neben der Ikurrina, der bask.Fahne hißt er auf dem Mount-Everest das Anti-Nuklear.Zeichen.
Am 3.Juni 198o - Todestag von Gladys del Estal- wurde u.a. von den CCOO, der CNT, LAB (linke bask.Nationalisten) zum anti-nuklearen Kampftag der Gewerkschaften deklariert. Betriebsversammlungen und Streiks bestimmten tagsüber das Bild. Abends mit großem Erfolg ein Stromboykott. Das bask. Regionalparlament beschließt in seiner Sitzung vom 13. Juni eine Volksabstimmung zum Betrieb von Lemoniz, die jedoch von Madrid nicht genehmigt werden wird.
Am 8.11. veröffentlichen 85 Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben Euskadis ein Manifest, das die Stillegung von Lemoniz verlangt. Einen Tag darauf werden in Donostia (San Sebastian) die Iberduerobüros von Stromzahlungsboykotteuren besetzt, denen der Strom abgedreht wurde.
Am 10.1.1981, dem Todestag David Alvarez, werden verschiedene Banken, die Iberduero unterstützen, besetzt. In der Nacht zum 29.1. stirbt das ETA-Mitglied Ricardo Barras Ferreiro, als eine Bombe vorzeitig explodiert, die er an einer Elektrizitätsstation von Iberduero in Tudela anbringen will.
Einige Stunden später entführt ETA/militar, die seit Beginn des Jahres schon 12 Anschläge auf Iberduero-Besitztum gemacht hat, den Chefingenieur des AKW-Lemoniz Jose Maria Ryan, und verspricht dessen Freilassung im Ausgleich zur Demontage des AKWs. 10.000 Menschen demonstrieren für Ryans Freilassung. Als die Frist von einer Woche zur Entscheidungsfindung abgelaufen ist, wird Ryan getötet.
Daraufhin startet Iberduer unter Mithilfe der Autonomieregierung und der Massenmedien eine Kampagne, rufen verschiedene Parteien und Gewerkschaften zu Generalstreik und Demonstrationen auf, um gegen diese ETA-Aktion zu protestieren.
In den 3 Provinzhauptstädten sind 85.000 Leute auf der Straße. Iberduero setzt die Bauarbeiten in Lemoniz zeitweise aus, ETA die Anschläge gegen die Betreiberfirma jedoch nicht. (februar und März jeweils 7). Anfang Mai findet eine Anti-Nukleare-Woche mit verschiedensten Aktivitäten an den Schulen statt.
Als Reaktion schließt die Verwaltung eine der beteiligten Schulen, woraufhin der Unterricht auf der Straße weiterorganisiert wird.
Am Morgen des 9.Juni erscheint das Sonnensymbol der AKW-Gegner auf einem der Reaktorblöcke in Lemoniz. Bis zum 11.August 1980 zählte Iberduero 250 (nicht nur ETA)Anschläge auf ihre Einrichtungen, die einen materiellen Schaden von damals ca. 50.Mrd.DM verursachten.
"Internationale Tage gegen Lemoniz" werden zwischen dem 24. und 30. des Monats veranstaltet: Diskussionen, Konferenzen, Filme, Theater, Musik, zwei brenende Iberduero-Büros und eine Demo mit 25.000 Leuten, bei der eine Frau durch einen Schuß von einem Polizisten schwer verletzt wird.
Am 8.September gibt iberduero zu, daß Lemoniz praktisch paralysiert ist.
Im Dezember wird ein Guardi Civil wegen der Erschießung Gladys del Estal zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil kommt es überall zu Versammlungen und Straßenblockaden.
Am 5.5.82 wird Angel Pascual, Direktor des Projektes in Lemoniz, von ETA/militar getötet.
Unter großer Beteiligung der Bevölkerung wird er beerdigt. Ein von den CCOO und der UGT einberufener Streik wird jedoch kaum befolgt, 15.000 Menschen Protestieren.
Die Techniker von Iberduero verlassen den Bauplatz, worauf Iberduero die Bauarbeiten offiziell aussetzt.
Beim vorzeitigen Explodieren eines Sprengkörpers, der offensichtlich gegen einen Elektrizitätsmasten von Iberduero eingesetzt werden sollte, sterben am 13.5. zwei ETA/militar Mitglieder.
Am 28.März 1984 schließlich gibt die Madrider Regierung offiziell die Stillegung von Lemoniz bekannt. Die begeisterte Aufnahme dieser Nachricht in Euskadi übersieht jedoch nicht, daß man bezogen auf Lemoniz erst dann zufrieden sein kann, wenn alle Bauarbeiten wieder rückgängig gemacht sein werden, die ganze betroffene Zone sich wieder in einem natürlichen Zustand befindet und so ausgeschlossen ist, daß die Regierung ihre - ja nicht etwa

grundlegende atomkritische - Entscheidung ändert.

Heute ist das Gelände um Lemoniz militärischer Sicherheitsbereich, Flutlicht, bewaffnete Patrouillen und Guardia-Civil-Kontrollen sind das alltägliche Bild dort.
Die Stillegung wird von der Anti-AKW-Bewegung nur als ein Teilsieg gesehen, der Kampf ist erst noch zu beenden.

Einige spezifische Aspekte des bask. Anti-AKW-Kampfes

a) Nationalismus und Ökologie

Daß Selbstbestimmung und Naturbewahrung auch nach der vom spanischen Staat gewährten"Autonomie" für den größten Teil der Bask. Ökologiebewegung untrennbar verbunden sind, wird verständlich, wenn man weiß, daß die entscheidensten Komponenten in diesem Bereich immer noch zu großen Teilen in Madrid liegen. So wurde auch dort eine Volksabstimmung über Lemoniz verhindert. Als Iberduero 1982 erkannte, daß es immer schwieriger wurde, das Projekt in Lemoniz durchzusetzen, versuchte sie mittels der formalen Beteiligung der bask. Bourgeoisie die Bewegung in einen anti-nuklearen und einen nationalistischen Teil zu spalten.
Die Vertreter der bask. Oligarchie in der PNV unterstützten Lemoniz, was zu Widersprüchen und Spaltungen gereichte und einen Teil der PNV-Basis von ihrer Gegenerschaft abbrachte.
Entscheidende Gespräche führte Iberduero nichtsdestotrotz mit Madrid. Der Versuch das Projekt als etwas baskisches zu verkaufen, als etwas der Unabhängigkeit "förderlich es" hinzustellen, von einer öffentlichen Kontrolle des AKWs zu schwätzen, scheiterte. Kurz nach diesem Schachzug der Betreiberfirma erschoß ETA/militar den Chefingenieur Ryan und machte damit deutlich, daß es nicht um die Frage "spanisches oder baskisches AKW" ging, sondern um dessen Verschwinden.
Der Kampf um Lemoniz war von beiden Seiten her gesehen eingebettet in die Auseinandersetzungen zwischen span. Staat und Euskadi.
Gleichzeitig war der Widerstand kein isolierter, fiel zusammen mit anderen Kämpfen. In ihm entwickelte sich letztlich dann auch eine Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Nationalismus, wie ihn die PNV vertritt , die sich ja in jüngster Zeit nicht mehr scheut, offen mit der PSOE zu paktieren. Was Ökologie angeht, so scheint die sog. bask. Autonomie-Regierung nicht Willens zu sein, die ihr zustehenden Kompetenzen in den Bereichen Ökolgie und Umwelt mit Inhalt zu füllen.

b) zur Gewaltfrage

ETA-Aktionen gegen die Interessen des span. Staates und dessen poderes facticos (Armee und Polizei) waren, als sich der Widerstand gegen Lemoniz verstärkte, für die bask, Befreiungsbewegung nichts Außergewöhnliches. Gab es auch an einzelnen Aktionen Kritik, so waren als Terroristen eben diese faktischen Kräfte seit Jahrzehnten erlebt worden, nicht etwa diejenigen, die gegen den Faschismus in seinen verschiedenen Fratzen gekämpft hatten.
Als ETA/militar begann, Lemoniz bewaffnet zu bekämpfen, folgte eine verstärkte Militarisierung der Region und brutalere Reaktionen auf öffentliche Aktionen der AntiAKW-Gegner. Nach dem mißlungenen Gesprächsversuch mit Iberduero intensivierte ETA die bewaffneten Aktionen und setzte damit ein Zeichen der Fortführung des Widerstandes.
Sie richteten sich gegen jedwedes Eigentum von Iberduero, gegen Filialen und das AKW selbst, es gelang sogar Bomben im Reaktor zu legen.
Die Benutzung von Schußwaffen, von Prügelorgien erst gar nicht zu reden durch die Repressionskräfte, ging nach Francos Tod unvermindert weiter.
ETA-Aktionen waren und sind für die Leute so nie Auslöser für Repression sondern Antwort auf Gewalt und Repression des span. Staates, die es zu bekämpfen gilt.
Hunderte von Anschlägen gegen Iberduero stießen bei der Bevölkerung auf relativ breites Verständnis. Aktionen, die gegen Menschen gerichtet waren, oder bei denen Menschen zu Schaden kamen, stießen teilweise auch auf heftige Kritik. Doch ETA/militar ließ sich selbst durch große Demonstrationen nach der Erschießung Ryans nicht davon abhalten, dessen Nachfolger anzugreifen.
Der durch diese Anschläge erhöhte Druck erreichte den Quasi-Baustopp nach dem Tode Ryans und brachte ETA viele Sympathien, hatten doch PSOE und Teile von PNV ihre Meinung geändert und war die Volksabstimmung abgesagt worden.
Die relative Akzeptanz militanter Aktionen durch die Bevölkerung ist sicherlich zum einen vor dem Hintergrund der bask. Geschichte zu sehen, sowie vor der Bedeutung und Tradition militanter Aktionen im Kampf gegen die Madride Zentralgewalt.
Ein anderer Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Einbettung des Kampfes gegen Lemoniz in eine Gesamtbewegung (s.u.).

Organisationsform des kampfes gegen Lemoniz und anderer ökolog, Bewegungen

Neben der, vor allem wegen ihrer wissenschaftlichen Kompetenz sehr angesehen Comisión de defensa de una Costa Vasca Nuclear, die sich eher der Organisierung des administrativ rechtlichen Teils des Widerstands gegen Lemoniz widmete, trugen die radikaleren comites antinucleares die Hauptlast des Kampfes. Der Militante Teil der Bewegung (der bewaffneten Gruppen z.B.) führte zu Konflikten zwischen der comisión und den comites. Beide waren allerdings zu Verhandlungen bereit, die allerdings nur 1978 in Form eines ergebnislosen Gespräch mit Iberduero zustande kamen. Gemäßigte Teile der bask. Nationalisten, wie EE (Tendenz sozialdemokratisch) und PNV (konservativ) zogen sich daraufhin aus dem Widerstand zurück.
Auch waren im Laufe der Auseinandersetzungen um Lemoniz viele ökolog. Gruppen entstanden, meist organisiert als "asambleas ecologistas", deren Arbeitsbereiche allgemeiner Art waren. Heute arbeiten comites und asambleas sehr oft zusammen; es werden kontinuierliche Gespräche geführt, wenn es auch Unterschiede geben mag in Bezug auf Themen wie Anti-Militarismus (ein weiterer Schwerpunkt der asambleas) und Nationalismus (für die comites untrennbar vom ökolog. Engagement). Die Mehrzahl der Personen der comites sind ebenfalls Mitglieder in A.S.K. (sozialist. bask. Kommitees), wodurch ein solcher Teilbereichskampf mit anderen zusammenfällt und im generellen gesellschaftlichen Rahmen gesehen wird.
Wenn nach dem "Teilsieg" in Lemoniz ein großer Teil der Bewegung seine Aktivitäten auf andere Punkte verlagerte (Herri Batasuna gestoras etc.), somit also jetzt an anderen Teilbereichen arbeiten, so liegt dies eben daran, daß Ökologie al s ein Teil der Gesamtbewegung verstanden wurde und wird und heißt nicht, daß die Ökologiebewegung darniederliegt oder als nebensächlich angesehen wird. In den Ökologiegruppen, in denen Mitglieder verschiedenster anderer Gruppen und Parteien (EMK, Herri Batasuna) und Unabhängige tätig sind, gehen die Ak-

tivitäten inzwischen über einen anti-nuklearen Kampf hinaus. Ein wichtiger Aspekt in der gegenwärtigen Arbeit liegt inder Schaffung eines umfassenden ökologischen (Alltags-) Bewußtsein für die vielfältigen ökologischen Krisenpunkte Euskadis. So wurden bereits in den Jahren 84/85 von asambleas und comites ökologische Austellungen organisiert, in deren Rahmen Altpapier und Altkleidung gesammelt wurde, um auf deren Wiederverwertbarkeit aufmerksam zu machen. Es wird sich mit der Vergiftung der Flüsse, der Ausweitung der Strände, Straßenbau, Sicherheit am Arbeitsplatz Mülldeponien, Stauseen, alternative Energiequellen und Architektur beschäftigt. Innerhalb der Kampagne "zonas no nucleares" wurde eine Mappe und ein Dossier der Transportwege Lagerstätten von zivilem und militär. Material erstellt. Der Stadtökologie wird steigende Aufmerksamkeit zuteil.
Konkrete Aktionen richten sich z.B. gegen den Bau einer überflüssigen Autobahn, den Bau von Antennen in Naturparks. Diese Antennen sollen zum Einen die Kommunikation in der "autonomen" Region fördern dienen aber auch der bask. Polizei.

Auch der Bau einer riesigen Kaserne der bask. Polizei in Playa de Romo stieß auf heftigen Protest, nicht nur gegen die ökolog. Folgen, sondern auch, weil weder span. noch bask. Polizei das Alltagsbild im Baskenland bestimmen sollen.
Die Öko-Gruppen beteiligen sich darüberhinaus an Kampagnen gegen Manöver, Militäreinrichtungen, Anti-Nato-Bewegung.
Weiterhin gibt es punktuelle Zusammenarbeit mit Öko-Gruppen aus anderen Regionen, so fand dieses Jahr ein Fahrradmarsch gegen das AKW Gerona in Castillen-Leon statt.
Die gegenwärtige in Euskadi stattfindenden Proteste sind keineswegs Massenbewegungen, sie sind eher das Ergebnis der kontinuirlichen Zusammenarbeit kleiner Gruppen, die aber durch die organisatorische und inhaltliche Verquickung mit anderen Gruppen auf ein vorhandenes Wissen und eine große Mobilisierungsfähigkeit bauen können.
Dies ist ein wesentlicher Punkt, der den Kampf gegen Lemoniz und der bask. Öko-Bewegung von der hiesigen Bewegung unterscheidet.
Die ökolog. Kämpfe in der BRD waren i.d.R. thematisch und organisatorisch immer relativ isoliert, es gab weder engere Bindungen zu anderen Ein-Punkt-Bewegungen, noch waren sie in ein allgemeineres gesellschaftliches Konzept eingebettet. Während sich hier auch als eine (unzulängliche) Antwort auf diese Situation, aus einer Ein-Punkt-Bewegung die Partei "Die Grünen" entwickelte, konnte der Widerstand gegen Lemoniz nur deshalb die beschriebenen Formen einehmen, weil die anti-nukleare Mohilisierung in Euskadi nicht von den anderen Kämpfen isoliert war und nur einen (wichtigen) Punkt im Rahmen des auf Selbstbestimmung ausgerichteten bask. Befreiungskampfes darstelte. Der Beginn der Bewegung gegen Lemoniz fiel in eine Zeit, in der das bask. Volk die Amnestie für die Gefangenen forderte, die Wiedereinführung der fuertos - bask. Sonderrechte - gefordert wurde, für die Gleichsetzung der bask. Sprache mit dem castellano gekämpft, das Recht auf Hissen der bask. Fahne durchgesetzt wurde, etc. - alles verbunden mit Massenmobilisierungen.
Der Kampf gegen Lemoniz war ein Punkt in einer Geschichte (und Gegenwart) ständiger Mobilisierungen. Wenn es hier vergleichbare Momente gab, so waren dies vielleicht die Auseinandersetzungen um die Startbahn West oder der Widerstand in Wackersdorf. (Machen wir den Kampf gegen den KWU/Siemens-Konzern zu einem mit dem bask. Widerstand vergleichbaren Moment - d.Säzzer)
Ein besonderes in den Kämpfen im Baskenland ist nach wie vor die Beteiligung fast aller Bevölkerungsgruppen am Widerstand und eine hohe Akzeptanz militanter und bewaffneter Aktionen.

Ein Äquivalent zu dem, welches Euskadi die grundsätzliche Übereinkunft ermöglicht, nämlich die Erfahrung der jahrzehntelangen Marginalisierung und Kulturellen Unterdrückung gibt es hier nicht. Weder die Erfahrung des Nationalsozialismus und des Krieges , noch die Wiederauferstehung des deutschen Kapitals und seiner Büttel schufen in der BRD eine breite emanzipatorische Perspektive. Deren Fehlen und der beharrlich und aggressiv verteidigte Verzicht darauf ist organisatorisch in Form der alten DKP/SPD und den Gewerkschaften einzementiert.
Was bei den Grünen an grundsätzlichen emazipatorischen Ansätzen mal gab wurde gegen das Mitspielen dürfen beim großen Staatserhaltungsspiel eingetauscht. Und innerhalb der neueren radikalen Linken ist man bisher kaum über das Bewußtwerden des Fehlens einer eigenen inhaltlichen Perspektive und des Weges dorthin hinausgekommen.
Anders als häufig in der BRD schmort die radikale Linke im Baskenland nicht in ihrem eigenen Saft, sondern steht in einem Austausch mit anderen Gruppen und Initiativen, kann zurückgreifen auf das Bewußtsein, daß Terror und Gewalt von Kapital und Staat ausgeht, und ist uns sowohl was Organisationsform als auch gesamtgesellschaftliche Perspektive angeht um einiges Voraus.★

Freie Produktionszonen in Bremen vorgesehen

Aus der Perspektive des Kapitals "ist die Krise ein langfristiges Unternehmen, es ist keine zeitweilige Rezession, um die Inflation zu beheben und die 'Lebensgeister' des Kapitals wieder zu aktivieren. Es ist die Durchsetzung einer langfristigen Austeritätspolitik zum Zwecke intensiver Arbeit mit größtmöglicher Gewalt. Während diese Gewalt auf internationaler Ebene geringere Lebensstandards, verstärkte Arbeitslosigkeit und Tempo-steigerung für die Arbeiterklasse einschließt, sind die Taktiken der Intensivierung der Arbeit an lokale Bedingungen angepaßt. So haben wir eine Ghettoisierung der Arbeitskraft und 'Arbeit auf Wanderschaft' in den Industrieländern, Genozid der Arbeiterklasse in Chile, massenhaften Hunger von Proletariern in Indien usw. (...)

Der neue multinationale Imperialismus steht als solcher weder für Unterentwicklung noch für Entwicklung, weder für 'Faschismus' noch für 'Demokratie'. Er steht für beides zur gleichen Zeit: für Faschismus in Chile und für 'Demokratie' in Griechenland. Als allgemeine kapitalistische Strategien haben Entwicklung und Unterentwicklung gleichermaßen versagt. Aus Sicht der multinationalen Initiative des Kapitals steht jetzt die Frage zur Debatte, wie Entwicklung und Unterentwicklung direkt gegeneinander ausgespielt werden können, wie die Unterentwicklung vollständig i n n e r h a l b der Entwicklung funktionieren kann, wie der Widerspruch zwischen Entwicklung und Unterentwicklung auf multinationaler Ebene als ein Widerspruch i n n e r h a l b d e r A r b e i t e r k l a s s e neu etabliert werden kann. Das heißt heute eine weltweite Zunahme und Internationalisierung der Unterentwicklung zu praktizieren."
(Mario Montano "Bemerkungen zur internationale Krise" 1978)

"Nichts wird in den achtziger Jahren mehr so sein wie in den siebzigern. Nichts."
(Helmut Schmidt)

Heute, rund 9 Jahre nach Entstehung dieser Zeilen, sind wir mit einer immer rigideren Politik konfrontiert, die alles daran setzt, die Verwertung und Ausbeutung sowohl der Natur als auch der Klasse gewaltsam 'neu' durchzusetzen. Wo immer wir auch hinschauen und uns hinwenden, sind wir mit den Versuchen des Staates, seiner Medien, seines Gewaltapparats und der Kapitalisten konfrontiert, einstmals erkämpfte und zugestandene 'Rechte' und 'Freiräume' zurückzudrehen, einzudämmen und zu zerschlagen, eine extreme Profitrealisierung mit all den dazu nötigen 'Begleitmaßnahmen' zu deren Sicherung und aggressiven Durchsetzung zu organisieren.

Die Angriffe auf die Sozialgelder und deren Umleitung in die prall gefüllten Kassen der Bonzen zur Investition in neue, rationelle Produktionsverfahren, in technologische Forschungsprojekte der Gentechnologie, Mikroelektronik, Luft- und Raumfahrttechnik etc. ist verwirklicht.

Ebenso die Angriffe auf tarif- und arbeitsrechtliche Absicherungen, auf den Krankenschein, auf den Kündigungsschutz. Die Ausdehnung und Legalisierung der Leiharbeit bis zu 6 Monaten ist genauso durchgesetzt wie die Flexibilisierung der Arbeit, die die Verfügbarkeit des Kapitals über die Arbeitskraft zu jeder Zeit enorm erhöht; die jetzt erneut anlaufende Kampagne zur (Wieder-) Einführung der Samstagsarbeit zeigt uns sehr deutlich, in welche Richtung die ganze 'chose' weiterlaufen soll: nach dem Willen der Kapitalisten sollen wir uns nicht nur so billig wie möglich verkaufen, sondern auch zu jeder Stunde, an jedem Tag, wie es dem Kapi beliebt ...

Wir haben gerade erst angefangen ... !

Bei der Frage nach der Perspektive eines sich entwickelnden Widerstandes bleiben allerdings die konkreten Bedingungen, die Staat und Kapital zu diktieren versuchen, weitgehend ausgeblendet. Diese 'Bedingungen' zu diskutieren und zu klären ist jedoch eine Voraussetzung, um überhaupt in die 'Offensive' gehen zu können.
Darunter fällt nicht nur die Untersuchung der jetzigen Ausbeutungsbedingungen, der prekären Arbeit als Leih- und Sklavenarbeiter/in, als Jobberin in den verschiedenen Segmenten des Arbeitsmarktes, der staatlich organisierten Zwangsarbeit in den diversen sog. 'Umschulungs-, Weiterbildungs- und ABM-Kisten', in den Jugendwerkstätten zu Hungergeldern, sondern auch die Auseinandersetzung mit den zukünftigen Entwicklungsprojekten des Kapitals in unseren Regionen.

Dies soll in der 'Unzertrennlich' in den nächsten Ausgaben für verschiedene Bereiche fortgeführt werden, so z.B. im Bereich der Automobilindustrie.

Freie Produktionszonen und die Zunahme der Frauenarbeit

Ein kurzer Blick zurück:
"Der Beschäftigungsabbau 1974 - 77 traf gleichermaßen Männer wie Frauen. Dann setzt aber ein deutliches Beschäftigungswachstum für deutsche Frauen ein, das trotz steigender Arbeitslosenzahlen nach 1980 nicht revidiert wird. 1984 stehen rund 6%, 85 rund 7% mehr deutsche Frauen in versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen als 74. Während seit 73 ca. 1 Mio. Ausländerarbeitsplätze abgebaut wurden, waren 1984 genausoviele deutsche Frauen vollzeiterwerbstätig wie 1974.

Der Anteil der festeingestellten, vollzeitbeschäftigten Frauen ist also gleich geblieben. Insgesamt gibt es sogar eine Zunahme an Frauenarbeitsplätzen als Folge der Ausdehnung der Teilzeitarbeit. Damit haben die deutschen Frauen die Ausländer auf dem Arbeitsmarkt mehr als verdrängt."
(wildcat Nr. 40, Nov. 86)
Obwohl die Frauenarbeitsplätze vermehrt worden sind, war die offizielle Arbeitslosigkeit der Frauen immer relativ höher als die bei Männern: das Kapital hat verstärkt neue, bisher nicht lohnarbeitende und nicht arbeitslos gemeldete Frauen - die sog. stille Reserve - in die Produktion einbezogen, und gleichzeitig massiv ältere Frauen vom offiziellen Arbeitsmarkt ausgesondert und in versicherungsfreie oder Schwarzjobs und Hausarbeit gedrückt. Ungefähre Schätzungen sagen, daß 1979 ca. 1. Mio. Frauen in versicherungsfreien Jobs unter 15 Stunden die Woche unterkamen; für Bremen wird für 1985 von 10.000 Frauen in versicherungsfreien Jobs ausgegangen.
Auf der einen Seite steigt also die Anzahl der Frauenarbeitsplätze, auf der anderen Seite wird seit Anfang der 80er vermehrt Kohle in neue Produktionsstätten der Elektronik-, der optischen und mikroelektronischen Industrie gesteckt: in genau die Industrie, die zum einen nach 1973 verstärkt in südostasiatische Länder ausgelagert wurde, die mit niedrigsten Löhnen und 'fügsamen' weiblichen Arbeitskräften warben, in denen es jedoch in den letzten Jahren verstärkt zu Kämpfen gekommen ist und die zum anderen traditionell auf Frauenarbeitskraft zurückgreift.

Mit dem neuen Beschäftigungsförderungsgesetz ist die schon lange gängige Prekarisierung der Frauenarbeit legalisiert worden:

individualisierte Arbeitsverhältnisse, Befristung, KAPOVAZ (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit), Gelegenheitsarbeit, auf Abruf ...

Ganz entsprechend der internationalen Entwicklung der kapitalistischen Barbarei hat auch in Bremen die sozialdemokratische Scherf/Wedemeier-Clique die 'Zeichen der Zeit' erkannt:

um dem Kapital überhaupt lukrative Angebote machen zu können, müssen die dafür nötigen Bedingungen und ein umfassender technologischer Infrastrukturwandel eingeleitet werden.

Dazu gehören u.a. die sog. 'Industriezonen mit Sonderstatus', eine Art von freien Produktionszonen - diese Zonen sind für weltmarktorientierte Industrien an Standorten mit billiger Arbeitskraft angelegte Industrie- und Gewerbegebiete.
Sie haben eine eigenständige Verwaltung und sind 'frei' von tarif- und arbeitsrechtlichen Hemmnissen.
"Die Beschäftigungsstruktur in den freien Produktionszonen und Weltmarktfabriken (der Länder der Peripherie) ist ausgesprochen unausgewogen. Aus einem praktisch unbegrenzten Angebot unterbeschäftigter Arbeitskräfte wird eine spezifische Arbeitskraft ausgewählt: vorwiegend Frauen der jüngeren Altersstufen. Die Selektionskriterien sind eindeutig: es wird die Arbeitskraft beschäftigt, für die der geringste Lohn zu zahlen ist, es wird die leistungsfähigste Arbeitskraft beschäftigt (unverbrauchte Arbeitskraft, von der die höchste Arbeitsintensität zu erwarten ist), und es werden vorwiegend angelernte Arbeitskräfte beschäftigt.
(Autonomie N.F. 10, zitiert nach Fröbel, Kreye, Heinrichs)

Nach den Plänen der Handelskammer und des Bremer Senats soll die 1984 gegründete 'Wirtschaftsförderungsgesellschaft' (WFG) die Verwaltung der Industriezonen mit Sonderstatus übernehmen. Für diese Sonderzonen wird ein Modell aus Belgien favorisiert, das in Gebieten mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit spezielle Industriezonen - sog. T-Zonen - geschaffen hat:
In diesen T-Zonen sind die Kapitalisten von der Körperschafts-, Grund- und Eintragungsteuer befreit und von der für feste Arbeitsverhältnisse noch bestehenden Verpflichtung, Sozialversicherungsabgaben zu leisten. Für alle ausländischen Arbeiter/innen - auch hier in Bremen - sollen diese Verpflichtungen seitens des Kapitals ohnehin nicht gelten.

Was das heißt, liegt auf der Hand: der Teil der Klasse, der sowieso schon der extremsten Ausbeutung unterliegt, wird in den Industriezonen mit Sonderstatus auch der letzten minimalen Rechte beraubt.

Da die Arbeitslosigkeit unter den ausländischen Arbeitskräften darüberhinaus überdurchschnittlich hoch ist, besondern ausländische Frauen kaum eine Chance haben, in fest Arbeitsverhältnisse zu kommen, liegt die Vermutung nahe, daß demnächst besonders ausländische Frauen in den neuen Industrien der 'Freien Produktionszonen' verwertet werden!

In Bremen sind rund 70% der ausländischen Arbeitslosen Frauen unter 25 Jahren. Weiter sind ebenfalls rund 70% der in der staatlich organisierten Zwangsarbeit beschäftigten zumeist jungen Arbeitskräfte Frauen.
Allein schon aus diesen nüchternen Zahlen des Arbeitsamtes ergibt sich eine recht deutliche Übereinstimmung mit der obigen Definition der Arbeitskraft in den freien Produktionszonen der Peripherie: jung, billig, vielseitig!
Mit dem Projekt 'Industriezonen mit Sondernstatus' verbindet der Staat sein Interesse, an zusätzliche Geldtöpfe heranzukommen:

Steuererleichterungen aus den EG-Regionalfonds werden nach Bremen fließen, wenn die Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe in (hoch-)technologieorientierten Bereichen stattfindet und die Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben massiv gefördert werden soll.

Die Informationsverarbeitung, Softwaretechnologie, Mikro- und Optoelektronik, Büroautomation, Robotertechnik, Telekommunikation und die Biotechnik sind ausdrücklich als die Motoren eines neuen Industrialisierungszyklus' ausgeschrieben. Für diese neuen menschenfressenden Industrien sind in Bremen über 2Mio.qm Gewerbefläche an den Rändern der Stadt, an der Uni und dem seit Anfang 86 bestehenden Technologiepark 'BITZ' erschlossen worden - rund 10% der gesamten bebauten Gewerbefläche Bremens.
Wenn nun der Bremer Senat alles daran setzt, neuen technologieorientierte Industrien aus genau diesen Bereichen in der Region anzusiedeln und gleichzeitig besondere Industriezonen erschließen läßt, kriegen wir 'ne konkrete Ahnung davon, wer dort in nächster Zukunft verwertet und ausgebeutet werden soll.
Und wenn wir dann den ganzen Propagandadreck der sog. 'Qualifizierungsoffensive', von 'Frauen in Männerberufe' und dergleichen mehr in Zusammenhang mit den Projekten des Kapitals setzen, wird einmal mehr deutlich, wozu die staatliche Zwangsarbeit und sog. Ausbildung in den Jugendwerkstätten und Arbeitshäusern des Senats eigentlich dient.

Tatsächlich der Zuführung junger, qualifizierter oder angelernter Arbeitskraft in die kapitalistische Produktion, und zwar in der Hauptsache weibliche Arbeitskraft!
In diesem Zusammenhang den 2. staatlichen Arbeitsmarkt als 'Parkmaßnahme' oder ähnliches zu kritisieren, wie es die reformistische Linke tut, greift dann wirklich völlig daneben und verschleiert dessen wahren Charakter.
Und sich der Illusion hinzugeben, mit solch einer 'Ausbildung' später mal besser dazustehen, nicht 'ganz unten' die Drecksarbeit verrichten zu müssen, bleibt dann wohl nichts als Wunschtraum.

Uns bleibt nichts als zu schauen, wo und wie wir uns organisieren können, um nicht ständig und immer wieder der allseits verfügbare Spielball der Kapitalisten zu sein, bis wir 'ausgebrannt' und vernutzt sind und dann sehen können, wo wir bleiben.

„Es ist für mich schon erregend, diese, wie ich meine , historische Wandlung zum Ende dieses Jahrhunderts mitzuerleben." (Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, zu den Reformen Gorbatschows)

★ ★ ★ ★ ★

„Im Dorf gibt es überhaupt keine Straße. Nur bei Trockenheit und Frost können wir reisen. Wenn es regnet, kommen nicht einmal die Traktoren im Schlamm vorwärts. Irgendwann wird die jetzige Kolchosvorsitzende schon mal gehen. Was aber, wenn für sie jemand geschickt wird, der kein Verwalter ist, sondern nur ein Vorsitzender auf Zeit? Dann wird der schlecht gebaute Kälberstall weiter erhalten, werden wir im selben Sumpf die Maschinen ruinieren und reparieren." (Pravda, Mitte März 87)
Diese Schilderung eines Meisters aus einem Fischereikolchos scheint typisch für weite Teile der Sowjetunion zu sein. Nicht nur auf dem Lande herrscht der „Sumpf", sondern auch in den Städten, in der staatlichen Bürokratie, in der Partei. Bis in die höchsten Spitzen der Parteikader, Ministerien bestimmen „Korruption", „Bestechung", „Diebstahl an Volkseigentum", „Schlamperei und Schmarotzertum" (alles Ausdrücke von Gorbatschow) den Alltag der Sowjetmenschen. Das viele Lametta an den geschwollen Brüsten der Parteitagsredner und Minister kann nicht über den deso-
Was Gorbatschow so sympatisch macht, ist seine schonungslose Offenheit - die natürlich einen Zweck verfolgt, den wir weiter unten noch darstellen - sympatisch auch deswegen, weil der gesamte Rest der einst so heroischen kommunistischen Weltbewegung von DKP über KPF, SED usw. bis hin zu den Antiimps mit ihren Jubelanalysen über die großen Errungenschaften der „ruhmreichen Sowjetunion" so plötzlich im Hemd dastehen. Ihre „Analysen" über die Entwicklung des Sozialismus und die Rolle der SU im Weltkommunismus und internationalen Befreiungsprozeß sich als die von Gorbatschow scharf kritisierte „Lobhudelei" erweisen. Aber die Autonomen haben wenig Grund zur Schadenfreude, für sie sind die gesellschaftlichen Lebensbedingungen *in* der SU zumeist ein großer weißer Fleck, was zumindest genauso blamabel ist. Aber kommen wir auf die materiellen Hintergründe der Reformvorhaben Gorbatschows zurück.

Eine Flut von Artiklen, Kommentaren und Reportagen über den russischen Frühling des „Glasnost" ergießt sich über uns. Auch linke Zeitungen, Zeitschriften widmen sich Gorbatschow (der „Arbeiterkampf " nennt ihn schon liebevoll „Gorbi") ausführlichst. Der Sozialismus erweist sich doch als „reformfähig", lautet der gemeinsame euphorische Tenor. Von den Autonomen ist mal wieder nur Schweigen zu vernehmen. Deshalb prescht sich die „Unzertrennlich" vor und wagt sich an eine Einschätzung der Reformvorhaben Gorbatschows heran. Nachfolgend wird allerdings nur die innenpolitsche Seite der „großen Umgestaltung" (Gorbatschow) analysiert. Besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die Veränderung für die Arbeiterklasse legen.

„Reform von oben" gegen die Arbeiter?

70 Jahre nach der Oktoberrevolution die Revolution Gorbatschows

Desolate Wirtschaft

„1975, das heißt vor mehr als zehn Jahren, wurde die Trikotagefabrik Bikin in Betrieb genommen. Aber auch nach zehn Jahren sind ihre Kapazitäten nur zu 40% ausgelastet. Da bedeutet ja, daß unser Geld dort als totes Kapital liegt", so Gorbatschow in Chaborowsk am 4.8.86. Totes Kapital liegt nicht nur in Ostsibirien rum, überall in der SU leidet die Ökonomie unter einer mangelnden Auslastung und Effektivität der investierten Produktionsmittel. Der Sowjetexpert Conert hat kürzlich ausgerechnet, daß aufgrund des Produktivitätsrückgangs in den Jahren 1966 bis 1980 mehr als 230 Milliarden Rubel zusätzliche Investitionen vorgenommen werden mußten. Die Gründe sind laut Conert in dem rückständigen technischen Entwicklungsstand der sowjetischen Industrie und in der ineffektiven, bürokratischen Wirschaftslenkung mit der zentralistischen Planung zu suchen. Hinzu kommen lange Ausfallzeiten wegen Reperaturen und stockender Materiallieferung, eine weitverbreitete von Gorbatschow vielbeklagte „Trägheit" der sowjetischen Betriebe, neue Produktionsverfahren zu übernehmen und neue material- udn arbeitskraftsparende Produkte herzustellen.
Noch unter der Regierung von Andropow wurde eine Studie von Tatjana Saslawskaja aus Nowosibirsk im Westen veröffentlicht, in der sie viele Punkte der Kritik Gorbatschows vorwegnahm und ein umfangreiche „Reform von oben" vorschlug. Die Nowosibirsker Studie stellte einen eklatanten Wachstumeinbruch Ende der 70er Jahre in der sowjetischen Ökomomie fest. Kein wichtiges Wachstumsziel sei erfüllt worden. Insbesondere das Wachstum der Arbeitsproduktivität und des Nationaleinkommens sei deutlich Die
Studie führt dies auf ein „Zurückbleiben des Systems der Produktionsverhälnisse und des sie widerspiegelnden Mechanismus der staatlich Wirtschaftslenkung hinter dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, konkreter, in der Unfähigkeit dieses Systems, eine vollständige und genügend effiziente Nutzung des materiellen und intellektuellen Potentials der Gesellschaft zu gewährleisten." Die Produktionsverhältnisse seien zu einer „Bremse" für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden und auf dem Stand der 30er Jahre stehengeblieben. Diese 1984 noch als Geheimschrift zirkulierende fundmentale Kritik an der sowjetischen Wirtschaftsbürokratie behauptete Ungeheuerliches: Erstmals wagte es eine namhafte sowjetische Wissenschaftlerin das seit Lenin aufgestellte Dogma der im Sozialismus stetig voranschreitenden Entwicklung der Produktionsverhälnisse - dank der führenden Rolle der Partei im planvollen Aufbau des Soziliasmus und der Abschaffung des Monopolkapitlismus - infrage zu stellen. Für Stalin, Breschnew gab es immer nur den steten Prozeß der Höherentwicklung und Vervolkummung des Sozialismus. Mit dieser Mär wird nun gründlich aufgeräumt.

Was bedeutet „Umgestaltung"

In Anbetracht des Niedergangs der sowjetischen Ökonomie konnte selbst der ehemalige KGB-Chef Andropow schon nicht mehr anders als umfangreiche Reformen anzukündigen, die allerdings rein technokratisch nur auf der ökonomischen Ebene ansetzen. Das Neue an Gorbatschows Reformvorschlägen ist das Einbeziehen der sozialen Sphäre und der gesellschaftlichen Herrschafts- und Lebensbedingungen. Unter „Umgestaltung" versteht Gorbatschow eine „wahre Revolution im ganzen System der gesellschaftlichen Beziehungen," oder: „Umgestaltung - das ist das Sichstützen auf das lebendige Schöpfertum der Massen, das ist die allseitige Entwicklung der Demokratie und der sozialistischen Selbstverwaltung und die Förderung von Initiativen, von Selbstständigkeit, die Stärkung der Disziplin und Ordnung, die Erweiterung der Offenheit, Kritik und Selbstkritik in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens; das ist ein Höchstmaß an Achtung der Werte und Würde der Persönlichkeit." In dieser Definition werden die wesentlichsten Einzelvorhaben der Reform genannt. Im Kern sind das Demokratisierung des Betriebsalltags, des staatlichen Planungsprozeßes, Selbstverwaltung der Betriebe, Stärkung der Stellung der Arbeitskollektive in den Betrieben, mehr Mitsprache für die in der Stalin- und Breschnew-Ära zu einem Mauerblümchen verkümmerten Sowjets (Räte) in allen sozialen Belangen.

Dies alles ist für Gorbatschow Mittel und Zweck zugleich. Mittel insofern, als er und seine Anhänger auf Teufel komm raus das qualitative Wachstum der sowjetischen Wirtschaft beschleunigen müssen, den Produktionsprozeß intensivieren müssen, also die Arbeitsproduktivität erhöhen.
Das ist das eigentliche Ziel Gorbatschows, das ist der Grund, weshalb ihn die Partei an die Sptize des 280 Millionen

Volkes stellte. Die sowjetische Landwirtschaft und Industrie muß nach jahrzentelangen vergeblichen Versuchen endlich modernisiert werden und in eine Periode des intensiven Wachstums übergehen. Also weg von der alten Tonnenideologie, denn auch in der SU ist die Natur nicht grenzenlos ausraubbar.

„Stagnation und Lethargie“

Aber in Gorbatschows Beschreibung der Dimension von „Umgestaltung“ steckt auch noch ein anderer Zweck: Mit der Demokratisierung, mit dem „Sichstützen auf das Schöpfertum der Massen“ erwähnt der Parteivorsitzende seinen Bündnispartner gegen seine ärgsten Widersacher - und die sitzen ihm in den höchsten Parteigremien gegenüber. Seine Gegner sind diejenigen, deren Macht durch die Reform ausgehölt werden würde. Davon betroffen sind die meisten Industriebranchenministerien mit ihren über 100 000 Mitarbeitern, die mittleren Parteikader, die als Provinzfürsten „immer nur reden und nicht arbeiten“ (Gorbatschow), die Betriebsdirektoren, die sich schon mal eine Datscha auf Kosten der Arbeiter und des Betriebes bauen ließen, Es sind die „Unbeweglichen“ wie sie der Nowosti-Chef Falin genannt hat.
„Die Quellen des verdeckten Widerstands“ (Gorbatschow) kommen offenbar vornehmlich aus den Kreisen, die bisher im Apparat ein bequemes und privelegiertes Leben führen konnten. Die autoritär, die Meinung der Arbeitskollektive ignorierend, „schalteten und verwalteten“, „alles aufs Gratewohl“ machend, „gleichgültig, träge und initativlos“ sind.
„Ganz zu schweigen von jenen, die die Atmosphäre, in der alles erlaubt war, dazu ausnutzten, den Staat zu plündern und sich zu bereichern.“ (Gorbatschow auf dem Gewerkschaftskongreß Feb.87). Diese privilegierten Schichten mit einer „Schmarotzerideolgie“ haben offenbar schon aus materiellen Gründen kein Interesse an einer Veränderung. „Gorbatschow appelliert an das Volk, zu den Leninschen Prinzipien mit ihm gemeinsam zurückzukehren, sich mit ihm gegen den „Konservatismus“ in Partei und Staat zu verbünden.
Nun, Lenin wurde und wird von seinen Nachfolgern in allen wichtigen ideologischen Fragen zitiert, mit Lenin läßt sich noch (oder gerade) 70 Jahre nach der Oktoberrevolution alles gegenüber dem Volk legitimieren. Das macht Gorbatschow nicht anders wie Stalin oder Chrustschow. Dies werden wir noch verdeutlichen, doch zuvor müssen noch die Hauptansatzpunkte der „Umgestaltung“ erwähnt werden.

Der „subjektive Faktor“

Einer der entscheidenden, vielleicht der entscheidenste für das Gelingen der Wirtschafts- und Gesellschaftsreform ist die Betonung des „subjektiven Faktors“: Aus der Erkenntnis, daß „Verantwortungslosigkeit„ „Gleichgültigkeit“ und „Schlamperei“ im Zeitalter nach Tschernobyl verheerende Folgen haben kann, aber auch aus der platten produktionswissenschaftlichen Erkenntnis, daß der Faktor Mensch im hochtechnisierten Produktionsprozeß immer emtscheidender für einen effektiven Produktionsablauf geworden ist - kurz: aufgrund der wissenschaftlich-technischen Revolution muß das Interesse und die Verantwortung des Arbeiters im Arbeitsprozeß erheblich gesteigert werden.

Dies soll auf zwei Ebenen erreicht werden: 1. mehr Kompetenz und Mitentscheidung der Arbeitskollektive an Planung und Realisierung des Produktionsprozesses, inclusive der Wahl der Vorgesetzten und Betriebsleiter. 2. für mehr Leistung mehr Geld, für effektivere, materialeinsparende, energiesparende Produktion höhere Prämien. Für alles, was die Arbeitsproduktivität steigert, also den auch im Sozialismus immer kapitalintensiveren Produktionsprozeß beschleunigt - mehr Knete. Mit diesen „materiellen Stimuli“ für die Arbeiter und Arbeiterinnen will Gorbatschow denselben Weg beschreiten,wie ihn die DDR vorexerziert.
Daß dies allein nicht reicht, kann Gorbatschow nicht nur an den Problemen der DDR-Ökonomie studieren, sondern er weiß, daß die Vernachlässigung der Sozialpolitik, der Wohnungs- und Verkehrspolitik ein Grund des Übels von Lethargie und Verantwortungslosigkeit auch der Arbeiterklasse darstellen. Deshalb liegt ihm die Förderung der sozialen Dienstleistungen so am Herzen: „Viele Wirtschaftskader handeln richtig, wenn sie es in ihren Betrieben ermöglichen, den Dienstleistungsbereich auszubauen. Dann bildet sich dort ein stabiles Arbeitskollektiv heraus, die Menschen sind besserer Stimmung und setzen ihre Kräfte stärker für die Produktion ein.“
Es geht also um bessere Motivation für den täglichen Arbeitsstreß. Aber, wir können uns wohl auch keinerlei Vorstellungen davon machen, unter welch fürchterlichen Umständen sowjetische Arbeiter und Arbeiterinnen in einzelnen Regionen dahinvegetieren. Neuerdings werden in der Prawda Leserbriefe veröffentlicht, in denen z.B. Arbeiterinnen die „Wohnungsverhältnisse“ im sibirischen Winter bei 50 C minus im Bauwagen schildern. Laut Plan sollten schon vor Jahren, nachdem die Fabriken errichtet worden waren,- feste Wohnhäuser gebaut werden. Doch das versprochene und im Plan ausgewiesene Baumaterial wurde nie geliefert.

Spätestens an dieser Stelle muß ein kurzer historischer Rückblick erfolgen: Lenin schrieb anlässlich der Einführung der Subbotniks während des Kriegskommunismus 1919: „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.(...)Gegenüber der kapitalistischen Arbeitsproduktivität bedeutet der Kommunismus eine höhere Arbeitsproduktivität von freiwillig, bewußt, vereinschaffender Menschen, die sich der fortgeschrittenen Technik bedienen.“ Und zwei Jahre später feierte er die kapitalistische Technologie folgendermaßen: „Sozialismus ist undenkbar ohne großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist, ohne planmäßige staatliche Organisation, die Dutzende Millionen Menschen zur Einhaltung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält.“

Mehr Selbstverwaltung

Die Mitverwaltung und das Interesse an einem guten Betriebsergebnis soll bei den Arbeitern aber auch durch eine Ausweitung der Selbstverwaltung und Eigenverantwortung gesteigert werden.Bisher war offenbar vielerorts das “Volkseigentum herrenlos“. Dazu Gorbatschow: “Im gesellschaftlichen Bewußtsein setzt sich immer mehr der einfache und klare Gedanke durch,daß ein Mensch nur dann in seinem Haus Ordnung schaffen kann, wenn er sich dort als Hausherr fühlt. (...) Aus diesem Grund ist die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produktion die wichtigste Richtung bei der Vertiefung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie.Es ist dies der Hebel, der die breite und engagierte Mitwirkung der Werktätigen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sichern hilft und es ermöglichen wird, viele Fehler und Irrtümer zu vermeiden.“

Demokratisierung ist also beileibe kein Selbstzweck.

Dem Gorbatschowflügel in der Partei scheint nur durch eine Stärkung der Kontrolle von unten, durch die Arbeitskollektive, eine effektivere Planung möglich. Im Verbund mit der technischen Intelligenz sollen neue 'wissenschaftlich-technische Komplexbrigaden gegründet werden, um die Erkenntnis des “wissenschaftlich-technischen Fortschritts“, wie Computertechnologie, Robotertechnik und Biotechnologie schneller im Produktionsprozeß zur Anwendung zu verhelfen. Parallel dazu betont Gorbatschow immer wieder das 'wichtigste Prinzip des Sozialismus, das Leistungsprinzip. Kampf der “Gleichmacherei“ nennt er das und fordert differenziertere Entlohnungsformen und Prämien nur dann, wenn auch alle Punkte des Betriebsplans erfüllt worden sind.

Arbeiterwiderstand gegen die Reformen?

Nun, wir wissen, daß Lenin wie Marx sehr viel von den „Errungenschaften“ der Wissenschaft und kapitalistischen Technik hielt und sich um die Problematik verschärfter Arbeitsteilung und Unterwerfung des Arbeiters unter die Herrschaft der Maschinerie nicht sonderlich Gedanken machte. Ja sogar den Taylorismus *nach* der Revolution befürwortete. Lenin ist für Gorbatschow eine lohnende Quelle, wenn es darum geht, den Arbeitern klarzumachen, daß sie mehr leisten müssen.

Der Arbeiter, der Stolz auf seine Arbeit ist, der Arbeitselan zeigt, ist das große Vorbild: „Das heilige Gefühl, an der großen Sache der Oktoberrevolution beteiligt zu sein“, dieser Arbeiter ist der wahre „Patriot“. Und weiter Gorbatschow: „Arbeitsliebe war immer der größte sittliche Wert unseres Volkes“, daher kann man „eine Beschleunigung und Erhöhung der Qualität unseres ganzen Lebens nur auf einem Weg erzielen - durch effektive hochproduktive Arbeit.“ Beim Einsatz modernster Technologien verlangt der Vorsitzende der Partei der Arbeiterklasse von seinen Arbeitern „Organisiertheit und Disziplin.“
Spätestens hier wird deutlich auf welche Knochen die Reform geht. Im laufenden Fünfjahresplan soll die Arbeitsproduktivität um 50 % schneller steigen als das Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten. Zugleich wird der „Gleichmacherei“, d.h. gleichen Löhnen für die Brigaden und geringe Unterschiede zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeitern, der Kampf angesagt. Schon Stalin widmete dem Kampf der „Gleichmacherei“ in den 30er Jahren ein langes Pamphlet. Ihm war die Solidarität der sowjetischen Arbeiter auch zu stark.
Die Konsequenzen waren und sind klar: Stark unterschiedliche Entlohnung führt eher zur Konkurrenz unter den Arbeitern. Diese erwünscht sich Gorbatschow wohl auch, neben der Motivierung zu mehr Leistung. Die Durchsetzung erweist sich allerdings als sehr schwierig: Die Einführung des Mehrschichtsystems stößt auf mehr Widerstand als erwartet. Es dürfte einleuchten, daß die Malocher sauer sind wenn nachts nach der Schicht keine Straßenbahn fährt oder die Wohnungen derart hellhörig sind, daß an Schlaf nach der Nachtschicht nicht zu denken ist. Gorbatschow beschwerte sich über die Gewerkschaften, daß sie „immer noch nicht voll bei einer so wichtigen Sache mitmachen wie der Übergang zur Zwei- und Dreischichtarbeit.“ Offenbar zögern die Gewerkschaften, weil der Protest der Arbeiter gegen das Mehrschichtsystem groß ist. Wenn zudem selbst im Einschichtsystem die Produktionskapazitäten oftmals nur zu 50 % ausgelastet sind, ist keinem Arbeiter einsichtig zu machen, wieso dies nun im Dreischichtsystem besser werden soll. Dafür ist die Produktionsplanung durch die Betriebsleitung und die Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen nebst Ersatzteilen einfach zu sehr dem Zufall überlassen. Von effektiver Planung ist die sowjetische Wirtschaftsführung noch Lichtjahre entfernt.

Ein anderer Grund für den Widerstand bzw. “Lethargie“ der Arbeiter gegen die Wirtschaftsreform sind die drohenden Lohneinbußen und Massenentlassungen. Schon müssen die Arbeiter für nichtverkäufliche Produkte, bzw. mangelhaft oder zu spät gelieferte Produkte Prämienkürzungen hinnehmen. Vor Gorbatschow wurde dies oftmals in einem Deal zwischen den verfilzten Gewerkschaften und und Betriebsleitern vertuscht und beide erhielten sich damit die Ruhe der Arbeiter, indem sie bei “Pfuschproduktionen“ trotzdem die Jahresprämie auszahlten. Diese Schummelei soll jetzt ein Ende haben. In Zukunft sollen diese Betriebe auch offiziell pleite gehen können. Doch wohin sollen dann die Arbeiter/innen mit ihren Familien ziehen, wenn es die einzige Fabrik in ihrem Ort war, oder für ihren Beruf kein anderer Arbeitsplatz zu finden ist ? Gorbatschow und mit ihm die mit ihm zusammen arbeitenden Wirtschaftsfachleute fordern mehr “Mobilität von den Arbeitern. Wohin aber sollen die “freigesetzten“ Hilfsarbeiter, die zu zig-tausenden unter ihrer Qualifikation eingesetzten Frauen und Jugendlichen in den Kleinstädten und ländlichen Regionen “umgesetzt“ werden, etwa 5000 Kilometer nach Osten in die bitterkalten Bauwagen Sibiriens ?

Wenn die “Ware-Geld-Beziehungen“ und die “Wirkungen des Wertgesetzes“ nebst der Einführung der strengen wirtschaftlichen Rechnungsführung (so die Ankündigung Gorbatschows auf dem Januarplenum) tatsächlich landesweit angewendet werden, sehen die Arbeiter, die das Pech haben in ineffektiven, veralteten Betrieben mit einer nichtgefragten Produktionspalette zu arbeiten, ganz schön alt aus.

Bisher ist offiziell Arbeitslosigkeit im Sozialismus unbekannt. Wenn allerdings die Konkurrenz der Betriebe untereinander, die Anwendung des Wirtschaftlichkeitsprinzips in allen gesellschaftlichen Bereichen durchgesetzt wird und nur der Betrieb überlebt, der am rationellsten und mit den minimalsten Kosten produziert -dann hat die Konkurrenz auf dem Markt höchst negative Folgen für die Arbeiter: es würde ein Wettrennen zwischen den Betrieben um die produktivste Herstellungsweise der gleichartigen Produkte, der Waren entstehen. Zu wessen Lasten das vor allem geht, ist klar: Die Konkurrenz auf dem sowjetischen Binnenmarkt zwingt die Arbeiterklasse rationeller, schneller, einfach intensiver zu arbeiten.

“Bislang hat unsere Gesellschaft die soziale Homogenität keineswegs erreicht“, sagte neulich die Autorin der Nowosibirsker Studie, T. Saslawsskaja. Wenn Lohndifferentierung, die Konkurrenz der Arbeiter zwischrn veralteten und hochmodernen Fabriken geschürt wird -dann ist eine Homogenisierung in noch weitere Ferne gerückt. Trotz aller Appelle an das Volk, an die Arbeiterklasse, Gorbatschow will sie auch nicht. Sicherlich, er will die Privilegienwirtschaft und Korruption abbauen. Er will auch die Stellung der Betriebsdirektoren dadurch stärken, daß er von den Arbeitern gewählt wird.

Mit kapitalistischen Produktionstechnologie gegen die Arbeiter

Die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung macht es im Computerzeitalter möglich, die zentralistische Planwirtschaft zu effektivieren, schneller den obersten Behörden die Störfälle und Irrtümer zu melden. Mit materiellen Stimuli, Lohnanreizen, mit effektiven Arbeitsnormen, die von Arbeitsbrigaden mitformuliert werden, wird das alte Ideal, einer patriotischen Gemeinschaft aus Direktor, Ingenieur, Meister und Arbeiter "modernisiert". Unter "mitbestimmten" Akkordarbeitsnormen, läßt sich eben die Fließbandarbeit reibungsloser für die Betriebsleitung organiesieren. Einige ewig-gestrige Betriebsleiter fürchten dadurch eine Abhängigkeit von den Brigaden. In einer sowjetischen Wirtschaftszeitung war dazu 1984 von einem Generaldirektor der bemerkenswerte Satz zu lesen: "Einige Betriebsleiter fürchten, auf diese Art und Weise in die Abhängigkeit der Brigaden zu geraten. Ich glaube, das ist eine unbegründete Befürchtung. Der Leiter gerät dann nicht in eine Abhängigkeit, wenn ein System der Rechnungsführung, der Kontrolle, der Arbeitsvergütung und der Arbeitsnorm ausgearbeitet worden ist."

Deutlicher gehts nimmer. Die Arbeiter werden dem Sachzwang der Norm und der eingesetzten Technologie unterworfen. Solange Norm und Technologie nicht als ein Instrument von Herrschaftstechnik in der Sowjetunion (an-) erkannt werden, solange wird der Klassenkampf weiter unsichtbar bleiben.

Es ist zwar richtig, daß sich die Klasse der Manger nicht aus sich selbst heraus konstituiert und es gibt nach wie vor keine Ausbeutung durch die Herrschaft des Privateigentums, aber das heißt noch lange nicht, daß es keine unterdrückte Klasse(n) gibt. Die Herrschaft der Partei-Nomenklatura, unter Stalin eingeführt, soll zwar jetzt abgeschafft werden und das Parteileben auch der demokratischen Öffnung unterzogen werden. Doch "Interessensgegensätze" (so Gorbatschow) und nicht vorhandene "soziale Homogenität" sind nur parteioffizielle der propagandistische Verschleierung dienende Umschreibungen für die Gegensätze von Reichen und Armen, Privilegierten und Anonymen, Arbeitern und Direktoren.

Gut, es gibt auch unter Gorbatschow keine Ausbeutung dürch Privateigentümer, über den produzierten Mehrwert haben die Arbeitsbrigaden und Gewerkschaften ein Wörtchen mit zureden. Aber was passiert eigentlich, wenn die Ankündigungen des Parteivorsitzenden, "joint ventures" mit kapitalistischen Firmen zu gründen, die die kapitalistische Technik, Arbeitsnorm und "Qualitätskontrolle" in die Sowjetunion importieren ?

Was hat dann die Orientierung der "Produktion von Weltniveau" (Gorbatschow) an Konsequenzen? Doch wohl die Orientierung an der kapitalistischen Konkurrenz, am kapitalistischen Markt; was anderes soll der beantragte Beitritt zu dem von den USA und den Multis bestimmten GATT-Abkommen bezwecken? Kapitalistische Produktionstechnologie und Managermethoden im Sozialismus -da bleibt irgendeine Seite auf der Strecke. An den Beispielen Ungarn, China und Polen ist unschwer zu erraten, welcher Ballast über Bord geschmissen wird.

Die "Konsumwelle" oder die "Moral"?

Die westdeutschen Manager, allen voran der Vorstandsprecher der Deutschen Bank Christians, geben sich derzeit in Moskau die Klinke in die Hand. Das Zauberwort "joint ventures" (gemeinsame Unternehmen kapitalistischer und sozialistischer Konzerne) bedeutet für die sowjetische Arbeiterklasse, erhöhte Form der Ausbeutung, denn ein erklecklicher Teil der Profite fließt in die Taschen der kapitalistischen Konzerne. Die Manager aus dem Ausland werden entscheidend den Produktionsprozeß mitgestalten, überwachen. Und schließlich helfen die neuen "Kooperationsabkommen" Gorbatschow die sowjetische Industrie zu modernisieren. Das jüngste und krasseste Beispiel: Bundesdeutsche Atomtechnologie der KWU und der schweizerischen BBC modernisieren die maroden sowjetischen Atomkraftwerke.

Also nicht nur erhöhte Form der Ausbeutung, sondern auch die Fortsetzung des menschenfeindlichen Ausbaus des sowjetischen Atomprogramms mithilfe kapitalistischer Technologie und Managermethoden.

Ein ausgebautes soziales Fürsorgesystem soll den unmittelbaren Produzenten den Übergang zur vom Kapitalismus abgekupferten Leistungsgesellschaft schmackhaft machen. Hinzukommt noch der Versprechen, jede/r bekommt eine angemessene Wohnung und die Wartezeiten auf einen Lada sollen sich von 10 auf alsbald 3 Jahre verringern. Damit die Leute sich von ihrem schwer erarbeiteten Lohn auch was kaufen können, soll die Konsumgüterindustrie angekurbelt werden.

Gorbatschov kritisierte das "Sinken der moralischen Arbeitsanreize" in der Breschnew-Ära: "Es vergrößerte sich die Schicht von Menschen, darunter auch Jugendliche, für die materieller Wohlstand und Bereicherung um jeden Preis das Lebensziel wurde. Ihre zynische Haltung nahm immer aggressivere Formen an, vergiftete das Bewußtsein der Menschen in ihrer Umgebung und schuf eine Welle des Konsumdenkens." Doch wie will Gorbatschow die "moralische Gesundheit der Gesellschaft festigen", wenn er zugleich mit der Förderung von Lohnleistungssystemen das Bewußtsein des Lohnarbeiters unter den sowjetischen Arbeitern verbreitert? Wird nicht die "Welle des Konsumdenkens" durch Leistunglohn in einer hochtechnmisierten, dem Arbeiter fremden, nicht beherrschbaren Technologie wieder durch die Hintertür eingeführt?

Gorbatschow begibt sich darüber hinaus in eine gefährliche Spirale: Schafft er die Wirtschaftsreform nicht, das Wachstum auf dem Konsumgütermarkt, dem Wohnungsmarkt, dem Dienstleistungssektor entscheidend zu beschleunigen, können die besser verdienen Arbeiter sich nichts für ihren Lohn kaufen. Die "Ökonomie des Mangels" würde sich fortsetzen. Schon jetzt hat jeder sowjetischer Arbeiter fast einen Jahreslohn auf dem Konto. Die Motivation mehr zu arbeiten, Schicht zu arbeiten, effektiver zu arbeiten würde schnell wieder sinken, weil der Hebel der materiellen Stimuli nicht greift.

Im April ist eine sowjetische Untersuchung über die Durchsetzungschancen der Gorbatschowschen Reformen im Westen veröffentlicht worden. Die Wissenschaftler kommen zu dem Schluß: "Es ist ein vielsagendes Geständnis der Führung, daß man mit der erst vor kurzem angekündigten Einführung eines neuen Lohnsystems in den nächsten Jahren keine großen stimulierenden Effekte erwartet." Eben weil das entsprechenden Konsumangebot fehlen wird. Wenn höhere Löhne gezahlt werden, aber quantitativ nicht mehr Waren angeboten werden, droht dem Lohnempfänger die Inflation. Ein seit ein paar Jahren in den sozialistischen Ländern zu beobachtendes Phänomen.

Das System der "organisierten Verantwortungslosigkeit", wie es Renate Damus einmal für die DDR-Gesellschaft beschrieben hat, würde sich fortsetzen -und das wäre das Ende der Reform von oben a la Gorbatschow.

Der Arbeiterklasse ist scheinbar jede Form von Selbstbewußtsein und Selbstständigkeit des Handelns seit Stalins Zeiten ausgetrieben worden. Immerhin könnte durch die Stärkung der Arbeitsbrigaden und Gewerkschaften, durch die öffentlice Kritik und Selbstkritik, das Selbstbewußtsein der Arbeiter und Angestellten sich soweit stärken, daß sie selbst die Geschichte in die Hand nehmen und nicht immer auf die Rauchzeichen aus dem Kremel starren.

Lenins Drohfinger

129a-Verfahren gegen die Verkäufer der „radikal“

22 sind bereits angeklagt!

In wenigen Tagen beginnt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt der Prozeß gegen einen Hanauer Handverkäufer der Zeitschrift „radikal“. Dies ist der Beginn einer Prozeßlawine gegen die angeblichen Verteiler der von der Karlsruher Bundesanwaltschaft inkriminierten Zeitschrift „radikal“ Nr. 132. Gegen weitere 21 Personen hat die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift fertiggestellt, gegen übere 80 Personen aus 30 Städten laufen noch die Ermittlungsverfahren. Betroffen sind Mitarbeiter/-innen aus Buchläden, Infoläden, Kneipen, Cafés, Bäckereien und Lebensmitteläden der linken-alternativen Szene. Nachdem vor drei Jahren Benny Härlin und Michael Klöckner vom Berliner Kammergericht als Herausgeber der „radikal“ zu mehr als 2 Jahren Haft verurteilt wurden, sind es jetzt die „Verteiler“ der im Untergrund hergestellten Zeitung, die mit Ermittlungsverfahren überzogen wurden. Besonders umfangreich ermitteln die Staatsanwälte in Westberlin, wo allein 12 Anklageschriften fertiggestellt sind.

Die hektische Aktivität der Herren des Morgengrauens begann vor 10 Monaten. Am 23.7.86 leuchtet die rote Birne des Adressenlesegerätes auf dem Paketamt Bielefeld auf. Hier werden sämtliche Pakete aus dem westlichen Ausland sortiert. auf dem Fließband liegt ein Paket an eine im Computer gespeicherte Adresse einer verdächtigen Person. Die hier ständig anwesenden Herrn in Zivil öffnen den Karton und heraus fällt die „radikal“. Nachprüfungen ergeben, daß zwei Tage zuvor bereits 89 Pakete über Bielefeld verschickt wurden. In mehr als 30 Städten durchsuchen in den folgenden Tagen und Wochen Mitarbeiter des BKA und LKA die Adressaten, in Westberlin lassen sich die Staatsschützer 6 Wochen Zeit, bevor sie 19 Projekte durchsuchen. Die Ausbeute ist denkbar mager, nur vereinzelt werden Exemplare der Nr. 132 gefunden.

Doch wieso sind die Beauftragten des Generalbundesanwalts so hinter der neuen „radikal“ hinterher? In dem Beschlagnahmebeschluß des Generalbundesanwalts wird eine Kette von Straftatbeständen aufgezählt, von denen nur die wichtigsten erwähnt seien:

1) Verdacht von Straftaten nach §129a u.a.

die Radikal enthalte Beiträge, in denen Gewalt bis hin zu terroristischen Anschlägen das Wort geredet würde

enthielte eine Tatbekennung zum Anschlag auf Beckurts (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung)

Ziel und Strategie der RAF würden verherrlicht

die Nr. 132 enthalte eine Zitat aus einem RZ-Papier, das geeignet sei, bei den Lesern Sympathie für diese terroristische Vereinigung zu wecken und sie für deren Ziele und Strategien einzunehmen; also auch 129a

2) Verdacht von Straftaten nach §111

weil eine Anleitung für den Bau eines elektrischen Zeitzünders abgedruckt sei

ein Artikel dokumentiere den militanten Widerstand gegen die WAA Wackersdorf und rufe zu ähnlichen Aktionen auf.

Die Verteiler der Nummer 132 werden also des „Werbens und Unterstützens einer terroristischen Vereinigung“ beschuldigt. Da bei den z.T. mehrmaligen Durchsuchungen kaum Exemplare gefunden wurden, ist die Staatsanwaltschaft auf Indizien angewiesen. Dazu zählen die Paketkarten, „dienstliche Erkenntnisse“ von Verfassungsschutz und Kripo.

Offenbar sind allerdings die wochenlangen verdeckten Beobachtungen und Verfolgungen der Beschuldigten auch noch nicht ausreichend für eine Anklageschrift. Deshalb müssen neue Hifsmittel heran. Die finden die Staatsschützer bei einer erneuten Durchsuchungswelle. Im Frühjahr ’87 stehen die Beamten mit Kameras und einem heimlich mitlaufenden Tonband in der Tür von einigen Berliner Projekten. Ganze Wände mit Plakaten, Bildern, Sprüchen werden abfotografiert, die Stimmen der Beschuldigten und möglichen Zeugen ohne deren Wissen in einem Betrieb aufgezeichnet, um sie mit den abgehörten Telefongesprächen zu vergleichen. Nachforschungen werden angestellt, ob die Beschuldigten schon frühere Nummern der „radikal“ verkauft haben, auf welchen Demos sie aufgetaucht sind, welche Flugblätter von ihren Projekten mitunterschrieben wurden.

Die sind „wertvolle“ Erkenntnisse, um das Raster der „subjektiven Tatseite“ zu einem möglichst kompletten Bild zu vervollständigen. Es wird dann als Hilfsbeweismittel in die Anklage miteingeführt zur Stützung der wohl nicht allzu festen Indizienkette. Der Verkauf früherer nicht verfolgter Ausgaben der „radikal“ wird so zum Beweis der politischen Gesinnung des Angeklagten und legt den Verdacht nahe, auch die Nr. 132 verkauft zu haben – auch wenn kein einziges Exemplar in dem Betrieb des Beschuldigten gefunden wurde, was ja nur beweise, „daß alle zugesandten Exemplare verbreitet wurden“, so die Feststellung in dem Durchsuchungsbeschluß. Da es sich hier vornehmlich um ein Gesinnungsverfahren handelt, ist eine genaue Beweisführung überflüssig. In diese Richtung zielt auch die Forderung von Generalbundesanwalt Rebmann zum neu formulierten § 129a: Angesichts eines erhöhten Strafrahmens könne man sich den Nachweis konkreter Einzeltaten vielfach gleich „sparen“. Rebmann geht es dabei vornehmlich um „Hintermänner“, „Mehrfachtäter“, die eine terroristische Vereinigung “unterstützen“ – so kann dann aus „Mehrfachverkäufern“ flugs „Mehrfachtäter“ werden.

Doch geht es bei dem laufenden 129a-Verfahren nicht nur um Beweissicherung. Ein wesentliches Ziel der umfangreichen Ermittlungstätigkeiten der Staatsschützer war und ist die Durchleuchtung der linksradikalen, militanten Scene. Durchsuchungen, ED-Behandlungen, Zeugenvorladungen, Beschlagnahme von scheinbar nicht zur Sache gehörenden Flugblättern, Plakaten, hat es auch in diesem Verfahren noch und nöcher gegeben. Wesentliches Ziel des Ermittlungsverfahrens nach 129a ist die Einschüchterung, Verunsicherung und Spaltung des militanten Widerstands in allen gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich oppositionelle Bewegungen nicht auf den vorgegebenen Rahmen parlamentarischer Auseinandersetzung eingrenzen läßt bzw. diesen sogar bekämpft.

Zeugen verweigern die Aussage

Ein zentrales Mittel zur Verunsicherung der potentiell Betroffenen ist die breit gestreute Vorladung von Zeugen. Die Staatsanwaltschaft hat zahlreiche Zeugen verhört, um Aussagen über Strukturen in den beschuldigten Projekten zu erfahren. Wer zur fraglichen Zeit im Juli ’86 alles gearbeitet hat, wer die Zeitung in Empfang genommen hat, wer sie verkauft hat, wie darüber in den Projekten diskutiert wurde, wieso Meinungsverschiedenheiten aufgetreten seien, wer welche Meinung denn nun vertreten habe – das sind Fragen, die schon in den Vernehmungen der Beschuldigten auftauchten.

Während sich allerdings die Beschuldigten auf ein Aussageverweigerungsrecht berufen können, steht dieser Weg den vorgeladenen Zeugen nicht offen. Klar, der Staatsanwaltschaft geht es um belastende Aussagen, mit der Zusicherung der Einstellung weiterer Ermittlungstätigkeiten. Doch wer sagt schon gegen seine Arbeitskollegen in den Kollektiven, politischen Buch- und Infoläden aus? Sich gegen diese Spaltungsstrategie der Justiz zu wehren heißt: nicht mit ihr zu kooperieren. Und die Aussage – trotz der Androhung einer Erzwingungshaft – zu verweigern. Deshalb haben in Berlin die vorgeladenen Zeugen bis auf zwei die Aussage verweigert. Dieser Weigerung über die Strukturen, die Mitarbeiter in den Projekten keine Auskunft zu geben, gingen lange Diskussionen voraus. Die Erfahrungen aus §129a-Verfahren in Hamburg und Hannover (dort wegen des Anschlags auf die Militärmesse) zeigen, daß selbst Teilaussagen oder Aussagen wie „ich weiß von nichts“, „den kenne ich nicht“ sowohl für Zeugen wie für die Beschuldigten negative Konsequenzen hatten, die größer waren als eine verhängte Geldbuße. Zudem wurden durch solche Teilaussagen sehr viele nur am Rande betroffene stark verunsichert, zogen sich zurück, beschuldigten sich gegenseitig.

Das solidarische Verhalten der 10 Berliner Zeugen hat auch dazu beigetragen, daß die Vernehmungsrichter vorsichtiger mit der Androhung der Beugehaft agieren. Zwei Zeugen drohte der Richter im März Beugehaft an. doch dank der breiten Solidarität von mehr als 300 Menschen, die mit den Zeugen vor das Kammergericht zogen, verhängte der Richter “nur“ eine Geldstrafe von 500 DM.

Nach dem Prinzip, einige zu schlagen, um alle zu treffen, wurden aus der Vielzahl der Beschuldigten einige herausgefiltert, gegen die sich ein Ring von Indizien aufbauen läßt. Mit welch dünnen Beweismitteln in diesen Gesinnungsverfahren gearbeitet wird, wissen wir seit dem Verfahren gegen die Agitdrucker, ebenso aus den Urteilen gegen Klöckner/Härlin oder jüngst im Prozeß gegen die „Radiaktiv“.

Im Februar ’87 entblödeten sich die Ermittlungsbehörden nicht, einen Kunden einer Berliner Bäckerei auf der Straße anzuhalten, um ihn nach der gerade neu erschienen „radikal-info“ zu fragen, um ihn möglicherweise als Belastungszeugen vorzuladen. Die Käufer und potentiell jeder Leser, der „radikal“ sollen als Zeugen vorgeladen werden. Das Auslegen von Leseexemplaren der „radikal“ in Cafés ist natürlich auch schon die „Unterstützung“ und „Werbung“ für eine „terroristische“ Vereinigung, so die Berliner Staatsanwaltschaft. Schon das Lesen ist demnach kriminell. Dies ist die Vorverlagerung strafbaren Verhaltens in das Denken – und dies ist genau eine der zentralen Punkte des neu eingeführten § 130a.

„Schwerwiegende Sicherheitsprobleme in Zeiten des Umbruchs

Die Verfahren gegen die Verteiler der „radikal“, richten sich nicht allein gegen ihren Inhalt und ihre Diskussionen, abgedruckten Erklärungen, sondern sie sind wie die neuen Sicherheitsgesetze die Antwort von Staat und Justiz auf den außerparlamentarischen und militanten Widerstand gegen menschenfeindliche Atomanlagen, rassistische Ausländerpolitik, gegen die Datenerfassung usw. Die „zunehmende Akzeptanz der Militanz nach Tschernobyl in der Bevölkerung“ (so der hamburger Verfassungschef Lochte) soll gewaltsam zurückgeschraubt werden. Die Presse des radikalen, militanten Widerstands soll verboten werden – und das reicht vom Münchner „Freiraum“ über die Nürnberger Schülerzeitung „Fetzngeier“, der Anti-WAA-Zeitung „radiaktiv“ bis zur „radikal“. Dort, wo unterschiedliche Positionen der autonomen, antiimperialistischen Politik wiedergegeben werden, wo – wie kürzlich beim „Fetzngeier“ vom „Widerstand im Alltag“ bei der „Arbeit für einen Bonzen“, „Schwarzfahren“, „Ladendiebstahl in großen Geschäften“ und „Kohle vom Staat abziehen“ die Rede ist – dort steht laut Staatsschutz die „innere Sicherheit“ auf dem Spiel.

„Wir leben in einer Zeit des totalen Umbruchs. Bislang als unerschütterlich geltende Werte sind von Grund auf in Frage gestellt. (...) Zeiten eines solchen epochalen Umbruchs und einer damit gegebenen Labilität der Menschheit bringen in ganz besonderer Weise schwerwiegende Sicherheitsprobleme mit sich“, dies erkannte bereits 1979 einer der Cheftheoretiker der deutschen Polizei, Dr. Alfred Stümper, hoher Beamter im Innenministerium Baden-Württembergs.

Stümper forderte den Gesetzgeber auf, von „präventivpolizeilichen Überlegungen“ auszugehen und die „rechtlichen Freiräume“ so weit einzuengen, daß es unmöglich wird, „den Staat madig“ zu machen. Diese Wünsche hat heute die CDU/FDP und abgeschwächt die SPD dem Herrn Polizeidenker erfüllt. Mit dem mschinenlesbaren Ausweis, ZEVIS, perfektionierter Rasterfahndung, dem geplanten Zusammenarbeitsgesetz der Sicherheitsdienste ist der Kontroll- und Fahndungsapparat zu einer computerisierten Agentur der präventiven Konterrevolution ausgebaut worden. In Zeiten des „Umbruchs“, in Zeiten tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Krisen, Umstrukturierung ganzer Erdteile im Interesse der Multis, der fortschreitenden Militarisierung der NATO-Staaten – in diesen Zeiten hat „der polizeiliche Auftrag für den Staat einen regelrecht existentiellen Stellenwert bekommen.“ (Stümper)

Da bilden die „militanten Autonomen und Anarchisten ein diffuses, schwer durchdringliches Erscheinungsbild. Ihre abgeschotteten Kleinstgruppen bieten kaum Ansätze für Fahndungserfolge“ (Lochte). Also müssen sich die Sicherheitsdienste und Justiz auf die Prävention konzentrieren. Ein vorzüglicher Hebel hierfür sind die § 129a und § 130a. Deswegen die Hunderte von Ermittlungsverfahren gegen Zeitungen, Zeitschriften, gegen linke Buchläden. Der § 130a dient ausschließlich dazu, die Schere der Zensur wieder in die Köpfe zu hämmern. Es soll ein für alle mal klar sein, daß die Verkäufer linker, antikapitalistischer Publikationen grundsätzlich für jeden Satz darin verantwortlich gemacht werden können. Dies hat weiter zur Konsequenz, daß die Leser von diesen Informations- und Diskussionszusammenhängen abgeschnitten werden.

Die Zensur der Presse des radikalen, militanten Widerstands, wäre perfekt: Das Denken revolutionärer Utopien und Alternativen zum herrschenden System der Unterdrückung wird ausgetrocknet; der Handlungsspielraum oppositioneller Politik wird von Regierung und Staatssicherheitspolizei festgelegt; die Spielwiese der Opposition ist das Parlament und die „gewaltfreie“ von der Polizei genehmigte Demonstration. In Zeiten des „Umbruchs“, der Zweidrittel-Gesellschaft, Massenarbeitslosigkeit und unbeirrter atomarer Aufrüstung, werden die letzten bürgerlich-liberalen „Freiräume“ beiseitegeschoben.

Doch Widerstand läßt sich nicht, selbst nicht im Faschismus, völlig unterdrücken. Die Geschichte zeigt, daß die Zensur soziale Veränderungen mitverzögern kann, verhindern kann Zensur den revolutionären Umbruch nicht. Und die da heute meinen, die Zensur gegen die „radikal“ gehe sie nichts an, die sei ja so und so uninteressant, unwichtig usw., diejenigen werden schon bald merken, daß auch ihre Flugblätter zur Teilnahme an einem Streik oder einer „friedlichen Demonstration am Bauzaun von Wackersdorf“ ganz plötzlich die „Unterstützung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung“ beinhaltet.

Die Organisierung von Gegenöffentlichkeit kommt ohne eine unzensierte Presse nicht aus – und Gegenöffentlichkeit, radikale Widerstandspresse brauchen wir wie „die Luft zum Atmen“.

Solidarität ist gefordert

Die Prozesse in Westberlin gegen die derzeit 12 Angeklagten stehen vor der Tür. Vor der Sommerpause scheint das Kammergericht allerdings nicht mehr beginnen zu wollen. Dafür gehen die staatsanwaltlichen Ermittlungen und neue Vernehmungsvorladungen ohne Pause weiter. Gegen mehr als die Hälfte hat die Staatsanwaltschaft in Berlin das Verfahren eingestellt. Von 49 Beschuldigten sind noch 17 übriggeblieben. Nach welchen Kriterien hierbei entschieden wird, ist jedoch kaum nachvollziehbar. Das „politische Umfeld“ der Betriebe/-Projekte spielt scheinbar dabei eine größere Rolle als die „Beweislast“. Aber auch dies ist typisch für Gesinnungsverfahren gegen die Linke in der Geschichte der politischen Prozesse der BRD. Nur eine breite, aber entschiedene Gegenöffentlichkeit gegen Zensur und Kriminalisierung kann dem was entgegensetzen. Das Solidaritätsplakat von 100 Westberliner Projekten war dazu ein Anfang.

BERLIN, *AG „radikale Öffentlichkeit“*

Ein-LADUNG zum Termin am

Wochentag und Datum	Uhrzeit	Raum	Stock (E=Erdgeschoß)	im Gerichtsgebäude A
Mittwoch, 13.5.87 + Freitag, 15.5.87	9.00	146	I.	Heiligkreuzgasse 6000 Frankfurt

[X] Hauptverhandlung [ ] bei dem Amtsgericht [ ] bei dem Landgericht [X] bei dem Oberlandesgericht

[X] in der Strafsache gegen Sie

wegen Verdachts des Vergehens nach § 129 a StGB u.a.

Anlagen [X] 1 Eröffnungsbeschluß

Kommt massenhaft am 13. UND 15. MAI zum ersten Prozeß am Oberlandesgericht in Frankfurt (Gebäude A,Raum 146,Beginn jeweils 9 Uhr) oder macht an diesen Tagen in euren Städten Demos,Veranstaltungen,Plakatwände,Schaufenster- und andere Aktionen!

Kontakt und Infos:
AG Radikale Öffentlichkeit Hanau
c/o Initiative Umweltschutz Hanau
Nähefartsweg 5, 645o Hanau
Rechtsanwalt des Betroffenen:
T. Scherzberg Tel.: o69/629777

Wer spenden kann,der soll auch:
Stadtsparkasse Hanau,BLZ 5o6 5oo 23,
Kto.Nr. 1oo o71 166,Roland Bächer-Habermann, Stichwort Bunte Hilfe.

Anleitung für den Herzinfarkt von Staat und Staatsanwalt